Mittwoch, 6. November 1985 - D * * *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11. Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

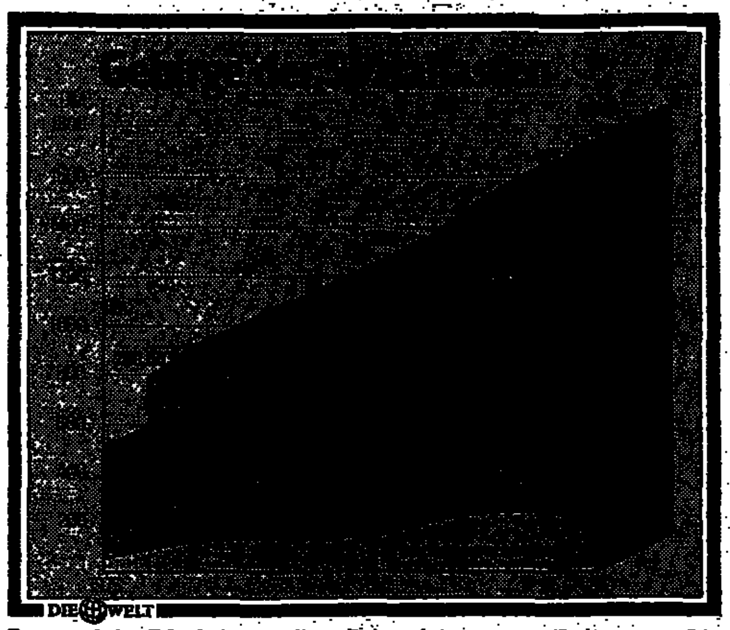
DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 259 - 45.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr, Dänemark 8,75 dkr, Frankreich 7,00 F, Griechenland 140 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 275,00 Din, Luxemburg 38,00 lfr, Niederlande 2,20 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 115 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 2,00 sfr, Spanien 150 Pts, Kanarische Inseln 175 Pts.

TAGESSCHAU



Der soziale Frieden ist allen lieb – aber vor allem teuer: Die Zwangsabgaben für die soziale Sicherung haben sich in einem Jahrzehnt etwa verdoppelt. Der Höchstbeitrag überspringt im nächsten Jahr mutmaßlich die Grenze von monatlich 1800 Mark, wenn die Krankenkassen ihren Beitrag nicht bei 11,8 Prozent halten können. Die Grafik unterstellt noch einen gegenüber 1985 konstanten Beitrag. Die dargestellten Höchstbeiträge muß zahlen, wer mit seinem Jahreseinkommen die Beitragsbemessungsgrenzen – jährlich 67 200 Mark für die Renten- und Arbeitslosenversicherung sowie 50 400 Mark in der Krankenversicherung – erreicht. Die Hälfte davon zahlt jeweils der Arbeitgeber.

POLITIK

Aufgeschoben: Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird sich erst zum Jahresende erneut mit dem heftig umstrittenen Streik-Paragraphen 116 *im Arbeitsförderungsgesetz* befassen. Sie will zunächst die Gespräche mit den Sozialpartnern abwarten. (S. 8)

Flucht: Ein 24jähriger Handwerker konnte unbemerkt von „DDR"- Wachposten über die Sperranlagen nach Niedersachsen flüchten. Als Gründe gab er Unzufriedenheit mit dem System und die bevorstehende Einberufung zum Wehrdienst an.

Medien: Der Intendant des Senders Freies Berlin, Loewe, hat es kategorisch abgelehnt, weiterhin im SFB-Rundfunkrat zu den Vorwürfen gegen ihn Stellung zu nehmen. Die SFB-Redakteure werfen ihm „selbstherrliches, undemokratisches" Verhalten vor. (S. 4)

Dialog: Vier Stunden lang haben US-Außenminister Shultz und der sowjetische Parteichef Gorbatschow gestern im Kreml Fragen *im Zusammenhang mit dem* bevorstehenden amerikanisch-sowjetischen Gipfel erörtert. Anschließend traf Shultz erneut mit Außenminister Schewardnadse zusammen.

Südafrika: Entgegen einer am Montag getroffenen Gerichtsentscheidung darf der unter Anklage stehende farbige Pfarrer Boesak nicht in die USA ausreisen. Das Innenministerium weigert sich, den eingezogenen Paß Boesaks auszuhändigen.

Rüstung: Der niederländische Regierungschef Lubbers und Außenminister van den Broek haben sich bereit erklärt, eine Einladung nach Moskau zur Diskussion über die Nachrüstung anzunehmen.

WIRTSCHAFT

Konjunktur: Das Wirtschaftswachstum in der Bundesrepublik Deutschland wird sich 1986 von derzeit 2,5 auf drei Prozent beschleunigen, prognostiziert Minister Bangemann. (S. 9)

BMW: Der Konzern erwartet für 1985 ebenso gute Ergebnisse wie im Rekordjahr 1984. (S. 11)

„Fed"-Tagung: In Washington tagte das Offen-Markt-Komitee des Federal Reserve Systems. Die Beschlüsse werden erst in etwa sechs Wochen veröffentlicht, aber sicher scheint, daß mit einer Veränderung der monetären Politik nicht zu rechnen ist. (S. 9)

Börse: Da Kaufaufträge aus dem Ausland fehlten, führten Glattstellungen zu teilweise erheblichen Kursrückgängen an den Aktienmärkten. Der Rentenmarkt war weiter erholt. WELT-Aktienindex 245,51 (252,30). BHF-Rentenindex 104,186 (104,213). BHF-Performance Index 107,615 (107,612). Dollarmittelkurs 2,6110 (2,5940) Mark. Goldpreis pro Feinunze 324,60 (325,35) Dollar.

KULTUR

Fassbinder: Im Frankfurter Schauspiel ist das heftig umstrittene Fassbinder-Stück „Der Müll, die Stadt und der Tod" vor der Presse aufgeführt worden. Die jüdische Gemeinde kündigte an, daß sie ihren Widerstand gegen das Stück fortsetzen werde. (S. 17)

Show-Biz: Für „Bye Bye Show Biz" hatte sich der neue Stuttgarter Theaterintendant Ivan Nagel extra den französischen Bühnen-Hexenmeister Jérôme Savary geholt. Er wollte sein Publikum verzaubern, doch der Glitzershow fehlte der letzte Pfiff. (S. 17)

SPORT

Fußball: Bayer 05 Uerdingen hat durch ein 1:1 bei Galatasaray Istanbul die dritte Runde im Europapokal erreicht. Uerdingen gewann das Hinspiel 2:0. (S. 16)

Turnen: Die deutsche Herren-Riege belegt bei der Weltmeisterschaft nach der Pflicht einen überraschenden fünften Platz. Es führt die UdSSR vor der „DDR". (S. 16)

AUS ALLER WELT

Wein: Wegen Betrugs und Weinpanscherei wurden in Palermo acht Weinhändler zu einer Geldstrafe von insgesamt einer Milliarde Mark verurteilt. (S. 18)

Tollwut: Neue Wege zur Bekämpfung der Tollwut bei Füchsen gehen die Behörden in Baden-Württemberg. In industriell hergestellten Ködern wird „Reineke Fuchs" in diesem Herbst Impfstoff verabreicht. (S. 18)

Wetter: Bewölkt und regnerisch. 8 bis 12 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Kohl stellt Genscher zur Rede. SDI-Planungen unverändert

Kanzler erinnert an Kabinettsdisziplin / Entscheidung nach Genfer Gipfel

ms. Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl hat in einem internen Gespräch mit Bundesaußenminister Genscher (FDP) verlangt, daß die mit Indiskretionen des Auswärtigen Amtes und mit abfälligen Bemerkungen des Ministers gefütterte Diskussion über eine deutsche Beteiligung am SDI-Forschungsprogramm der Amerikaner eingestellt wird. Ein entsprechendes Telefongespräch zwischen Kohl und Genscher, von dem ein Insider sagte, daß zeitweilig „die Wände gewackelt haben", fand am Montag statt.

Dabei habe der Bundeskanzler den Außenminister an die Kabinettsdisziplin und an die Absprachen innerhalb der Regierung erinnert, soweit es den weiteren terminlichen Ablauf betreffe. Wer glaube, diesen Kurs nicht mittragen zu können, müsse sich das überlegen. Nach den Worten Kohls soll nach dem Gipfeltreffen Ende November in Genf die Entscheidung der Bundesregierung zu SDI fallen.

Vor dem Gespräch mit Genscher hatte Kohl mit dem FDP-Vorsitzenden, Bundeswirtschaftsminister Bangemann, gesprochen und sich dabei erkundigt, ob es, was die Terminlage betreffe, auf der FDP-Seite eine veränderte Position gebe. Dies wurde *von Bangemann verneint.*

Letzter Anlaß für Kohl, mit Genscher ein energisches Wort zu reden, war die Veröffentlichung von SDI-Stellungnahmen aus der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes am Montag im „Spiegel". Darin soll die Abteilung massive Kritik an dem von Kanzlerberater Teltschik nach einem längeren USA-Aufenthalt angefertigten SDI-Papier üben. Allerdings: das Teltschik-Papier ist auch von zwei Angehörigen des Auswärtigen Amtes mitverfaßt worden, die Genscher für die Reise der Teltschik-Kommission benannt hatte.

Nach dem Telefongespräch mit dem Kanzler gab Genscher dann eine Erklärung ab, in der er zwar nicht auf die ihm vom „Spiegel" in den Mund gelegten Äußerungen zu SDI einging, aber die Übereinstimmung mit Kohl bekräftigte, eine Entscheidung über SDI „bis zum Jahresende wie vorgesehen" zu treffen. Es bestehe kein Anlaß, so Genscher, sachliche Vorbereitungen dafür zum Gegenstand von Auseinandersetzungen innerhalb der Koalition zu machen.

Anders als Genscher tendiert Kohl zu einer SDI-Übereinstimmung mit den USA, die durch einen Brief, der von Genscher unterzeichnet werden müßte, *notifiziert* werden soll. *Diese* Empfehlung hat ihm auch sein Berater Teltschik gegeben. Außerdem ist die deutsche Industrie an einer Vereinbarung interessiert.

Von Teltschik stammt die Erklärung, die deutschen Experten hielten „ein Regierungs-Rahmenabkommen als schützendes Dach für erforderlich". Als „Gesamteindruck" seiner Reise an der Spitze einer Delegation *in die* USA *hatte Teltschik betont,* aus seiner Sicht werde die SDI-Forschung in den nächsten zwei Jahrzehnten zu bedeutsamen technologischen Entwicklungen führen. SDI sei schließlich der Anstoß für Genf gewesen. *Teltschik: „Wir Europäer können* uns in unserer üblichen Larmoyanz und Arroganz in unseren Stuhl zurücklehnen und SDI ablehnen." Die USA würde dies kaum berühren. Außerdem sei er sicher, daß sich die Weltmächte mittelfristig auf ein bestimmtes Ausmaß an Stationierung von Defensivwaffen einigen werden, notfalls über die Köpfe der Verbündeten hinweg. Deshalb, so sagte Teltschik, richte sich an die Europäer die Frage, „sind wir Objekt oder Subjekt?"

DER KOMMENTAR

Gorbatschows Schere

CARL-GUSTAF STRÖHM

Wenn ein sowjetischer Parteichef den Wunsch verspürt, sich in den westlichen Medien zu äußern, kann er solches jederzeit und unzensiert tun. Er kann, wie Gorbatschow, „Time" ein Interview geben und sicher sein, daß jedes seiner Worte den Leser erreicht. Was er selbst nicht sagen kann oder will, erledigen für ihn Mitarbeiter wie Arbatow oder Samjatin.

Wenn dagegen ein US-Präsident sich vor der Bevölkerung der Sowjetunion äußern will, dann wird erst zensiert. Drei Tage laborierten die sowjetischen Journalisten herum, bevor Reagans „Iswestija"-Interview erscheinen konnte. Zur Neutralisierung erschienen zwei lange Kommentare, einer davon noch bevor die sowjetischen Leser die (gekürzte) Reagan-Aussage zur Kenntnis bekamen.

Lehrreich ist, was die sowjetischen Zensoren nicht durchgehen ließen: Daß es ein Unterschied sei, ob man wie Amerika Stützpunkte unterhalte oder ob man (wie die Sowjetunion) ganze Länder besetzt halte; daß den Staaten des Warschauer Paktes das Selbstbestimmungsrecht vorenthalten werde. Und daß die Regierung in Kabul mit militärischer Gewalt eingesetzt worden sei.

Nicht gestrichen wurde Reagans Hinweis auf angeblich in Afghanistan von den Sowjets abgeworfenes Kinderspielzeug, das Kindern die Arme abgerissen habe. Die sowjetischen Propaganda-Experten wissen schon, was sie gestatten dürfen. Das explosive Kinderspielzeug läßt sich als „Greuelpropaganda" abtun und womöglich so drehen, als ob die CIA das Spielzeug nach Afghanistan gebracht hat, um die Sowjets anzuschwärzen.

Daß aber den Deutschen östlich der Zonengrenze und den Polen (und den Russen selbst) *das Selbstbestimmungsrecht* vorenthalten wird, das weiß jedermann im Sowjetreich. So groß ist das neue Selbstbewußtsein des neuen Generalsekretärs nicht, daß er solche Aussagen in seinen Zeitungen dulden könnte.

Der Kreml gab die „Lesehilfe"

R.M. BORNGÄSSER, Moskau

Es gab keine Vorankündigungen auf den Titelseiten, auch nicht der kleinste Hinweis deutete auf dieses Medienereignis. So stieß dann der sowjetische Normalbürger erst beim Lesen seiner Zeitung auf Seite vier auf das Gespräch, das vier sowjetische Korrespondenten aus Moskau im Weißen Haus in Washington mit US-Präsident Ronald Reagan geführt hatten. Die Überschrift lautete ebenso simpel wie lieblos „Interview mit dem Präsidenten der USA." Kein Wort verriet etwas über den Inhalt dieser sich so spaltenlang eintönig *ausdehnenden Bleiwüste, die kaum* Leseanreiz bot. Kein Fettdruck, keine Fotos, an denen sich die Augen laben konnten, obwohl man sonst in den sowjetischen Zeitungen weder mit Hervorhebungen noch mit Fotos geizt, besonders, wenn es um die „Ikonen" des Politbüros geht.

Dabei hatte Präsident Reagan den Sowjetbürgern allerhand zu sagen. Er wich keiner Frage aus, sprach über Menschenrechte, stellte Afghanistan an den Pranger, forderte von den Sowjets nichts Unmögliches, etwa daß sie ihr System ändern oder ihr Sicherheitsbedürfnis vernachlässigen sollten. Er forderte Entkrampfung des Verhältnisses, in dem er zum Beispiel forderte, daß die Studenten beider Völker ungehindert ein- und ausreisen dürften. Also Neuigkeiten, über die man hierzulande noch lange nachdenken wird. Sie alle versickerten in der grauen Bleiwüste, eine Präsentation – von einem Pulitzer-Preis so weit entfernt wie ein Schiguli von einem Rolls Royce.

Ausgelöst wurde dieses mediale Ereignis, das sowjetische Journalisten-Funktionäre mehr verblüfft als den normalen Bürger, durch die Forderung Washingtons, nach Parität auch auf dem Publicity-Sektor, nachdem der KP-Chef Michail Gorbatschow seit Monaten vor dem Genfer Gipfel so ungeniert auf allen westlichen Registern der Medien spielen kann, um den sowjetischen Standpunkt darzulegen.

Von Parität ist man natürlich hierzulande noch weit entfernt: Zwar wurden die meisten Antworten Reagans – auch die, die unliebsamer Natur waren, korrekt abgedruckt. Doch natürlich ist auch dieses Interview nicht vollständig: So wurden besonders kritische Passagen über Afghanistan und den Warschauer Pakt dem hiesigen Publikum glatt unterschlagen. Und damit der Sowjetbürger die Antworten des amerikanischen Präsidenten auch richtig *versteht, wurde – genau dem Umfang* des Interviews entsprechend – eine volle Seite als „Lesehilfe" dazugeliefert. Die Überschrift zu dieser „Interpretation" lautet auch wenig erhellend: „Anläßlich des Interviews von Ronald Reagan". Dann folgt die fällige Propaganda. Die lautet nach hiesiger Lesart etwa so: „Sprach auch

● Fortsetzung Seite 8

KGB-Überläufer wechselt erneut die Fronten

DW. Washington

Die USA haben Angaben des hohen sowjetischen Geheimdienstoffiziers Witali Jurtschenko zurückgewiesen, er sei in die USA entführt und dort gegen seinen Willen festgehalten worden. In einer in Washington veröf*fentlichten Erklärung des Außenmi*nisteriums hieß es, diese Angaben seien völlig falsch und entbehrten jeder Grundlage. Das Ministerium bekräftigte seine Darstellung, Jurtschenko sei im Juli in den Westen übergelaufen. Der ehemalige KGB-Chef für Nordamerika hatte nach seiner Rückkehr in die sowjetische Botschaft überraschend eine Pressekonferenz gegeben. Dabei sagte Jurtschenko, er sei in Italien entführt und in die USA gebracht worden. In einem streng bewachten Haus habe er drei schreckliche Monate verbracht.

Seite 5: Das Schmierenstück

Arbeitslosenzahl im Oktober leicht zurückgegangen

DW. Nürnberg

Die Zahl der Arbeitslosen in der Bundesrepublik Deutschland ist im Oktober nur geringfügig zurückgegangen – und zwar um genau 2758. Zur Zeit sind nach der amtlichen Statistik 2 148 819 Menschen ohne Arbeit. Wie der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Heinrich Franke, gestern in Nürnberg mitteilte, beträgt die Arbeitslosenquote jetzt 8,6 Prozent. Im Vormonat lag sie bei 8,7 Prozent. Die Arbeitslosenzahl ist die *höchste in einem Monat Oktober* seit der Währungsreform 1948. Sie liegt um rund 4000 über der vom Oktober des Vorjahres. Trotzdem betonte Franke: „Die leichte Abnahme diesmal ist ein günstiges Zeichen". Die Zahl der Kurzarbeiter erhöhte sich um 25 107 auf 126 860. Die offenen Stellen verringerten sich um 4983 auf 112 045.

„Europas Spitzenposition behaupten"

Auch der Kanzler läßt Frage nach Finanzierung von Eureka offen / Warnung vor Blockbildung

HEINZ HECK, Hannover

Bundeskanzler Helmut Kohl hat gestern bei der Eröffnung der zweiten Eureka-Minsterkonferenz in Hannover die Bereitschaft der Bundesregierung betont, „interessante und ausgewählte Projekte aus dem Bundeshaushalt (zu) unterstützen". Nach der marktwirtschaftlichen Philosophie der Bundesregierung sei es zwar „nicht Sache des Staates, den technologischen Wandel durch dirigistische Maßnahmen zu bewirken". Doch müßten – nicht zuletzt mit Blick auf die ungleichen Wettbewerbsbedingungen – „auch die Möglichkeiten gezielter staatlicher Hilfestellungen und Finanzierung in unsere Überlegungen einbezogen werden".

Kohl hat damit in seiner Grundsatzrede die auch in der Bundesregierung noch umstrittene Finanzierungsfrage nicht abschließend beantwortet. Dieses Thema hat auch die Vertreter der 18 Mitgliedstaaten und der EG-Kommission gestern in Hannover beschäftigt. In der heute zu *verabschiedenden „Eureka-Grund*satzerklärung Hannover" ist diese Frage auch offengelassen. Dort heißt es unter anderem: „Die an einem Eureka-Projekt beteiligten Unternehmen/Forschungsinstitute finanzieren das Projekt aus Eigenbeiträgen oder Inanspruchnahme des Kapitalmarktes sowie gegebenenfalls unter Einbeziehung öffentlicher Mittel."

Der Kanzler wandte sich gegen „undifferenzierte und voreilige Voraussagen", wonach der industrielle Niedergang Europas programmiert sei und die Zukunft im pazifischen Raum liege. Europa habe immer wieder die Kraft gefunden, mit Heraus*forderungen fertig zu* werden. Er verwies auf „hervorragende" Leistungen in der Hochtechnologie, wie den Airbus, das Weltraumlabor Spacelab und die Weltraumrakete „Ariane" – „Projekte, die erfolgreich waren, weil dabei europäische Firmen eng zusammengearbeitet haben".

Kohl hob die politische Bedeutung *einer vertieften europäischen Zusam*menarbeit mit der Forschung hervor. Europäische Unternehmen hätten gegenüber japanischer und amerikanischer Konkurrenz „den Standortnachteil eines nicht wirklich offenen Binnenmarktes". Nur konsequente und zielbewußte Zusammenarbeit könne Europa auf Dauer in die Lage versetzen, „erfolgreich im Kräftedreieck mit den USA und Japan mitzuhalten". Kohl nannte Eureka „Ausdruck dieses Willens, gemeinsam zu handeln".

Doch dürfe es dabei keine Marktabschottung auf europäischer Ebene geben: „Wir wollen keine technologische Blockbildung. Dies ist nicht nur eine Frage von wirtschaftlicher, sondern auch von großer politischer Bedeutung. Denn es geht darum, uns als Europäer im Bündnis mit dem Westen zu behaupten, nicht das Bündnis zu spalten."

Seite 2: Europäischer Mehrwert

Pfarrer in Litauen überfallen

DW. Rom

Aus Litauen wird jetzt ein Entführungsfall bekannt, der dem des polnischen Geistlichen Jerzy Popieluszko entspricht. Nur durch glückliche Umstände konnte sich der 51jährige Priester Vaclovas Stakenas, Pfarrer von *Kriokialaukis* im Süden *Litauens,* selbst retten und befreien, nachdem er überfallen, geschlagen, gefesselt und in einen See geworfen worden war.

Das geht aus einem Bericht hervor, der jetzt auf geheimen Weg in den Westen gelangt ist. Pfarrer Stakenas war 1983 im Zusammenhang mit dem Prozeß gegen Pfarrer Sigitas Tamkevicius mehrmals vom Geheimdienst verhört worden. „Wenn Sie diesen sinnlosen Kampf nicht aufgeben, werden wir sehen, wer gewinnt!", hatte ihm der KGB-Beamte Pilelis damals gedroht.

Barschel bildet sein Kabinett um

DW. Kiel

Zwei Neubesetzungen im Kieler Landeskabinett hat Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Uwe Barschel (CDU) bekanntgegeben. Der CDU-Fraktionsvorsitzende Heiko Hoffmann löst Justizminister Henning Schwarz (CDU) ab, der Minister für Bundesangelegenheiten bleibt. Nachfolger von Wirtschaftsminister Jürgen Westphal (CDU) wird der Lübecker Wirtschaftssenator Manfred Biermann (CDU). Die Minister treten ihre Ämter am 16. Dezember an.

Als Anlaß für die Ressorttrennung nannte Barschel „die umfangreicher gewordenen und weiter wachsenden Aufgaben für die Vertretung der Landesinteressen in Bonn sowie die bevorstehenden schwierigen Aufgaben in der Rechts- und Justizpolitik". Der Jurist Westphal scheide auf eigenen Wunsch aus dem Kabinett aus.

Seite 8: Starke Präsenz

Leihmutter „nicht zum Wohl des Kindes"

LUDWIG KÜRTEN, Bonn

Eine Kommission aus kompetenten Fachleuten hat jetzt erstmals in der Bundesrepublik Deutschland aus ethischer und rechtlicher Sicht die Probleme bewertet, die im Zusammenhang mit der sogenannten „künstlichen Befruchtung" sowie mit den neuen gentechnischen Verfahren in der Medizin aufgetreten sind.

Nach Abschluß der Erörterungen hat die Kommission nun ihre Ergebnisse in einer vorläufigen Erklärung veröffentlicht. Daraus geht hervor, daß die Experten die Befruchtung menschlicher Eizellen außerhalb des Mutterleibes, die sogenannte In-vitro-Fertilisation, grundsätzlich begrüßen. Dabei entnimmt man der Mutter Eizellen, die dann im Reagenzglas befruchtet und anschließend in die Gebärmutter eingepflanzt werden. Dieses Verfahren, das bereits in zahlreichen Fällen erfolgreich durchgeführt worden ist, kann nach Ansicht der Experten kinderlosen Ehepaaren den Wunsch nach einem eigenen Kind erfüllen. Sie weisen aber gleichzeitig darauf hin, daß den möglichen Mißbräuchen, insbesondere einer Forschung an menschlichen Embryonen, vorgebeugt werden müsse. Entschieden spricht sich die Kommission gegen die Leih- oder Ersatzmutterschaft aus. Diese sei mit so vielen Problemen belastet, daß man sie nicht mit dem Wohl des künftigen Kindes vereinbaren könne.

Positiver schätzen die Kommis*sionsmitglieder dagegen die so*genannte Genom-Analyse ein. Darunter versteht man gentechnische und zellbiologische Verfahren, mit denen schon vor der Geburt Erbschäden entdeckt werden können. Dieses Verfahren sei, so die Kommission, ein geeignetes Mittel zur frühzeitigen Erkennung von Erbkrankheiten, berge aber das Risiko, daß die Analyse zu einer Diskriminierung der untersuchten Menschen führe. Dieser Fall könne etwa eintreten, wenn die Untersuchung ein erblich bedingtes Risiko gegenüber bestimmten Substanzen ergebe, die in der Umwelt oder am Arbeitsplatz eines Menschen auftreten. Man verweist daher auf die Notwendigkeit, für solche Analysen einen ausreichenden Datenschutz sicherzustellen.

Mit Hilfe der Gentherapie hofft die Medizin in Zukunft, das Erbgut menschlicher Zellen verändern zu können. Die Kommission befürwortet solche Eingriffe an menschlichen Körperzellen, hält aber Manipulation an den Keimbahnzellen, deren Erbgut an die nächste Generation weiter*gegeben wird, für problematisch.* Hier müsse eine klare Trennlinie gezogen werden. Die Kommission, die nach ihrem Vorsitzenden, dem früheren Präsidenten des Bundesverfassungsgerichtes Professor Ernst Benda, benannt ist, umfaßt Wissenschaftler aus der Biologie und der Medizin, Philosophen und Rechtswissenschaftler sowie Vertreter beider Kirchen, der Gewerkschaften, der Arbeitgeber und der Bundesärztekammer. Seit Mai dieses Jahres hatte die Expertengruppe, die von Justizminister Engelhard und Forschungsminister Riesenhuber eingesetzt worden war, über die In-vitro-Fertilisation, über „Leihmütter", sowie über die Genom-Analyse und Gentherapie beraten.



Ohne Zeitdruck

Von Günther Bading

Die IG Metall hat in einem Schreiben an den Bundesarbeitsminister ihre Bereitschaft zum Gespräch über den gern als „Streikparagraphen" bezeichneten Paragraphen 116 im Arbeitsförderungsgesetz (AFG) bekundet. Nach den harten Tönen während der Aktionswoche des DGB ist dieses Zeichen der Besinnung auf die Normalität aus der Spitze der von der Diskussion am stärksten betroffenen Gewerkschaft ermutigend. Die Gewerkschafter warnen, wohl zu Recht, davor, in dieser komplizierten Materie die Dinge übers Knie zu brechen. Das entspricht auch der Interessenlage des Arbeitsministers und der des Bundeskanzlers.

Die Forderung aus der FDP, den umstrittenen Paragraphen, der die Neutralitätspflicht der Bundesanstalt für Arbeit im Arbeitskampf regelt, möglichst sofort zu ändern, hat der Bundeskanzler schon letzte Woche verworfen. Er hat den Sozialpartnern einen weiteren Monat eingeräumt, um ihnen doch noch die Chance zu einer einvernehmlichen Regelung zu geben. Allerdings. auch das hat Helmut Kohl klargestellt, wird noch vor Weihnachten eine Entscheidung fallen. Das ist ein Riegel für diejenigen Kreise der IG Metall, die mit dem Köder der Diskussionsbereitschaft die fachliche Auseinandersetzung ins nächste Jahr zu verschleppen und damit eine Klärung noch in dieser Legislaturperiode unmöglich zu machen suchen.

Der November ist in dieser Frage der Monat der Tarifvertragsparteien. Bisher steht dem klaren Nein der Gewerkschaften zu einer Änderung der Gesetzesbestimmung und ihrer Ausführungsbestimmungen das ebenso klare Ja der Arbeitgeber dazu entgegen. Das sind Maximalpositionen. Arbeitgeber und Gewerkschaften sollten ihre Erfahrungen aus dem Tarifgeschäft nutzen und spätestens jetzt beginnen, nach dem Kompromiß zu suchen. Es stünde der Arbeitgeberseite nicht schlecht an, nicht nur zu verlangen, daß ein neues Gesetz kommt, sondern auch zu skizzieren, wie dieses aussehen soll. Denn wie immer eine Neufassung des umstrittenen Paragraphen aussehen wird: Ohne den Konsens aller Beteiligten ist es nur eine Frage der Zeit, wann dieser durch eine neue Arbeitskampftaktik unterlaufen wird.

Europäischer Mehrwert

Von Heinz Heck

Unter dem Schirm von Eureka sollen Industrieunternehmen und Forschungsinstitute gemeinsam anpacken, was ihnen zusammen besser gelingen kann als jedem allein. Wenn die beteiligten Regierungen so schnell wie möglich die Barrieren wegräumen, die sich einer reibungslosen Kooperation in den Weg stellen, macht nicht nur manche aufwendig wirkende Ministerkonferenz Sinn. Eureka könnte tatsächlich als ein Fanal für den Selbstbehauptungswillen verstanden werden, von dem in zahlreichen Deklamationen die Rede ist.

Doch nicht zuletzt die Kanzler-Rede hat deutlich gemacht, daß über den Weg in ein gemeinsames Europa der Hochtechnologie noch erhebliche Meinungsverschiedenheiten bestehen. Kohl hat dirigistischen Maßnahmen eine Absage erteilt. Forschungsminister Riesenhuber läßt keine Gelegenheit aus, zu betonen, daß der Staat „keine rigiden Ziele vorgeben" dürfe. Die Regierungen in Paris und anderswo haben über diese und sonstige zentrale Fragen andere Vorstellungen. Bonn will keine „technologische Blockbildung", auch keinen bürokratischen Überbau. Die Frage ist noch nicht beantwortet, wer sich in diesem Kräftespiel durchsetzen wird.

Ein Vorzug liegt allerdings in der Konstruktion der „variablen Geometrie", daß sich nämlich beliebig viele – man kann auch sagen, beliebig wenige – Partner zu einem Projekt zusammenfinden können, also kein Zwang zur Beteiligung aller, kein Zwang zur Einstimmigkeit und zu anderen Blockadeinstrumenten besteht, wie wir sie aus der EG, zum Beispiel mit Griechenland und anderen Partnern, kennen.

Gelänge es, was in knapp dreißig Jahren EWG und EG noch nicht gelungen ist: Die zahlreichen technischen Hemmnisse abzubauen und einheitliche Normen und Standards einzuführen – man bekäme einen Markt, der dem japanischen oder amerikanischen in vieler Hinsicht, nicht zuletzt im Volumen, überlegen wäre. Doch was in der Gemeinschaft nicht gelang, wie soll es in einem noch größeren europäischen – losen – Verbund gelingen? Man sollte sich zwar durch die Mißerfolge nicht entmutigen lassen und mit Eureka einen neuen Anlauf versuchen. Aber von einem „Durchbruch" sollte man erst sprechen, wenn das gelungen ist.

Das Schmierenstück

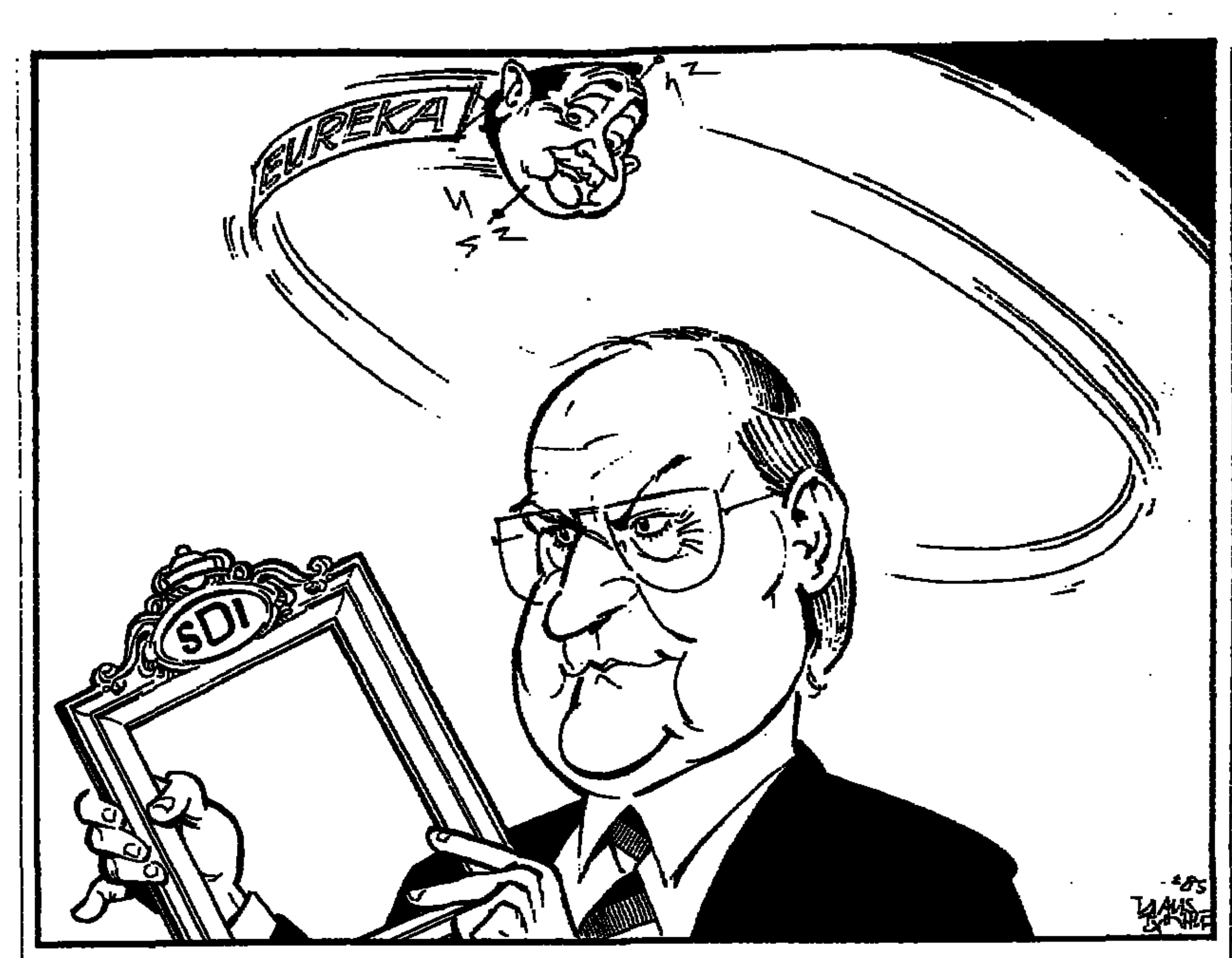
Von Fritz Wirth

Die Affäre um den sowjetischen KGB-Mann Jurtschenko, der sich vermutlich als Doppel-Überläufer im Spionage-Dickicht verhedderte, ist nicht nur wegen ihres Unterhaltungswertes, sondern auch wegen ihrer Machart bemerkenswert. Da bescheinigen nun die Kreml-Beobachter Michail Gorbatschow voller Bewunderung, daß der ganze Stil seiner Arbeitsweise und seiner Selbstdarstellung auf fast westliche Art „sophisticated" sei, und dann inszeniert man vierzehn Tage vor dem Genfer Gipfel mit Witali Jurtschenko derart plumpes russisches Bauerntheater mit so ungelenken Stichworten wie „Staatsterrorismus" und „Verletzung von Menschenrechten".

Das alles ist so grob gestrickt, daß es im Ausland nicht ankommen kann. Es kann also nur für den heimischen Markt bestimmt sein. Zu offensichtlich ist der Versuch, dem Westen ein Gewand umzuhängen, das im Osten schon lange Konfektionskleidung ist.

Ob Jurtschenko sich vor drei Monaten freiwillig von seinem KGB absetzte und nun reumütig zurückkehrte, oder ob es von Anfang an ein sorgfältig geplantes Doppelagenten-Stück war, ist ein Problem des US-Geheimdienstes. Ob es vierzehn Tage vor dem Gipfel die amerikanische politische Position in Genf belastet oder verunsichert, ist dagegen höchst fraglich. Wer mit solchen Glaubwürdigkeitsproblemen wie der Kreml geschlagen ist, der diese Affäre just zum gleichen Zeitpunkt verkauft, da man ein Reagan-Interview in den eigenen Zeitungen mit der Schere entschärft, muß mit feineren Maschen stricken, um im Westen Anlaß zum Nachdenken zu geben.

Die Affäre hat eher Chancen, für die Sowjets zum Bumerang zu werden. Dies ist nicht mehr die Zeit für politische Burlesken. Die Erwartungshaltung der Weltöffentlichkeit ist auf wichtigere Dinge gerichtet. Sie hofft, daß die beiden Großmächte in Genf zur Sache kommen und nicht billige Geheimdienst-Schmieren inszenieren. Nichts gegen Spionage-Thriller, doch John Le Carré ist einfach besser. Oder – um es mit einem den Sowjets offenbar immer noch schwer begreiflichem Fremdwort zu sagen – more sophisticated.



Piep-piep! KLAUS BÖHLE

Viel – aber warum so spät?

Von Herbert Kremp

Die südafrikanische Regierung verliert die Verbindung zur internationalen Wirklichkeit. Sie ist nicht die erste Regierung, der dies widerfährt. Die Vereinigten Staaten verloren nach einigen Jahren die publizistische Kontrolle über den 1961 von dem Medienhelden Kennedy eingeleiteten Vietnam-Krieg. Ho Chi Minh gewann den Krieg in Washington und Berlin, mit Demonstrations-Truppen, die Kampfbilder satt hatten. Auf dieselbe Weise verloren die Israelis 1983 den Libanon-Krieg. Ministerpräsident Begin konnte den Feldzugplan seines Ministers Scharon nicht vollenden, weil die westliche Öffentlichkeit das gefilmte Bombardement Beiruts nicht mehr ertrug. Lange davor, in den Jahren 1954 bis 1961 (Verhandlungsbeginn), hatten die Franzosen aus denselben Gründen den Algerien-Krieg zu Hause verloren. Die erfolgreichen französischen Operationen dauerten nur deshalb so lange, weil das Fernsehen damals noch nicht verbreitet war. Gegen die Vierte Republik kämpften nur Rundfunk und Presse, aber es gelang ihnen 1958 immerhin, de Gaulle herbeizuzitieren, der dann in Generalsuniform Algerien aufgab.

The medium is the message, das Medium ist die Botschaft, lautet der berühmte Satz des kanadischen Medien-Experten Herbert Marshall McLuhan. Der Satz beschreibt eine spezifisch westliche Lebens-Macht, die auf der historisch einzigartigen Legitimation der Kritik (und Selbstkritik) als Waffe beruht. Auch in der Sowjetunion gibt es Kritik (und Selbstkritik), aber sie bezieht sich nie auf das kommunistische System, sondern höchstens auf dessen Amtswalter, zum Beispiel auf Stalin, Chruschtschow, Breschnew und (spätestens im Jahre 2005) auf Gorbatschow. Entscheidend ist, daß die Kritik dort kein unabhängiges Medium findet. Im Dezember 1985 jährt sich der Beginn des Afghanistan-Krieges zum sechsten Mal. Er dauert heute schon länger als der Zweite Weltkrieg. Im westlichen Bewußtsein jedoch findet dieser Hunnenzug der Russen nicht mehr statt. An das, was nicht dauernd gefilmt und vorgeführt wird, denkt man nicht. Zahlreiche westliche Politiker fördern diese Art der Vergeßlichkeit mit Eifer. Auseinandersetzungen mit der sowjetischen Weltmacht sind ihnen zu riskant. Sie folgen damit dem Vorbild ihrer Vorgänger, denen spätestens nach der Rheinlandbesetzung der Wehrmacht 1936 ein heilloser Respekt vor Hitler erwuchs.

Mit solchem Respekt können große Mächte rechnen, aber nicht Südafrika. Gegen seine Regierung und gegen die herrschende Minderheit der 4,6 Millionen Weißen (ihnen stehen 17,7 Millionen Schwarze und 3,6 Millionen Farbige gegenüber) richtet sich die ganze Wucht der andernorts behinderten Moral. Die Nachfolger der Buren, der seit 1652 in Südafrika eingewanderten niederländischen und deutschen Siedler, merken so etwas nicht. Das ist an sich gute Bauernart und entspricht im übrigen dem Selbstbewußtsein von Leuten, die auf einem im wörtlichen Sinne schwarzen Kontinent nichts anderes als Erfolg hatten. Die Eintrübung der Wahrnehmungsfähigkeit, insonderheit der nach außen gerichteten Sinnesenergie, hat in diesem Falle allerdings schwerwiegende Folgen. Botha und seine Trekker erkennen nicht, daß ihre Reformen (die gefilmt noch nicht sehr eindrucksvoll sind) in der zu jeder Kritik erzogenen westlichen Außenwelt nicht mehr zur Kenntnis genommen werden. In dieser Hinsicht ist der Westen stark – immun. Er ist es satt, sich von Leuten etwas erzählen zu lassen, in deren Verantwortungsbereich die Waffen sprechen (was gefilmt sehr eindrucksvoll ist).

Die Reporter auszusperren und gleichzeitig die Polizisten und Soldaten den Gerichten zu entziehen, gleicht einem Beschluß, wie man ihn im Ghetto faßt. Die südafrikanische Regierung kann dafür im Rest der Welt nicht mit Verständnis rechnen. Natürlich gibt es einen Regelkreis, genauer gesagt, eine Spirale der Medienwirkung. Die Washingtoner Rassenunruhen 1968 brachen aus, nachdem das Fernsehen den Steinwurf aus einer kleinen Gruppe von Negern auf ein Ladengeschäft in der Innenstadt „live" übertragen hatte. Das weiß man, aber das sagt nicht viel. Der heiße Herbst in den USA wurde durch die Reformen Kennedys, nicht durch Pressezensur beendet. Der Konflikt in Südafrika hat seine Ursache in gewachsenen Spannungen, die von der weißen Minderheit so lange ignoriert wurden, bis sie revolutionäre Triebwerke in Gang setzten. Nun ist zu befürchten, daß die erstaunlichen Reformen, die Botha gegen seine eigene Minderheit durchsetzte, auch nach innen nicht mehr greifen. Reformen, die zu spät kommen, wirken auflösend. Das ist kein zynischer Spruch, sondern historische Erfahrung.



Das Medium ist die Botschaft: Gewalt in Südafrika FOTO: DPA

Gilt sie für Südafrika, wo es trotz Wirtschaftskrise so gut geht, daß dort (offiziell) 350 000 Fremdarbeiter aus den Frontstaaten ihr Familienbrot verdienen? Die Nachbarstaaten sind von der Wohlfahrt Pretorias abhängig. Im Lande selbst ist eine Gesellschaft aus verschieden entwickelten Kulturen versammelt, die man nicht nach feiner Westminster-Art verwalten kann. Anfang Oktober kündigte Botha in Port Elisabeth gemeinsame Staatsbürgerschaft und allgemeines Wahlrecht für alle an. Die Regierung schafft die diskriminierenden Paßgesetze und die Zuzugskontrolle (in den Städten) ab. Die Apartheid gehört in wichtigen Teilen der Vergangenheit an, die Homelands sind gescheitert. Asiaten und Mischlinge sind in Parlament und Regierung vertreten, Schwarze an der kommunalen Selbstverwaltung beteiligt. Schwarze können Grundeigentum erwerben. Das rassisch betonte Immoralitätsgesetz und das Verbot der Mischehe wurden aufgehoben. In Hotels, Restaurants, Parks, Zügen und Bussen gibt es keine Rassentrennung mehr.

Viel ist geschehen – aber warum eigentlich nicht schon vor fünf Jahren? Warum erst jetzt, unter dem weltweit vorherrschenden Eindruck von Unruhen? Diese Frage bleibt ohne Antwort.

IM GESPRÄCH Enzo Tortora

Präsident im Gefängnis

Von Friedrich Meichsner

Italiens Radikale Partei ist für jede Überraschung gut. Sie fühlt sich als Stachel im Fleisch des gesellschaftlichen und politischen Establishments, und sie hat immer zu provozieren verstanden. Ihr charismatischer Führer Marco Panella ist der Prototyp des Anti-Politikers, der den politischen Professionals nicht selten schon ein Bein gestellt hat. Von den Christdemokraten bis zu den Kommunisten mag man sich nach außen hin noch so lustig machen über das, was man seine politischen Clownerien zu nennen pflegt; auf die leichte Schulter nimmt man ihn längst nicht mehr. Denn diese seine Clownerien rühren fast immer an einen empfindlichen Nerv.



Opfer einer „giustizia ingiusta"? Tortora FOTO DPA

Jetzt hat er sich mit seiner Partei ein neues Ziel gesetzt: Er will die Justiz gerechter machen. Ganz seinem Stil entsprechend, leitete er diese Kampagne mit einer neuen Provokation ein: Er ließ den seiner Meinung nach unschuldig zu zehn Jahren Gefängnis verurteilten ehemaligen Fernseh-Showmaster Enzo Tortora zum Präsidenten der Radikalen Partei wählen.

Tortora war unter der Anklage des Rauschgifthandels im Dienst der neapolitanischen Camorra im Juni 1983 verhaftet worden. Die Anklage gegen ihn stützte sich fast ausschließlich auf die Aussagen einiger Camorra-Mitglieder, die sich im Gefängnis in der Hoffnung auf eine mildere Strafe zur Zusammenarbeit mit der Justiz bereit erklärt und Tortora belastet hatten. Der Ex-Fernsehstar bestritt diese Anschuldigungen mit aller Entschiedenheit, blieb aber zunächst ein Jahr lang in Untersuchungshaft, bis ihn Panella 1984 zum radikalen Europa-Parlamentarier wählen ließ. Als Abgeordneter kam er frei. Das Straßburger Parlament hob seine parlamentarische Immunität nur insofern wieder auf, als es der italienischen Justiz erlaubte, das gegen ihm eingeleitete Verfahren fortzuführen. In diesem Verfahren wurde er vor einigen Wochen in erster Instanz für schuldig befunden und zu zehn Jahren verurteilt.

Anders als der mutmaßliche Rotbrigadist Toni Negri, den Panella ebenfalls über ein radikales Abgeordnetenmandat aus der Untersuchungshaft geholt und der sich dann eiligst nach Frankreich abgesetzt hatte, kündigte Tortora an, daß er im Dezember sein Mandat niederlegen und ins Gefängnis zurückgehen wolle, um von dort aus weiter gegen das anzukämpfen, was er als „giustizia ingiusta", als ungerechte Justiz, bezeichnet.

Er wird jetzt seine Stelle als Präsident der Radikalen Partei antreten, die sich vermutlich die Gelegenheit nicht entgehen lassen wird, provokativ ihre Vorstandssitzungen ins Gefängnis zu verlegen. Die Hintergründigkeit dieser neuerlichen Radikalen-Clownerie ist unschwer auszumachen. Sie kann mit der grundsätzlichen Frage umschrieben werden, inwieweit die Verurteilung eines bisher unbescholtenen Bürgers auf Grund von Aussagen notorischer, wenn angeblich auch „reumütiger", Camorra-Krimineller europäischem Rechtsempfinden entspricht.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

WESER KURIER

Die Bremer Zeitung meint zum Zustand der Koalition:

Schien es vor Monaten noch, als würde sich der Streit an innenpolitischen Themen entzünden, so wird inzwischen deutlich, daß die Außen- und Sicherheitspolitik der Prüfstein für die Haltbarkeit der Bonner Koalition ist: Die Skala der Schwankungen reicht von Südafrika über Chile und Nicaragua bis hin zu den Ostverträgen und der Rüstungskontrollpolitik. Beim „Krieg der Sterne" gerät die Koalition – vor Beginn der Wahlkampfzeit – vollends ins Wanken.

WESTDEUTSCHE ALLGEMEINE

Das Essener Blatt geht auf unterschiedliche Steuer-Pläne ein:

Auch bei den Steuern werden Koalition und Opposition in Bonn mit zwei gegensätzlichen Programmen in den Wahlkampf gehen. Die Koalition hat beschlossen, die Steuern in zwei Etappen zu senken. Sie verspricht sich von der erhöhten Kaufkraft durch Steuersenkung positive Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt. Die SPD hingegen, die gemeinsam mit den Gewerkschaften für staatliche Arbeitsbeschaffungsprogramme eintritt, will diese durch eine Erhöhung der Steuern finanzieren, die auch als Ergänzungsabgabe, Zwangsanleihe oder Sondersteuer bezeichnet wird ... Es ist nicht allein eine praktische, sondern auch eine ideologische Auseinandersetzung.

SÜDKURIER

Die Konstanzer Zeitung schreibt zum Prozeß in Neuseeland:

Wie das Hornberger Schießen geht jetzt die Greenpeace-Affäre, die Mitte Juli weltweit so viel Staub aufwirbelte, zu Ende. Es fehlte damals nicht viel, dann hätte Neuseeland die diplomatischen Beziehungen zu Frankreich abgebrochen. Doch nichts wird so heiß gegessen, wie es gekocht wird. Premierminister Lange kann sich noch so sehr gegen den Verdacht einer geheimen Absprache mit Paris verwahren. Es nützt nicht viel, man muß von einem Kuhhandel sprechen, wenn Frankreich jetzt in der EG kein Veto gegen Hammelfleisch-Lieferungen aus Neuseeland mehr einlegen will. Auch die Entschädigungsforderungen von Ministerpräsident Lange scheint die französische Regierung prompt erfüllt zu haben. Es würde also nicht sehr verwundern, wenn die beiden angeklagten Offiziere am 22. November bei der Urteilsverkündung mit einer symbolischen Strafe davonkämen.

Berner Zeitung BZ

Sie kommentiert die Wahlen in Argentinien:

Der Sieg der Radikalen Bürgerunion bei den Wahlen in Argentinien bestätigt die ungebrochene Popularität der Regierungspartei und ihres Führers Raul Alfonsin. Wichtiger noch ist der weitere Rückgang der peronistischen Bewegung, die jahrzehntelang der argentinischen Politik ihren Stempel aufgeprägt hat. Ihre bereits seit 1983 erlahmende Anziehungskraft hat weiter nachgelassen. Trotz dieser Verschiebungen, zu denen auch der deutliche Auftrieb für einige der kleineren Gruppen zur Linken und zur Rechten hinzukommt, ist der Gesamteindruck des Wahlergebnisses der einer bemerkenswerten Stabilität.

Die Kirche und der „Absolutismus" des Rechtsstaats

Wann hätten Bürger bei uns jemals gefälligst zu parieren? / Von Enno v. Loewenstern

Es ist ein kurioses Spektakel, wenn zwei Verfassungsrichter bei einer Veranstaltung einander gegenüber-, wenn nicht gar entgegentreten. Es ist noch kurioser, wenn der eine Mitglied eines Senats ist, dem der andere vorsitzt. Ob das dem Eindruck kurialer Erhabenheit dienlich ist, der zu den respektfördernden Aktiva des Bundesverfassungsgerichts gehört oder gehören sollte, sei dahingestellt. Am sonderbarsten freilich war der Ort, an dem die Diskussion stattfand. Es war die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) in Trier.

Bei Juristendebatten können die Meinungen kontrovers sein; jedenfalls aber steht die Wissenschaft im Vordergrund. Bei der Kirche, sollte man meinen, stehen Glaube und Verkündigung im Vordergrund, nicht säkularer Gelehrtenstreit. Aber das war wohl früher so; jetzt hat sich da einiges verschoben. Man sah das am Inhalt auch dieser Debatte. Es fand so etwas wie eine öffentliche Urteilsberatung statt, wo noch keine Klage anhängig ist. Man ist gespannt, was eines Tages unter Einschluß der diesmal draußengebliebenen sechs anderen Mitglieder des Ersten Senats dabei herauskommen wird.

Im Mittelpunkt nämlich stand wieder einmal die Gesetzestreue. Dabei führte der Bundesverfassungsrichter Helmut Simon eine Wendung ein, die der Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichts und Kommentator des Grundgesetzes, Professor Roman Herzog, nicht rügte: Simon forderte zu vorsichtigen staatlichen Reaktionen bei „friedlichen Regelverletzungen" auf. Als Beispiel nannte er Hausbesetzungen und Blockaden. Das sind keine Regelverletzungen, sondern Gesetzesverletzungen. Es handelt sich um Hausfriedensbruch und/oder Nötigung, wenn nicht Schlimmeres. Daß Simon eine Verniedlichung für nötig hielt, ist bezeichnend. Ebenso, was er weiter beitrug.

Das Repräsentativ- und das Mehrheitsprinzip beschrieb Simon als „Notbehelfe". Die Pflicht, sich rechtmäßig ergangenen Mehrheitsentscheidungen zu unterwerfen, fand er „bedenklich", falls „den Bürgern im Sinne eines repräsentativen Absolutismus angesonnen wird, gefälligst zu parieren, wenn die mehrheitlich gewählten Repräsentativorgane entschieden haben." So kann man die Demokratie natürlich auch beschreiben. Und er fragte: „Ist es richtig, jemanden wie einen Übeltäter zu behandeln, der letztlich im Allgemeininteresse auf Fehlentscheidungen aufmerksam gemacht hat?"

Aber die Frage, wo das Allgemeininteresse liegt, wird im demokratischen Rechtsstaat nicht durch irgendwelche Grüppchen entschieden und schon gar nicht durch einen Richter auf politischer Bühne, sondern durch die Allgemeinheit.

Das Wesen der Demokratie schlechthin ist die Mehrheitsentscheidung unter dem Gesetz. Wenn sich einzelne oder Minderheiten anmaßen, der Mehrheit deren „allgemeinen" Willen aufzuzwingen, dann ist die Demokratie außer Funktion gesetzt. Als Staatsbürger mag Simon gegen die Nachrüstung oder für eine andere Wohnungspolitik sein; aber er kann nicht quasirichterliche Gutachten abgeben, in denen Straflosigkeit – mehr als das: Gewährenlassen – für Straftäter gefordert wird, weil der Gutachter Simon ihre politische Meinung teilt und diese deswegen als erwiesen objektiv richtig hinstellt.

Ein Freispruch ist veranlaßt, wenn der Täter zwar einen Straftatbestand verwirkt, aber rechtmäßig gehandelt hat, weil er gegen einen rechtswidrigen Vorgang auftrat. Weder die Nachrüstung noch irgendwelche wohnungsbaupolitischen Beschlüsse sind rechtswidrig gefaßt worden. Wer will, kann sie kritisieren, aber niemand hat das Recht, durch physischen Druck die Mehrheit zum Nachgeben zu zwingen. Demzufolge handelten die jeweiligen Täter rechtswidrig und waren zu verurteilen.

Dies zur formalen Seite, die man nicht abtun sollte; die Form der Demokratie ist sehr wohl ein entscheidendes Stück Inhalt. Ist diese Form aber nun in Frage gestellt, weil eine breite Unruhe „der" Bürger Unzufriedenheit mit ihrer Demokratie anzeigt? Jeder weiß, daß das nicht der Fall ist; daß da vielmehr bestimmte Aktivistengrüppchen mal gegen dies, mal gegen jenes vorgehen, manchmal mehr, manchmal weniger Mitläufer finden, daß aber „die" Bürger keinen Augenblick das Gefühl haben, das ihnen eine bestimmte Seite einzureden sucht: Daß nämlich die Demokratie in Wahrheit nicht die Demokratie, sondern der Absolutismus (Simon auch: Die „Erfahrung, gegenüber mächtigen ökonomischen Interessen wenig ausrichten zu können") sei.

Roman Herzog erklärte: „Ein Recht zum Widerstand gegen staatliche Maßnahmen im Sinne des physischen oder gar bewaffneten Gewalteinsatzes kann kein Staat der Erde anerkennen, und der demokratische Rechtsstaat hat dazu noch weniger Anlaß als jeder andere. Ein solches Recht kann auch keine Kirche im Ernst postulieren." Sie sollte es auch nicht im Ernst suggerieren. Was manche jungen Menschen da lernen, kann schon ernste Folgen haben.

Für seine Hauptstadt ist dem Bund nichts zu teuer

In Bonn gehen wieder die Richtkränze hoch. Rund 1,3 Milliarden Mark sind in der mittelfristigen Finanzplanung für Bauvorhaben des Bundes vorgesehen. Die größten und teuersten Projekte sind das neue Postministerium und Ergänzungsbauten auf der Hardthöhe.

Von EBERHARD NITSCHKE

Durchfahrt bis zur Baustelle" bedeutet am Fuß des Petersberges im Siebengebirge, daß bei der Höhenmarke 331 Meter und knapp vor der vergammelten Vorfahrt des ehemaligen Luxushotels ein sehr massiver Palisadenzaun die Straße abriegelt. Dahinter begannen jetzt mit dem Abriß des alten Wirtschaftstraktes die mit 103 Millionen Mark bezifferten Umbauarbeiten, die das 1978 vom Bund erworbene imposante Gebäude zum Gästehaus für Staatsgäste machen.

Sieben Jahre hat es gedauert von der Schließung des spätwilhelminischen Prachtbaus wegen Unrentabilität im Jahre 1969 bis zum Ankauf durch den Staat, der gleich den ganzen Berg mit 102 Hektar Park und Wald dazu übernahm und dafür 17,36 Millionen Mark bezahlte.

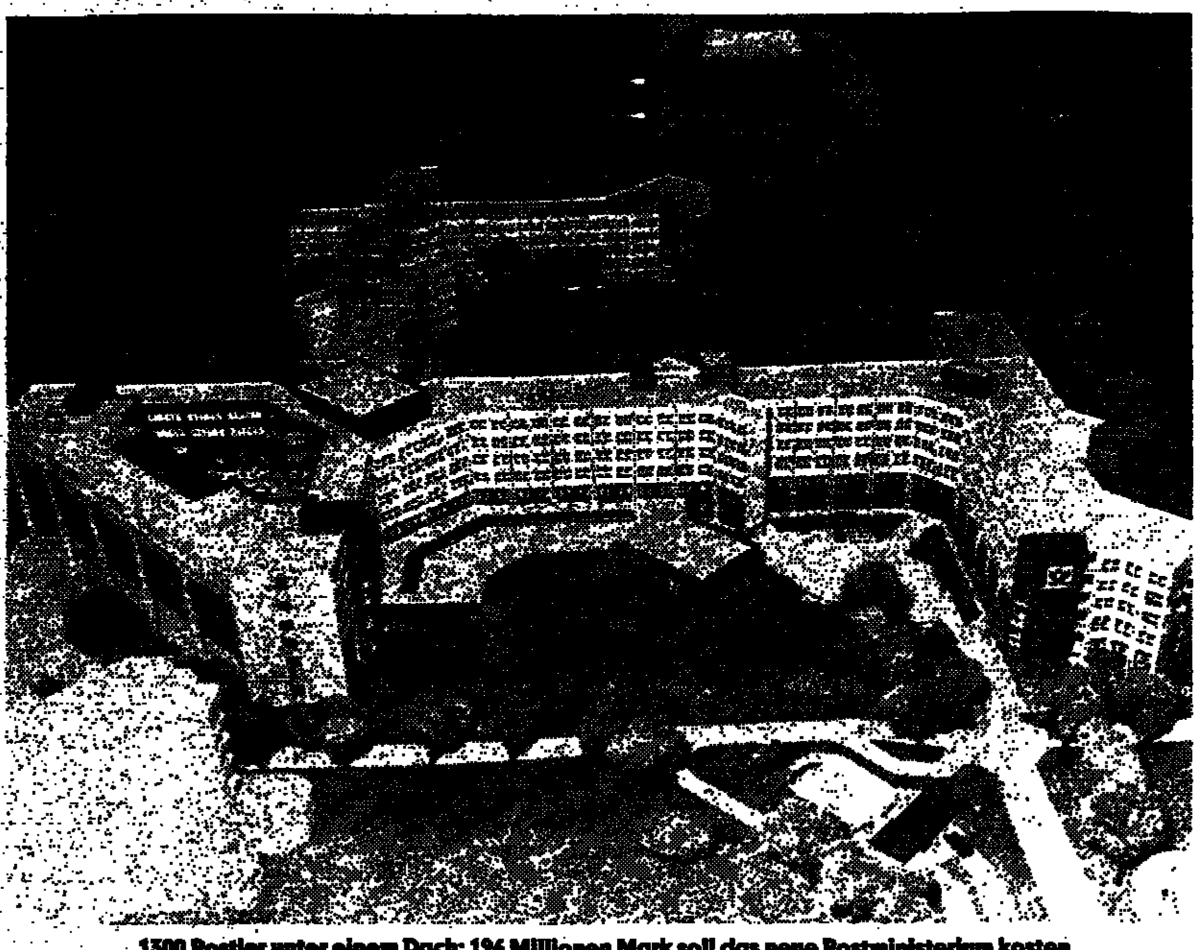
Sieben Jahre dauerte das Gerangel darum, was nun mit dem neuen Besitz gemacht werden solle. Die Skrupel der Bundesregierungen um ein Mindestmaß an staatlicher Repräsentation sind enorm. Der erste Kostenanschlag für einen bestimmungsgemäßen Umbau lag bei 50 Millionen Mark – das Geld, das die Bundesregierung per Entwicklungshilfe einem zentralafrikanischen Staat jährlich zur Aufrechterhaltung seines Rundfunks zahlt.

Der Altbau ist schon vergeben

Was nun entsteht und was mit dem Abriß des Überflüssigen eingeleitet wurde, ist ein komfortabler Aufenthaltsort nicht nur für Staatsgäste, sondern auch für die normalen Staatsbürger, die sich hier einmieten können werden, wenn nicht für einen hohen Besucher gerade „Sicherheitsstufe Eins" verordnet worden ist.

Nachdem bei Hotelschließung die gesamte Inneneinrichtung versteigert worden war, ist zwar zusätzlich noch ein Betrag von heute geschätzt 10 Millionen Mark für Möbel und Dekorationen erforderlich, doch dann hat das offizielle Bonn endlich den zentralen Ort für die rund 300 jährlichen Delegationen aus aller Welt, um deren künftige Bewirtung bereits große Hotelkonzerne rangeln.

Bonns größte Baustelle aber ist zur Zeit das künftige Bundespostministerium auf der ehemaligen Stadtgrenze zwischen Bonn und Bad Godesberg, das den „Altbau" der 50er Jahre an der Adenauer-Allee ersetzen soll. Auf diese Räumlichkeiten hat schon lange das benachbarte Auswärtige Amt ein begehrliches Auge geworfen. 196 Millionen Mark sind für das neue Postministerium vorgesehen, das alle zur Zeit 1300 Mitarbeiter von Bundespostminister Christian Schwarz-Schilling unter ein Dach holt. Gegenwärtig hat sein Ministerium 17 Dependancen im ganzen Stadtgebiet.



1300 Postler unter einem Dach: 196 Millionen Mark soll das neue Postministerium kosten

MODELL-FOTO: DPA

In nächster Nachbarschaft zu den Postlern wird für bewilligte 146,5 Millionen Mark das neue Bundesministerium für Verkehr gebaut. Das jetzige Haus zeichnet sich vor allem dadurch aus, daß es mit dem Auto nur im Einbahnverkehr über einen einspurigen Weg erreicht werden kann.

Während sich oben noch die Turmkräne drehen, ist unter Tage für beide neuen Ministerien schon die neue Zeit angebrochen, denn die Bonner U-Bahn hat ihre Station, die vorläufig noch Treppen auf die grüne Wiese und Brachland leitet, schon eröffnet.

Unter weitgehendem Ausschluß der Öffentlichkeit baut der Bundesminister der Verteidigung, Manfred Wörner, auf der Hardthöhe und im streng abgeschirmten Bereich seines Mammut-Ministeriums für 178 Millionen Mark „Ergänzungsbauten", die so manchen Verschlag ersetzen sollen, in dem zur Zeit noch so mancher Oberstleutnant hier sein Büro führt.

Seit Monaten ist auch das Auswärtige Amt Baustelle, verbessert Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann die Raumkalamitäten in seinem ehemaligen Kasernengelände und läßt Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann aufstocken: Gesamtkosten für diese drei Häuser in Höhe von 84,5 Millionen Mark.

„Das kennzeichnende Merkmal jeder stadträumlichen Gestaltung und Verbildlichung des Begriffes Hauptstadt, das allen Beispielen augenfällig zu eigen ist, ist Raum und Weite, jenes außerordentliche Element, welches sich als wichtige Voraussetzung für eine Erfüllbarkeit des Anspruchs Hauptstadt erweist". So formulierten die Architekten Rudolf Hillebrecht, Gerhart Laage und Walter Rossow in einer Denkschrift unter dem Titel „Zur Hauptstadt Bonn" 1979 ihre Vorstellungen des weiteren Ausbaus.

Was den Bundestag betrifft, so geht er indessen zunächst einmal von der Weite in die Enge. „Umbau des ehemaligen Wasserwerkes zur vorübergehenden Unterbringung des Plenums des Deutschen Bundestages" ist der ebenso umständliche wie zutreffende Titel für diese Baumaßnahme, die 14 Millionen Mark kosten soll.

Für zwei Jahre ins Notquartier

Noch vor der Sommerpause 1986 werden die Parlamentarier in dieses Notquartier ziehen, weil der Plenarsaal feuerpolizeilichen Anforderungen nicht mehr entspricht und mit einer Bauzeit von zwei Jahren umgebaut werden muß. Schon jetzt steht fest, daß dieses putzige neugotische Gemäuer, das nur durch die Initiative einiger weniger Abgeordneter um den FDP-Abgeordneten Detlef Kleinert vor dem Abriß bewahrt wurde, ein Lieblings-Tagungsort der Parlamentarier werden wird.

Wenn es je für eine Baumaßnahme des Bundes breite Zustimmung in der Öffentlichkeit gegeben hat, die selten leicht zu erlangen ist, dann wurde sie hier erteilt, wo man zusammenrücken muß, wo diese Mangelware „Platz" wahrscheinlich eine ungeahnte Nachfrage auslösen könnte.

Achtzig Millionen Mark werden in den Umbau des alten Plenarsaals und in ein neues Eingangsbauwerk investiert. Die Pläne des Stuttgarter Architekten Günter Behnisch sehen vor, daß sich Parlament und Regierung ab 1988 nicht mehr wie Lehrer und Schüler gegenübersitzen, sondern nach noch nicht allseits bestätigten Plänen in Kreisform Platz nehmen. Damit soll die „Hörsaalatmosphäre", die schon bei der Eröffnung des Hohen Hauses 1949 beklagt wurde, ihr Ende finden, sollen Kommunikation und Konfrontation triumphieren.

Seit man von dem Milliardenprojekt eines Bundestags- und Bundesrats-Neubaus abgerückt ist und sich für den Erhalt der nun schon historischen, überdies durch den Regierungspräsidenten in der Hauptsubstanz unter „vorläufigen Denkmalschutz" gestellten Baulichkeiten entschied, wird im Deutschen Bundestag schon stetig renoviert. Die Devise des Bundesbauministers Oscar Schneider wird beherzigt: „Die Zeit der provisorischen Unterbringung der Verfassungsorgane des Bundes *soll endgültig vorbei sein.*"

Diese stückweise Erneuerung hat ihre Tücken. Wenige Tage nach der Neugestaltung eines Eingangs, eines Traktes werden nagelneue Granitstufen, liebevoll gestaltete Winkel durch das Einbringen schwerer und schmieriger Baumaschinen für den nächsten Abschnitt wieder beschädigt. Aber das Gesamtergebnis ist dennoch schon eindrucksvoll. Ein Hauch von Eleganz breitet sich aus, sogar der eigens für den Weltwirtschaftsgipfel 1985 in Bonn angeschaffte blaue Teppich für die Lobby durfte liegenbleiben und verdeckt seitdem das bekannte Rot des hier vorher ausgerollten PVC-Kunststoffbodens.

In den nächsten zehn Jahren wird der Bund, so Minister Oscar Schneider, in seiner Hauptstadt mehr Geld als je zuvor in einer so kurzen Zeitspanne investieren.

Das „Haus der Geschichte", von Bundeskanzler Helmut Kohl schon in seiner Regierungserklärung von 1982 angekündigt, soll 90 Millionen Mark kosten, der Baubeginn ist zur Zeit auf 1988 terminiert, die Fertigstellung soll zwei bis drei Jahre später sein. Die Kunst- und Ausstellungshalle des Bundes, benachbart dem geplanten städtischen Museumsneubau im Regierungsviertel, wurde mit rund 70 Millionen Mark in den Etatplan aufgenommen.

Am fernsten der Verwirklichung ist wohl das, was am billigsten herzustellen wäre: jene „Zentrale Mahn- und Gedenkstätte", an deren Gestalt und Beschriftung sich schon so mancher beauftragte Experte verhoben hat. Und so bleibt es für offizielle Kranzniederlegungen – provisorisch – bei jener aus der Stadtmitte auf den fernen Nordfriedhof von Bonn verschobenen Aluminiumplatte mit der Aufschrift: „Den Opfern der Kriege und der Gewaltherrschaft".

Die „Woermann-Linie", Brücke zum Kontinent der Krisen

Sie gehörte zu den Pionieren auf dem schwarzen Kontinent, ihre Kapitäne kamen nicht als Eroberer, sondern als Kaufleute: Die Hamburger „Woermann-Linie" hat ihr erstes Jahrhundert hinter sich.

Von ACHIM REMDE

Nach Afrika fahren sie schon mehr als 100 Jahre. 1849 lief das erste Schiff des Hamburger Handelshauses Woermann Westafrika an, und 1854 ließ Gründer Carl Woermann seine erste Niederlassung in Liberia errichten. Der Handel damals ist Tauschhandel: Fertigwaren aus Europa gegen Rohstoffe – Palmöl und Elfenbein – aus Afrika. Dann kommt die Dampfschiffahrt auf. Um die größeren Ladekapazitäten wirtschaftlich nutzen zu können, kann man sich nicht mehr auf den Transport eigener Fracht beschränken. Man muß fremde Fracht akquirieren.

So trennt Adolph Woermann, Sohn und Nachfolger des verstorbenen Carl, der zeitlebens nie selbst in Afrika war, 1885 das Reederei- vom Handelsgeschäft und gründet die „Afrikanische Dampfschiff-Actiengesellschaft" – die Geburtsstunde der traditionsreichen „Woermann-Linie", die zusammen mit der 1890 ebenfalls von Woermann gegründeten „Deutschen Ost-Afrika-Linie" unter dem Dach der „Deutschen Afrika-Linien" vereinigt, den Wechsel der Zeitläufte bis heute überstanden hat und am Montag mit einer Festveranstaltung im Hamburger Atlantic Hotel ihr 100jähriges Bestehen feierte.

Bis heute ist ihr Name untrennbar mit den deutsch-afrikanischen Beziehungen verbunden. Woermannsche Handelsniederlassungen in Kamerun und Togo waren Vorposten und Interessengrundlage für den Abschluß von Schutzverträgen mit lokalen Herrschern. Doch nicht nur wo die deutsche Flagge gehißt wurde, hatte Woermann Fuß gefaßt. Auch im von Franzosen, Briten und Portugiesen kolonisierten Afrika spielte die „Woermann-Linie" eine wesentliche Rolle in den wirtschaftlichen Beziehungen.

So überrascht es nicht, daß die heutige Firmeninhaberin, Liselotte von Rantzau-Essberger, die 1959 die „Deutschen Afrika-Linien" von ihrem Vater John T. Essberger übernahm – er hatte die Reederei nach dem Zweiten Weltkrieg wieder aufgebaut –, fast immer dabei ist, wenn afrikanische Potentate in Deutschland empfangen werden oder hochrangige deutsche Delegationen nach Afrika reisen. Als im Sommer 1984 der Beginn der deutschen Kolonialzeit in Togo mit dreitägigen Feierlichkeiten in Lomé begangen wurde, saß sie zusammen mit Franz Josef Strauß neben Präsident Eyadema. Als Lehrling und später als Sekretärin ihres Vaters hat die Mutter von drei Söhnen, die sämtlich auch in der Firma arbeiten, das Reederei-Geschäft von der Pike auf gelernt.

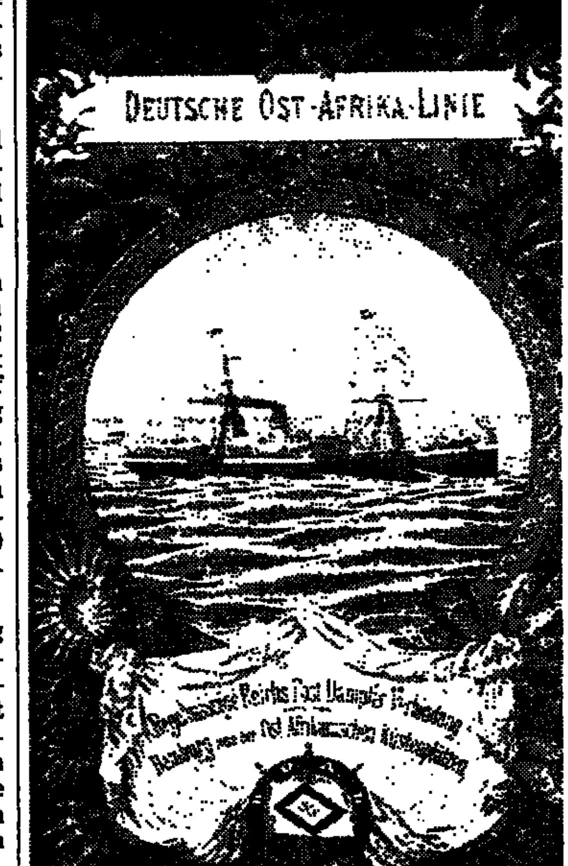
Einfach war das Geschäft mit dem krisengeschüttelten Kontinent nie. Der wirtschaftliche Niedergang Afrikas Ende der siebziger/Anfang der achtziger Jahre – insbesondere im wichtigen Partnerland Nigeria, das wegen sinkender Rohölnachfrage und Mißwirtschaft am Rand des Ruins stand – führte zu einem katastrophalen Rückgang des Transportvolumens, der nur durch Reorganisation und Umstrukturierung gemeistert werden konnte.

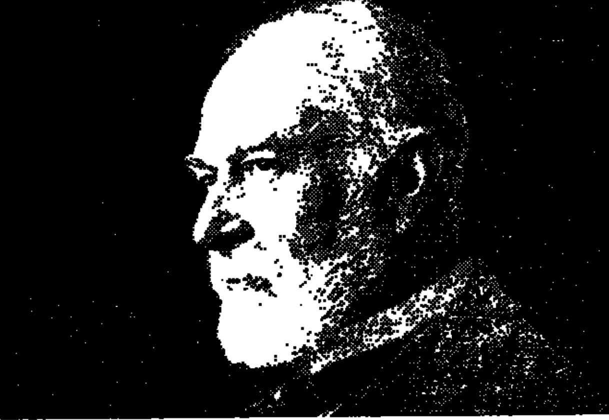
Das Jahr 1985 bringt wieder ein positives Ergebnis. Kein anderes deutsches Unternehmen vergleichbarer Größe – die Reederei-Gruppe beschäftigt zur Zeit 1280 Mitarbeiter, 920 auf See, 360 an Land, und hat 47 Schiffe – hängt so ausschließlich von der Entwicklung Afrikas ab. Diese Abhängigkeit bewirkt ein politisches Engagement, wie es bei den humanitären und Entwicklungshilfe-Institutionen, die sonst die deutsch-afrikanischen Beziehungen beherrschen, kaum zu finden ist. Während diese ihre Existenzberechtigung aus den andauernd katastrophalen Verhältnissen und der Unterentwicklung herleiten, ist das Schicksal des Familienunternehmens umgekehrt von der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Kontinents abhängig.

Angesichts der enttäuschenden Ergebnisse von mehr als zwei Dekaden Entwicklungshilfe wird die Zahl derer immer größer, die den Ausweg aus der Misere in „Trade – Handel" statt „Aid – *Hilfe*" sehen. Sie argumentieren: Mit der Förderung gesunder kommerzieller Interessen, mit einem Profitstreben, das auf beiden Seiten wirtschaftliche Entwicklung stimuliert, tue man Afrika einen größeren Gefallen als mit ideologisch verbrämter Entwicklungshilfe, deren Projekte wie ein Kartenhaus zusammenfallen, sobald die helfende Hand sie losläßt. So nimmt Liselotte von Rantzau an der Entwicklung Afrikas mit Leidenschaft Anteil – und sie ist Optimist.

Ist es Zweckoptimismus? Irgendwann muß der Kontinent, der das Schlußlicht der Weltwirtschaft ist und nur als Hilfeempfänger in die Schlagzeilen gerät, den Platz einnehmen, der seinem Reichtum an Ressourcen und Menschen entspricht. Auf dem Wege dahin liegen Probleme, die noch unlösbar erscheinen.

Eines von ihnen deutet Frau von Rantzau bei der Begrüßung der 500 Gäste des Gala-Diners im prächtig geschmückten Festsaal des Atlantic-Hotels an: Südafrika, das fast 50 Prozent des gesamten Frachtaufkommens der deutschen Afrika-Linien bringt. Schon ist das Transportvolumen dorthin in den letzten 18 Monaten um 30 Prozent zurückgegangen, die Exportfrachten aus Südafrika allerdings nur um zehn Prozent. Den Primat der Politik wollen die versammelten Wirtschaftsvertreter nicht antasten. Doch die Warnung vor übereilten Schritten ist nicht zu überhören.







1885 gründete Adolph Woermann (oben) die Afrika-Linie, die er fünf Jahre später mit seiner „Deutschen Ost-Afrika-Linie" (l. ein Plakat von 1890) vereinigte. Unten die jetzige Chefin Liselotte von Rantzau-Essberger

FOTOS: DIE WELT

Loewe will Rundfunkrat nicht antworten

F. D., Berlin

Die Krise im Sender Freies Berlin (SFB) hat nach wochenlangen Auseinandersetzungen zwischen dem Intendanten Lothar Loewe und dem SFB-Personal ihren Höhepunkt erreicht. Mit der von Loewe gegenüber dem Rundfunkrat geäußerten Absicht, dem Kontrollgremium zu den Vorwürfen des SFB-Redakteurausschusses keinerlei Fragen mehr zu beantworten, hat der 1983 gewählte Intendant nach Einschätzung von Politikern aus dem Rathaus Schöneberg eine für alle Seiten heikle Situation geschaffen. In Berlin wird die Frage gestellt, ob unter Umständen eine Fortsetzung der regulären Amtszeit von Loewe bis ins Jahr 88 noch möglich ist.

Loewe begründete seine Haltung gegenüber dem Rundfunkrat mit der Erklärung, er wolle sich von Rundfunkratsmitgliedern nicht weiter „in die Rolle eines vorverurteilten Angeklagten" drängen lassen. Zu den gegen ihn erhobenen Vorwürfen stellte der Intendant fest, die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft „Treuearbeit" habe „eindeutig festgestellt, daß ich mich nicht bereichert habe, auch nicht auf Kosten des SFB".

Nach der in der Geschichte des Senders bislang einmaligen Weigerung *eines Intendanten, den Mitglie*dern des Rundfunkrates Rede und Antwort zu stehen, wollen Rundfunkrat-Mitglieder wie der SPD-Vertreter Peter Ulrich diese Haltung „der Staatsaufsicht", sprich dem Berliner Kultursenator, zur Beurteilung vorlegen. Obwohl Rundfunkrat-Mitglieder wie die CDU-Abgeordnete und Vizepräsidentin des Berliner Abgeordnetenhauses Gabriele Wiechatzek die Hoffnung äußerten, die verbale Ankündigung des Intendanten sei „wohl nicht so gemeint", ist mit dem jetzigen Sachstand der Druck auf die Berliner Koalitionsparteien gestiegen, die kaum mehr zu vereinenden Fronten in einem der kleinsten, aber politisch wichtigsten ARD-Sender aufzulösen. Loewe gilt mittlerweile selbst bei CDU und FDP als mittelfristig nicht mehr haltbar.

Der Angeklagte sagte nur einen einzigen Satz

Mutmaßlicher Mittäter an Ermordung Thälmanns vor Gericht

E. NITSCHKE, Krefeld

Mehr als 23 Jahre nach Erstattung der Strafanzeige wegen Mordes an den ehemaligen deutschen Kommunistenführer Ernst („Teddy") Thälmann, der 1944 im KZ Buchenwald auf Befehl Hitlers erschossen wurde, ist vor der 2. Großen Strafkammer des Landgerichts Krefeld das Hauptverfahren gegen den früheren SS-Oberscharführer Wolfgang Otto (74) eröffnet worden. Er ist der einzige überlebende Tatverdächtige. Inzwischen sind nicht nur die Mittäter, sondern auch die Zeugen verstorben. Angestrengt hatte die Anzeige 1962 Thälmanns Witwe Rose, nach deren Tod jetzt ihre Tochter, die in Ost-Berlin lebende Frau Irma Gabel-Thälmann, in Krefeld als Nebenklägerin auftritt.

Otto, der im niederrheinischen Geldern nahe der holländischen Grenze wohnt, erklärte gegenüber dem Gerichtsvorsitzenden Heinz Josef Paul zu Beginn seines Prozesses, daß er aussagen wolle. Das war allerdings auch sein einziger Satz an diesem ersten Verhandlungstag. Sein Verteidiger, Rechtsanwalt Walter Macelli, gab im Auftrag seines Mandanten eine etwa einstündige Erklärung ab, in der er das Landgericht Krefeld als unzuständig für das Verfahren bezeichnete und eine Rückverweisung an das Landgericht Kleve verlangte. Die Klever Richter hatten aufgrund widersprüchlicher Zeugenaussagen den hinreichenden Tatverdacht gegen Otto im Vorverfahren verneint.

Nach Krefeld war der Prozeß verlegt worden, nachdem der Leiter der Zentralstelle im Lande Nordrhein-Westfalen für die Bearbeitung nationalsozialistischer Massenverbrechen in Konzentrationslagern bei der Staatsanwaltschaft Köln gegen den Lehrer im Ruhestand Wolfgang Günther Klaus Otto Anklage wegen „vorsätzlicher Beihilfe zu der vorsätzlich und rechtswidrigen heimtückischen und aus niedrigen Beweggründen begangenen Tötung" Thälmanns erhoben hatte. Das zuständige Landgericht Kleve hat durch Beschluß vom 7. Juni 1984 die Eröffnung des Hauptverfahrens abgelehnt. Nachdem daraufhin das Oberlandesgericht Düsseldorf durch Beschluß vom 25. Januar 1985 den Spruch von Kleve aufhob, wurde die Sache nach Paragraph 210 der Strafprozeßordnung (Verweisungs-Möglichkeit) Krefeld zugeordnet. Vorangegangen war dem Klever Beschluß eine sofortige Beschwerde der Staatsanwaltschaft Köln und der Tochter Thälmanns.

Für die Nebenklage erklärte Rechtsanwalt Heinrich Hannover, das Oberlandesgericht Düsseldorf habe bei Kleve Befangenheit angenommen und konkrete Informationen darüber gehabt. Wörtlich sagte Hannover: „Als Juristen kennen wir alle die präjudizierende Kraft von gerichtlichen Kantinengesprächen". Oberstaatsanwalt Heinz Joachim Röseler, der die Anklage verlas, versicherte, das Verfahren sei bisher nach der Strafprozeßordnung betrieben worden, „neue Beweismittel" hätten jetzt die Prozeßeröffnung ermöglicht.

Der aus Hamburg stammende Vorsitzende der Kommunistischen Partei Thälmann, 1932 als Kandidat der KPD für die Reichspräsidentenwahl aufgestellt, war sofort mit Beginn der NS-Herrschaft 1933 festgenommen worden. 1944 wurde der deutschen Presse mitgeteilt, Thälmann sei in der Haft „durch Feindbombe ums Leben gekommen".

Tatsächlich hatte ihn ein Gestapo-Kommando am Abend des 17. August 1944 aus dem Konzentrationslager Bautzen abgeholt und in das KZ Buchenwald gebracht. Nach Schilderung des inzwischen verstorbenen polnischen Häftlings Marian Zgoda waren etwa sechs SS-Männer an Thälmanns Liquidation vor dem Lagerkrematorium beteiligt. Otto sei, so der Zeuge in früheren Verfahren, dabeigewesen. Gegen Otto spricht auch eine frühere Aussage des ehemaligen SS-Hauptscharführers Werner Fricke, der angab, Otto habe ihm in der US-Haft eine Beteiligung an der Ermordung Thälmanns gestanden.

1947 war Otto im Buchenwald-Prozeß wegen Beihilfe zum Mord an 15 Polen und Jugoslawen in KZ-Lagern zu 20 Jahren Haft verurteilt worden, von denen er fünf Jahre absaß. Der Rest wurde ihm wegen guter Führung erlassen.

Verleger-Appell an ARD und ZDF

dpa, Stuttgart

Der Präsident des Verbandes Deutscher Zeitschriftenverleger (VDZ), Heiko Klinge, hat die Ministerpräsidenten der Länder aufgefordert, eine Ausweitung der Werbezeiten der öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten zu verhindern. Bei der Generalversammlung des VDZ in Stuttgart sagte Klinge, jeder Zugewinn von ARD und ZDF aus dem „ohnehin begrenzten Werbemarkt" gehe zu Lasten der Presse und der privaten Rundfunkanbieter. Angesichts dieser Gefahr für die Druckmedien sollten die Bundesländer durch eine einheitliche Mediengesetzgebung eine „Rechts- und Planungssicherheit für unternehmerische Entscheidungen der Verlage" herstellen. Klinge begrüßte die Ankündigung der unionsregierten Länder, ihre Mediengesetzgebung einander anzupassen.

Mehr Abiturienten als Auszubildende

AP, Berlin

Jeder zehnte Auszubildende in der Bundesrepublik hat Abitur. Dies geht aus einer Analyse des Bundesinstituts für Berufsbildung in Berlin hervor. Danach stieg die Zahl der Auszubildenden mit Abitur oder Fachhochschulreife in diesem Jahr gegenüber 1984 sprunghaft um 47 000 auf 192 000, was einem Anteil von 10,7 Prozent entspricht. Der Anteil der Mädchen liege bei 53 Prozent, hieß es in der Analyse. Allein in Industrie und Handel betrage der Zuwachs 34 000, so daß in diesem Ausbildungsbereich 119 000 Studienberechtigte (14,12 Prozent aller Auszubildenden) tätig seien. Auch im Handwerk (fünf Prozent) und bei den freien Berufen (16,1 Prozent), insbesondere bei Ärzten, Zahnärzten, Steuer- und Wirtschaftsberatern, würden einige tausend Abiturienten mehr ausgebildet.

D 1-Mission: USA können sparen lernen

P. SCHMALZ, Oberpfaffenhofen

Während die Crew der „D-1-Mission" in der Raumfähre „Challenger" gestern die letzten Experimente absolvierte und sich auf die Landung heute abend vorbereitete, schickte der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß „ein herzliches Grüßgott" in das Weltall. Vom deutschen Kontrollzentrum Oberpfaffenhofen bei München beglückwünschte er in einer Live-Schaltung zur Raumfähre die beiden deutschen Astronauten Ernst Messerschmid und Reinhard Furrer: „Alles Gute, kommt gut zurück, der Dank unseres Volkes ist Euch sicher. Die Landung heute um 18.25 Uhr wird von APF-Blick auf SAT 1-Kanal live übertragen.

Der Raumflug, der erstmals wesentlich unter deutscher Verantwortung durchgeführt wurde, ist nach den Worten von Strauß „ein riesiger Erfolg für die Menschheit auf dem Weg nach oben in eine bessere Zukunft". Auch die Leitung des deutschen Raumfahrtzentrums ist mit den Ergebnissen der Mission vollauf zufrieden. Von 76 Experimenten, die während des Flugs im Spacelab durchgeführt werden sollten, sei nur eines aus dem Bereich der Materialwissenschaft völlig gescheitert, erklärt Professor Peter Sahm. Allerdings war die Vielzahl der Versuche nervenaufreibend. „Wir haben uns zuviel zugemutet", meinte Missions-Leiter Hansulrich Steimle.

Neue Maßstäbe

Das deutsche Kontrollzentrum hat mit dieser Mission aber auch neue Maßstäbe gesetzt, die in Washington sehr genau beobachtet werden: Die Deutschen absolvierten den Flug wesentlich billiger als ihre amerikanischen Kollegen dies gewohnt sind. Man sei am Boden mit einem Viertel des Aufwands ausgekommen, der in den Staaten üblich ist. Doch auch dort, so wurde Strauß bei seinem gestrigen Besuch erklärt, will man mit Hinweis auf die preiswertere deutsche Arbeit die Ausgaben senken. Steimle: „Mehr Geld ist nicht immer ein Garant für mehr Erfolg." Vor kurzem hätten die Amerikaner noch bezweifelt, daß die Deutschen mit ihrer geringeren Ausstattung in der Lage wären, einen Raumflug zu leiten. Heute sagt man in Oberpfaffenhofen stolz: „Vielleicht können wir jetzt den Amerikanern beim Sparen helfen."

Geld nicht verpulvert

Als erfreuliche Nebenerscheinung wird bei der Missions-Leitung die große Resonanz aus der Bevölkerung gewertet: „Die Raumfahrt ist heute ein Faktor in Deutschland. Die Frage nach den Kosten steht nicht mehr im Vordergrund." Ausdrücklich wurde betont, daß die 400 Millionen Mark dieser Mission nicht im Weltall verpulvert würden, sondern in ihrer überwiegenden Mehrheit wissenschaftlichen und zukunftsorientierten Arbeitsplätzen zugute kommen.

Eine Vielzahl der Experimente diene zugleich einer im industriellen Bereich anwendbaren Forschung. So wurde mit einem Materialexperiment die Produktion hochwertiger Schaufelblätter geprobt, die den Wirkungsgrad von Turbinen steigern können.

Ein Weg à la Börner ist Rau in Bonn versperrt

PETER PHILIPPS, Bonn

Die SPD-Führung hatte sich zu früh gefreut, nach den aus eigener Kraft und gegnerischer Schwäche errungenen Wahlerfolgen im Saarland und in NRW die Fragen nach der Zukunft rot-grüner Zusammenarbeit erst einmal vom Tisch zu haben. Die nun vollzogene, aus ehemaligen Dachlatten gezimmerte hessische Mesalliance hat das Problem wieder auf die Tagesordnung gesetzt.

Die Sozialdemokraten – selbst erstaunt über Umfrageergebnisse, wie sie von ihnen vor zwei Jahren noch nicht einmal erträumt wurden – befinden sich in der Bredouille: Zum einen sollen die Grünen und deren Anhänger „sozialdemokratisiert", direkt zur alten Mutter SPD herübergeholt werden. Zum anderen will man sich der Zusammenarbeit mit dem „realpolitischen" grünen Flügel nicht völlig verschließen. Gleichzeitig soll aber auch möglichst viel originäre SPD-Wählerschaft mit dem Anspruch mobilisiert werden, man werde es auch im Bund „aus eigener Kraft schaffen". Auch ein Rastelli hätte hiermit alle Hände voll zu tun.

Eine zusätzliche Hypothek kommt hinzu: Nach Holger Börners kräftiger Abgrenzungs-Semantik der Vergangenheit und der dann doch vollzogenen Koalition mit den Grünen stellt sich für die Sozialdemokraten in jeder Hinsicht die Frage der Glaubwürdigkeit vor dem Wähler.

Bereits in der Sommerpause hatten die Sozialdemokraten in der Kanzlerkandidaten-Frage der Regierungs-Koalition die Besetzung des Sommertheaters weitgehend abgenommen. Die Frage, wie halten es die Genossen mit den Grünen, droht sich zu einem neuen Kassenschlager zu entwickeln, ohne daß sich die SPD-Führung mit einem Befreiungsschlag dessen entledigen kann. Die gereizte Reaktion auf Interpretationen der Brandt-Äußerungen vom Wochenende beweisen, daß man sich im Ollenhauer-Haus dessen bewußt ist.

Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel versucht nun, mit einem ähnlichen Rezept wie bei der Kandidaten-Diskussion der Debatte die Luft abzudrehen: mit „gestanzten Formulierungen", die von ihm und Rau wortgleich immer wieder als Antworten angeboten werden sollen. Im Gespräch mit Journalisten formulierte er deshalb gestern die Stanzen: „Ich lehne es ab, mich für eine Kandidaten-Spekulation nach der Bundestagswahl in Anspruch nehmen zu lassen. Kandidat vor und nach der Wahl ist Johannes Rau."

Der nordrhein-westfälische „Hoffnungsträger" hat sich festgelegt: Entweder Machtwechsel in Bonn aus eigener Kraft oder gar nicht – gemeinsam mit den Grünen will er es nicht versuchen. Sein Parteivorsitzender Willy Brandt ließ in seinem sonntäglichen Fernseh-Interview alles offen: „Johannes Rau hat deutlich gesagt, daß er für eine solche Aufgabe (Kooperation mit den Grünen, d.Red.) nicht zur Verfügung steht, und er ist unser Kandidat." Falls weder die Koalition noch die SPD alleine die Mehrheit erreichten, dann sei „der Bundespräsident im Spiel. Denn er muß herausfinden, wie kriegt die Republik dann eine Regierung". Vorstandssprecher Wolfgang Clement schickte die Exegese hinterher, daß „Herr Brandt das Wort Grüne und das Wort Tolerierung nicht einmal in den Mund genommen" habe.

Johannes Rau ist in der Tat so festgezurrt, daß ihm ein Weg à la Börner verschlossen bleibt – selbst wenn er ihn überhaupt gehen wollte. Brandt hat dies öffentlich unterstrichen, genauso wie Vogel, der gestern daran erinnerte, daß der Parteivorstand Rau „in Kenntnis" dieser ablehnenden Haltung nominiert habe. Und: „Wir alle sagen genau dasselbe wie Johannes Rau", demonstrierte der Fraktionschef Schulterschluß.

So setzt denn die *SPD darauf*, in der Polarisierung mit CDU, CSU und FDP die „Botschaft" vermitteln zu können, daß es „nur eine Alternative" (Vogel) gebe und jede Stimme für die Grünen „alles verwässert" bzw. wegen der Fünf-Prozent-Hürde wertlos werden könne.

Doch dieses Pfeifen im Wald täuscht nicht über die Angst hinweg, am Wahlabend im Januar 1987 zur Nagelprobe gezwungen zu werden. Höchstwahrscheinlich wird dann ein anderer Sozialdemokrat im Falle einer rot-grünen Stimmenmehrheit den Weg zum Bundespräsidenten antreten als Johannes Rau.

Albrecht-Wort zu Sondermüll

DW. Hannover

Ministerpräsident Ernst Albrecht wird in der bevorstehenden Sitzung des niedersächsischen Landtags in der kommenden Woche in Hannover eine Regierungserklärung zu Sonderabfallbeseitigung geben. Wie ein Regierungssprecher gestern in Hannover mitteilte, wird der Regierungschef in der Erklärung auch auf die Situation in der Sondermülldeponie Münchenhagen im Landkreis Nienburg eingehen, in der Dioxyn gefunden und für die Umwelt gefahrlos sichergestellt worden ist. Erst vor einigen Tagen hatte Albrecht in Hannover angekündigt, daß die Landesregierung mit einem Kostenaufwand von 70 Millionen Mark eine Verbrennungsanlage installieren wolle, in der die hochwertigen Gifte gefahrlos verbrannt werden sollen.

Mitgliederschwund bei der EKD

idea, Trier

Für eine Verminderung der Planstellen für Pfarrer und hauptamtliche Mitarbeiter in den evangelischen Kirchen hat sich der „Alterspräsident" der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Dekan i.R. Kurt Hennig (Esslingen), ausgesprochen. Wie er bei der Haushaltsberatung der EKD-Synode in Trier sagte, nötigten die sinkenden Mitgliederzahlen – jedes Jahr etwa 200 000 Menschen, was der Größe zweier Kirchenkreise entspreche – zu dieser Konsequenz. Man könne „nicht ewig" bei der jetzigen Praxis bleiben und mit der Einrichtung immer neuer Planstellen verminderte Aufgaben zuteilen, etwa die Teilung von Kirchengemeinden. Die Frustration unter den Mitarbeitern, besonders unter den Pfarrern, wachse immer weiter.

Umdenken bei Bildungspolitik gefordert

p. p., Bonn

Der Vorsitzende des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE), Wilhelm Ebert, hat angesichts der „dramatischen Umbrüche in unserer Zeit" zu einem Umdenken in der Bildungspolitik aufgefordert. Der vor einer Woche wiedergewählte Sprecher von rund 100 000 Lehrern – vornehmlich aus dem Grund- und Hauptschulbereich – plädierte für eine „integrierende Bildung und Erziehung" an unseren Schulen „unter Einschluß aller kognitiven, affektiven und psychomotorischen Komponenten".

Die beginnende Rückbesinnung auf Reformpädagogen wie Kerschensteiner in der aktuellen bildungspolitischen Diskussion machte sich auch bei Ebert bemerkbar, dessen VBE vor sechs Jahren als Abspaltung des Deutschen Lehrerverbandes begonnen hatte: Zur ganzheitlichen Bildung in der Schule gehöre sowohl „die pädagogische Integration geistiger und kultureller Grundfragen" als auch „die Integration traditioneller allgemeinbildender und berufsbildender Inhalte". Mit einem Satz: „Ganzheitliche Bildung ist der hohe Anspruch an unser Bildungsdenken, den Menschen nicht länger in Teile zu zerlegen."

Ebert attackierte die politisch Verantwortlichen, daß Bildungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland seit Jahren „insbesondere von den Finanzministern ferngesteuert" werde. „Offizielle Bildungspolitik findet zur Zeit nur in wenigen Ländern am Rande oder gar nicht statt. Was versucht wird, ist Verwaltung, die im Bildungsgeschehen nichts verändert."

In diesem Zusammenhang mahnte der VBE-Vorsitzende auch die eigenen Kollegen zu „Professionalität statt Job-Mentalität". Denn „den Beruf des Lehrers auszuüben ist mehr, als Angestellter oder Beamter, als Arbeitnehmer zu sein". Und: „Bildungspolitik in einer Zeit des Umbruchs erfordert eine andere Bildung, die wir nicht allein den Alternativschulen überlassen dürfen." Er verteidigte „vor allem aus pädagogischen und sozialen" Gründen die „wohnortnahe Schule". Denn nur sie verbinde „Lern- und Lebenswelt und stärkt Sozialbeziehungen in Schul- und Wohngemeinde", was gerade angesichts zunehmender Anonymität in der Gesellschaft und steigenden Einflusses elektronischer Medien von besonderer Bedeutung für die Entwicklung der Heranwachsenden sei.

Da sich der VBE nach Eberts Worten *ausdrücklich „nicht am üblichen* Gewerkschafts-Einmaleins" orientieren will, sei er „grundsätzlich flexibel" gegenüber „lehrerspezifischen Lösungen" beim Abbau der Arbeitslosigkeit unter den Pädagogen. Aber man sei nur dann „auch zu großen Opfern bereit", wenn auch alle anderen, vergleichbar Beschäftigten und Besoldeten im öffentlichen Dienst derartige Solidarmaßnahmen für den Nachwuchs leisten würden.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Kyprianou bringt sich selbst in Bedrängnis

Stillstand bei den Friedensbemühungen für Zypern

E. ANTONAROS, Athen

Die Konservativen und die Kommunisten im Parlament Zyperns, die seit Jahresbeginn in einer ungewöhnlichen Allianz den Sturz von Staatspräsident Spyros Kyprianou betreiben, sind ihrem Ziel näher gekommen. Mit einer von allen Parteien getragenen Entscheidung hat sich die Kammer nun vorzeitig aufgelöst und die Abhaltung von vorgezogenen Neuwahlen am 8. Dezember beschlossen. Dadurch ist das Schicksal des Staatschefs, dessen Amtszeit erst im Jahre 1988 abläuft, noch unsicherer als bisher geworden.

Das strategische Ziel der moskautreuen Akel-Partei und der rechtskonservativen Disy ist die Beseitigung des Staatschefs, der direkt vom Volk gewählt wird, das Vertrauen des Parlaments nicht braucht und daher von den Parteien nicht abgesetzt werden kann. Die beiden Großparteien, die gemeinsam über 23 von 35 Mandaten im gerade aufgelösten Parlament verfügten und knapp 65 Prozent aller Stimmen ihr eigen nennen, sind zuversichtlich, daß sie bei den bevorstehenden Wahlen mehr als zwei Drittel aller Parlamentssitze gewinnen werden, um eine Verfassungsreform *durchziehen zu können.*

Falls ihre Rechnung tatsächlich aufgeht, so wollen sie die jetzige Präsidialverfassung so revidieren, daß der Staatschef künftig nicht mehr imstande sein wird, die Wünsche der Parlamentsmehrheit zu ignorieren. Sollte Kyprianou, dessen in der Mitte angesiedelte Diko-Partei kaum mehr als 20 Prozent der Stimmen erhalten dürfte, stur bleiben, so wollen Kommunisten und Konservative eine vorzeitige Präsidentenwahl erzwingen. Daher weisen sie darauf hin, daß die nun bevorstehende Wahl eigentlich den Charakter einer Volksabstimmung hat, deren Ergebnis Kyprianou beachten müsse.

Erfolgreiche Taktik

Fällt die Parlamentswahl tatsächlich nach den Vorstellungen von Kyprianous Gegnern aus, so wird sich der Staatspräsident, der ja nicht zu Unrecht den Ruf eines politischen Überlebenskünstlers genießt, höchstwahrscheinlich gegen die Parteien mit einer Klage vor dem Verfassungsgericht zur Wehr setzen. Diese Taktik hatte er bereits im Sommer erfolgreich angewandt, als die beiden Großparteien ihn zur Befolgung ihrer Politik in der Zypern-Frage zwingen wollten. Die Verfassungsrichter hatten entschieden, daß der Staatschef an die Weisungen des Abgeordnetenhauses nicht gebunden ist.

Die Art und Weise, wie Kyprianou den Dialog mit den Inseltürken handhabte, hatte ihn Anfang des Jahres auf Kollisionskurs mit den Kommunisten und den Konservativen gebracht: beide Parteien warfen ihm im Januar vor, die Chancen eines von UNO-Generalsekretär Perez De Cuellar vermittelten Arrangements mit dem türkisch-zyprischen Volksgruppenführer Rauf Denktasch verspielt zu haben. Die Oppositionsparteien halten Kyprianou vor, daß er durch seine kompromißlose Haltung die Verewigung der Inselteilung fördere. Seinerseits wirft der Staatschef seinen Gegnern vor, seinen Sturz nicht mehr aus Sorge um Zyperns Zukunft, sondern aus eigenen politischen Interessen zu betreiben.

Byzantinische Politik

Völlig aus der Luft gegriffen ist diese Behauptung wohl nicht. Vor allem die „Akel-Kommunisten" fühlen sich von Kyprianou regelrecht hintergangen. 1983 hatten sie Kyprianous Wiederwahl ermöglicht und als Gegenleistung ein gemeinsames Minimal-Programm und drei Kabinettsämter ausgehandelt. Ende 1984 fühlte sich der Staatschef allerdings so stark, daß er ohne Vorankündigung diese Allianz aufkündigte und ein Bündnis der Kommunisten mit seinem konservativen Erzgegner Glafkos Klerides möglich machte.

Diese an Byzanz erinnernden innenpolitischen Verwicklungen haben allerdings auch eine außenpolitische Komponente: die Friedensbemühungen um eine Zypern-Lösung sind praktisch zum Stillstand gekommen, weil Kyprianou kaum noch die Autorität zu Verhandlungen mit den Türken besitzt. Gegenführer Denktasch, der seit Januar in den Augen vieler diplomatischer Beobachter als der konziliante Gesprächspartner gilt, will den Ausgang der griechisch-zyprischen Parlamentswahl abwarten, bevor er sich zu neuen Vermittlungsinitiativen der Vereinten Nationen äußert. Nicht nur auf Zypern, sondern auch in Athen und Ankara sind mittlerweile viele Politiker der Meinung, daß nur ein Verschwinden Kyprianous von der politischen Szene den Dialog zwischen Inselgriechen und Türken reaktivieren könnte.

(SAD)

Die sonderbaren Wege des Witali Jurtschenko zwischen den Fronten

FRITZ WIRTH, Washington

Witali Jurtschenko, nach amerikanischen Angaben einer der führenden Männer in der Hierarchie des KGB, der vor drei Monaten zum Westen überlief, erschien am Montag nachmittag überraschend wieder in der Öffentlichkeit. In einer Pressekonferenz in der sowjetischen Botschaft in Washington behauptete er, er sei vor drei Monaten vom amerikanischen Geheimdienst in die USA entführt worden. Das amerikanische Außenministerium hat diese Unterstellung unverzüglich zurückgewiesen: Jurtschenko ist vor drei Monaten aus eigenem Entschluß übergelaufen.



Für die sowjetische Nachrichtenagentur Tass nach wie vor ein „diplomatischer Mitarbeiter": Witali Jurtschenko FOTOS: AP

Der Fall ist eine der bizarrsten Geschichten aus dem internationalen Spionage-Establishment. Jurtschenko war in Moskau der stellvertretende Leiter der Abteilung, die für Spionage-Operationen in den USA zuständig ist. Er selbst hatte in der Zeit zwischen 1975 und 1980 Amerika-Erfahrungen als erster Sekretär in der sowjetischen Botschaft in Washington sammeln können.

Jurtschenko war im Juli dieses Jahres nach Italien geflogen, um Sicherheitsmaßnahmen für sowjetische Wissenschaftler zu überwachen, die an einem Kongreß über Nuklearkrieg teilnehmen sollten. Bei diesem Besuch setzte er sich von seiner Delegation ab mit der Behauptung, ein Museum zu besichtigen. Statt dessen meldete er sich nach amerikanischen Angaben am 1. August in der US-Botschaft in Rom. Er bat um Asyl in den USA und wurde vom amerikanischen Geheimdienst als einer der wichtigsten Überläufer aus der Sowjetunion seit dem Kriege gefeiert. Bei seinen Aussagen machte er offenbar Angaben über sowjetische Agenten, die in den USA operieren. Einer davon war Lee Howard, ein ehemaliges Mitglied des CIA, der sich aber ins Ausland absetzen konnte.

Die Geschichte des Witali Jurtschenko dagegen liest sich sehr anders. In einem melodramatischen Auftritt, der offenbar in hoher Eile von der sowjetischen Botschaft inszeniert worden war, verkaufte er sich nun als Held und als Opfer amerikanischer Grausamkeiten. „Drei schreckliche Monate" seien es gewesen, erinnert er sich. Man habe ihn gefoltert. „Charlie" sei der Name des Mannes gewesen, der ihm Böses angetan habe. Er sei von lauter Verrückten umgeben gewesen, die ihn wie ein Wesen in einem Zoo behandelten.

Ansonsten jedoch ist seine Erinnerung trübe. Der Drogen wegen, wie er behauptet. Sie müssen eine lange Wirkung haben, denn in dieser Pressekonferenz konnte er sich auf Fragen amerikanischer Journalisten nicht einmal mehr daran erinnern, daß er für den sowjetischen Geheimdienst arbeitete. Er wurde von der Botschaft offiziell als Diplomat vorgeführt. Sehr wohl erinnern konnte er sich jedoch wiederum daran, daß der amerikanische Geheimdienst ihm ein Handgeld von einer Million Dollar und eine Jahresrente von 62 500 Dollar angeboten habe. Auf die Frage, wie er sich denn aus den Händen seiner angeblichen Entführer befreien konnte, lieferte er zwei Versionen ab: „Vielleicht rettete mich die Tatsache, daß es in 14 Tagen ein Gipfeltreffen in Genf gibt." Zuvor hatte er Übersinnliches angeboten: „Ich habe meinem Sohn stets gesagt: Wenn du intensiv über eine Sache nachdenkst, findest du aus jeder Situation einen Ausweg."

Nach amerikanischen Angaben war der Ausweg des Witali Jurtschenko einfacher. Er sei nie gefangengehalten worden, habe sich am Wochenende von amerikanischen Beamten mit dem Hinweis verabschiedet, zum Dinner zu gehen und habe sich dann in die sowjetische Botschaft abgesetzt. Ein sowjetischer Journalist gab ihm in der Pressekonferenz noch das Stichwort, das gesamte amerikanische Verhalten und seine Behandlung als „staatlich geförderten Terrorismus" zu klassifizieren. Als er sich verabschiedete, müssen indes selbst ihm Zweifel an der Glaubwürdigkeit und Überzeugungskraft seiner Vorstellung gekommen sein. „Keine Sorge", versicherte er den Journalisten, „ich bin ein normaler Mensch."

Die sowjetische Botschaft lieferte nach dieser Vorstellung einen dringenden Protest im amerikanischen Außenministerium ab, attackierte darin scharf das „unmenschliche Verhalten" des amerikanischen Geheimdienstes, sprach von einer „Mißachtung der Menschenrechte" und von „Staatsterrorismus" und forderte eine Entschuldigung. Das Außenministerium wies diese Unterstellungen ebenso entschieden zurück und erklärte, daß man sich zuvor mit Jurtschenko unterhalten wolle, bevor ihm erlaubt werde, das Land zu verlassen.

Für Wahlen hat Marcos noch viele Trümpfe

Die Opposition ist gespalten, Fonds für „Sonderzwecke"

FRED de LA TROBE, Manila

Der philippinische Präsident Ferdinand Marcos hat erklärt, er würde vorzeitige Präsidentschaftswahlen ausschreiben lassen – voraussichtlich schon am 17. Januar nächsten Jahres. Offiziell wäre seine sechsjährige Amtsperiode erst 1987 abgelaufen. Damit gibt der 68jährige autokratisch regierende Marcos offenbar starkem amerikanischen Druck nach. Washington drängt auf Wahlen sowie politische, wirtschaftliche und militärische Reformen, um die Gefahr einer kommunistischen Machtübernahme zu bannen.

Fraglich bleibt aber, ob die Wahlen fair sein werden oder ob es wieder wie bei früheren Urnengängen zu umfangreichen Fälschungen seitens der Regierungsanhänger kommen wird. In den ländlichen Gebieten entscheiden die Wähler ohnehin meist entsprechend den Weisungen der örtlichen, von der Regierung eingesetzten Funktionäre und Militärs. Für Wahlgeschenke stehen Marcos und seiner Partei „Neue Gesellschaft" (KBL) üppige Geldspenden von reich gewordenen Günstlingen und grosse Posten im Staatshaushalt für „Sonderzwecke" zur Verfügung.

Das Lager der gemäßigten Opposition ist noch durch Richtungskämpfe und Profilierungsversuche gespalten. Unter dem rund ein Dutzend Kandidaten sind erfahrene Politiker wie die ehemaligen Senatoren Salvador Laurel und Jovito Solonga, der Rechtsanwalt José Diokno oder der ehemalige Informationsminister Francisco Tadat. Eine Chance hätte auch die Witwe des 1983 ermordeten Oppositionellen Benigno Aquino, die 52jährige Corazon („Cory") Aquino. Sie gehört allerdings keiner Partei an, ist politisch ein unbeschriebenes Blatt und in der Provinz weniger bekannt als in Manila. Doch kann sie vom Image der Unbescholtenheit ihres ermordeten Mannes zehren. Zur Voraussetzung für ihre Kandidatur machte sie, daß eine Million Unterschriften für sie gesammelt werden.

Die gemäßigten Oppositionellen erklären, daß nur ihr Sieg zu den überfälligen Reformen, der Rückkehr zu einer glaubwürdigen Regierung, zur wirtschaftlichen Erholung und Schwächung des kommunistischen Aufstands führen könne. Andernfalls werde die maoistische „Nationale Volksarmee" (NPA) schon in drei bis vier Jahren stark genug sein, um den philippinischen Streitkräften mit guten Siegeschancen entgegentreten zu können.

Die Kommunisten werden bei den Wahlen wie schon im vergangenen Jahr wieder für Marcos stimmen, da er für ihre Ziele die besten Voraussetzungen schafft – vor allem Armut und Wirtschaftskrise. Die verbotene Kommunistische Partei der Philippinen hat nach amtlichen Schätzungen 50 000 eingeschriebene Mitglieder und etwa zehn Millionen Sympathisanten bei einer Gesamtbevölkerung von 55 Millionen. Der politische Arm der verbotenen KP, die „Nationale Demokratische Front" (NDF), hat etwa eine Million Mitglieder. Die NDF beherrscht ein rundes Dutzend von Organisationen in wichtigen Bereichen des öffentlichen Lebens. Die von den Amerikanern auf eine Stärke von 16 500 Mann geschätzte NPA hat bisher Gebiete unter ihrer Kontrolle, in denen etwa fünf Millionen Filipinos leben. Die von niedriger Moral und Korruption geplagte Armee hat bisher wenig Erfolge gegen die NPA zu verzeichnen. Die 155 000 Mann starken Streitkräfte sind den Guerrillas zwar noch im Verhältnis neun zu eins überlegen, doch ist das Militär über den ganzen Inselstaat hin verteilt, denn in jeder Provinz ist die NPA inzwischen aktiv. (SAD)

Gorbatschows Abrüstungsangebot für Genf: Die Tücken und Teufel stecken im Detail

Zahlen, Fakten und Konsequenzen / Erstmals genaue Angaben zur verlockenden Formel „Kürzen um die Hälfte"

Von C. GRAF BROCKDORFF

Der sowjetische Parteichef Michail Gorbatschow hat öffentlich mitgeteilt, daß er den Vereinigten Staaten eine Halbierung der strategischen Kernwaffen vorgeschlagen habe. Präsident Reagan hat darauf positiv reagiert und in Genf durch die amerikanische Verhandlungsdelegation Gegenvorschläge präsentieren lassen, die unmittelbar von der sowjetischen Nachrichtenagentur Tass als Wiederholung alter amerikanischer Standpunkte abgelehnt wurden.

Die von der Sowjetunion vorgeschlagene Kürzung der Atomwaffenarsenale um die Hälfte wurde zwar öffentlich mitgeteilt, die Einzelheiten aber von der sowjetischen Verhandlungsdelegation in Genf als Geheimsache bei den strikt vertraulichen Gesprächen nachgereicht. Sie werden an dieser Stelle zum ersten Mal umfassend und im Detail beschrieben.

Nach Darstellung informierter Kreise erklärt die Sowjetunion in ihren in Genf überreichten Papieren, die Zahl der sowjetischen strategischen Waffen belaufe sich auf 2504. Die gleichartigen amerikanischen Systeme werden *auf 3360 beziffert.* Nach sowjetischer Definition werden solche Waffensysteme als strategisch bezeichnet, die entweder die Vereinigten Staaten oder die Sowjetunion treffen können.

Auch britische Systeme werden angerechnet

Konsequenterweise führt der sowjetische Vorschlag nicht nur als strategische Bedrohung 2210 amerikanische Interkontinentalwaffen, landgestützte Raketen, U-Boot-Raketen und Bomber auf. Er enthält auch die komplette Zahl aller nuklearfähigen *Marineflugzeuge auf sämtlichen* US-Flugzeugträgern in den Weltmeeren, einschließlich solcher, die sich noch auf der Bauwerft befinden.

Weiter geht die Sowjetunion davon aus, daß bereits mehr als 200 amerikanische Cruise Missiles und Pershing 2 in Europa stationiert seien. Außerdem zählt die Sowjetunion weltweit 380 *amerikanische* Flugzeuge mittlerer Reichweite auf, die mit Atomwaffen sowjetisches Staatsgebiet erreichen könnten. Die bisher stationierten 441 sowjetischen SS-20-Raketen werden in dem Dokument dieser Aufstellung nicht gegenübergestellt. Sie werden als nichtstrategisch bezeichnet und könnten daher nur mit den britischen und französischen Atomwaffen verglichen werden, wobei diesen Quellen zufolge in der sowjetischen Aufstellung erstmalig die Tornado-Kampfflugzeuge Großbritanniens erwähnt werden.

Westliche Fachleute sind der Ansicht, daß der sowjetische Vorschlag Washington vor die Wahl stellen soll, sich entweder für den eigenen Schutz oder den seiner europäischen Verbündeten zu entscheiden. Damit stoße er in den Kern der bisherigen sowjetischen Abrüstungsvorschläge, die immer wieder darauf abgezielt hätten, die Abkoppelung Amerikas von Europa zu bewirken. Positiv müsse aber gewertet werden, daß die Sowjetunion bei der Aufzählung der amerikanischen Mittelstreckenwaffen in Europa zum ersten Mal im Prinzip anerkannt habe, daß derartige Waffen in Europa stationiert werden könnten.

Gleichzeitig aber falle die Sowjetunion durch die Einbeziehung von Mittelstreckensystemen in die Kategorie strategischer Waffen hinter das bei den SALT-Verträgen erreichte Prinzip zurück, strategische Interkontinentalwaffen und Mittelstreckenwaffen auseinanderzuhalten. Moskau folge offensichtlich der Auffassung, es sei sein Recht, sich auf dem Rüstungssektor dafür entlohnen zu lassen, daß es viele Gegner in der Welt ausgemacht habe. *Anders sei eine* Weigerung, die SS-20-Raketen mit den Vereinigten Staaten in Verhandlungen zu erörtern, nicht zu verstehen.

Die Sowjetunion hat in Genf weiter vorgeschlagen, alle von ihr genannten strategischen Waffen auf dem derzeitigen Stand einzufrieren. Waffen, die schon im Flug erprobt worden seien, sollten nicht darunter fallen. Weiter solle die Modernisierung bestehender Waffensysteme ebenso unterbleiben wie eine Verstärkung der Mittelstreckenwaffen. Nach diesem Wortlaut dürfte die Sowjetunion also ihre neuen strategischen Interkontinentalraketen SS 24 und SS 25 weiter stationieren und den im Fluge erprobten strategischen Schwenkflügelbomber „Blackjack" in Serie bauen. Die Vereinigten Staaten müßten ihrerseits die Entwicklung und den Bau der landgestützten Midgetman-Rakete und der U-Boot-Rakete Trident II sowie des neuen „Stealth"-Bombers einstellen.

Das Modernisierungsverbot ist eine der wichtigsten Schranken des sowjetischen Vorschlags. Es soll strategische Waffensysteme umfassen, *worunter nach sowjetischem* Verständnis nuklearfähige amerikanische Jagdbomber fallen. Die USA dürften keine moderneren Flugzeuge mehr nach Europa bringen. Da diese Maschinen in erster Linie für den konventionellen Kampf vorgesehen sind, würde auf diesem Umweg auch die konventionelle Abwehrkraft der Allianz in Europa geschwächt. Sowjetische Jagdbomber wären, weil nicht strategisch, von der Beschränkung indessen nicht betroffen.

Veraltetes Potential als Verhandlungsmasse

Der sowjetische Vorschlag enthält einen weiteren zu interpretierenden Aspekt. Bei der Reduzierung der Waffensysteme um rund die Hälfte müßte die Sowjetunion mehr als 1250 strategische Waffen abbauen. Es erscheint wie zufällig, daß die Sowjetunion über 1208 veraltete Raketen mit jeweils einem Sprengkopf verfügt, darunter die landgestützten SS 11 und SS 13, sowie U-Boot-Raketen der Typen SS-N-6 und SS-N-8. Außerdem hat sie noch 143 Bear- und Bison-Bomber älteren Jahrgangs. Westliche Fachleute hatten sich immer gewundert, warum die Sowjetunion diese überholten strategischen Systeme nicht entfernt hat.

Wenn die Sowjetunion ihrem Vorschlag entsprechend das veraltete Potential abbauen würde, hätte sie ihre selbst gesetzten Bedingungen erfüllt. Ihr schweres modernes Potential mit Mehrfachsprengköpfen und großer Zielgenauigkeit, das von den Vereinigten Staaten wegen seiner gewachsenen Erstschlagfähigkeit als destabilisierend empfunden wird, könnte von der Reduzierung *vollständig* ausgeschlossen werden, darunter solche Waffen wie die 308 SS-18-Raketen mit jeweils sechs Sprengköpfen und schließlich die Gesamtzahl der modernen Langstrecken-U-Boot-Raketen mit Mehrfachsprengköpfen.

Auf dem Mittelstreckensektor werden in dem sowjetischen Vorschlag rund 2700 nuklearfähige sowjetische Jagdbomber (Fencer, Flogger, Fitter) ausgelassen. Sie sind nicht zur Disposition gestellt. Desgleichen bleiben *knapp 300 sowjetische Backfire-Bomber* unerwähnt. Die letzteren werden von den Vereinigten Staaten als strategisches Waffensystem angesehen, die Sowjets haben sie als Mittelstreckenwaffe bezeichnet. Nach der Argumentation des sowjetischen Vorschlags kann über diese allenfalls mit den Briten und Franzosen verhandelt werden. Da beide *Staaten derartige* Verhandlungen abgelehnt haben, tauchen sie als nur Europa betreffende Waffen im sowjetischen Vorschlag nicht auf. Strategische Bedeutung besitzen sie nach sowjetischem Denken nicht, Westeuropa gilt nicht als strategisches Gebiet, ist, ohne dies wörtlich so zu erwähnen, zweitklassig und darf auf sowjetischen Schutz vertrauen.

Diese Hauptpunkte der hinter verschlossenen Türen vorgelegten sowjetischen Abrüstungsvorschläge *lassen die Richtung des Moskauer* Vorgehens erkennen. Ihre Annahme in unveränderter Form nach der Vorgabe von Parteichef Gorbatschow: „Wir kürzen um die Hälfte", würde nach eingehender Analyse die Unterwerfung der Erde unter sowjetische militärische Vorherrschaft nach sich ziehen.

Sollte es sich, wie sich aus der ablehnenden Reaktion der Sowjetunion auf den amerikanischen Gegenvorschlag entnehmen läßt, um eine mehr oder weniger unverrückbare sowjetische Position handeln, könnte der ganze sowjetische Vorschlag als Propagandablase abgelegt werden. Andererseits enthält er genügend Anknüpfungspunkte, die es ermöglichen könnten, in einem ausgewogenen Zahlenverhältnis von Waffensystemen zu mehr Stabilität zu gelangen.

Voraussetzung dafür wäre, daß die Sowjetunion ihre Vorbedingung fallen ließe, die Vereinigten Staaten müßten ihr SDI-Projekt zur „Erforschung, *Erprobung und Einführung* von Weltraumangriffswaffen" einstellen. Nach der exakten Definition der sowjetischen Wortwahl wäre ein sowjetisches Anti-Raketen Defensivprogramm davon nicht betroffen, denn die Sowjetunion erforscht nach ihren Angaben keine für den Weltraum bestimmten „Angriffswaffen".

(SAD)

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Das deutsche Reich

„Ein Markstein für die Darstellung Deutschlands in einem Schulbuch"; WELT vom 31. Oktober

Sehr geehrte Damen und Herren,

in dem Bericht wird beschrieben, daß die Darstellung des Themas Deutschland in den Schulbüchern den Autoren Probleme bereitet.

Im Beschluß der Kultusministerkonferenz der *Länder vom 21. 2. 1981* heißt es unter Absatz 2.4: „Für Deutschland in den Grenzen von 1937 gilt die Bezeichnung 'das deutsche Reich.'" Von dieser amtlich verbindlich erklärten Begriffsbestimmung wird im allgemeinen Schrifttum weitgehendst nicht mehr Gebrauch gemacht. Vielmehr werden hierfür die neuen Ersatzwortschöpfungen wie „Deutschland als Ganzes" oder „Gesamtdeutschland" verwendet, so daß der denkende Normalbürger die Frage stellen muß nach der unterschiedlichen *Ausdeutung von* Deutschland als solchem und Deutschland als Ganzem. Bedenklich wird es bei der Formulierung vom „Weiterbestehen Deutschlands" seit der Kapitulation von *1945 in den Grenzen von 1937* als „völkerrechtliches Subjekt".

Es ist staatskundlich nachweisbar, auch die deutschen Lexika bestätigen dies, daß es vor 1945 ein Völkerrechtssubjekt mit dem Namen Deutschland und außerdem einen amtlichen Staatstitel Deutschland in der deutschen Geschichte nie gegeben hat. Nur so war es dem Parlamentarischen Rat 1949 aufgrund dieser Rechtslage überhaupt möglich, den vor 1949 weder staats- wie völkerrechtlich erklärten Namensbegriff *Deutschland als Staatsnamen* Deutschland im Grundgesetz konstituieren zu können, der ohne namentlichen Vorbehalt durch den Deutschlandvertrag und die nachfolgenden ratifizierten Anerkennungsverträge der internationalen Staatenrechtsgemeinschaft anerkannt wurde.

Die Gegeneinanderstellung des nunmehr völkerrechtlich bestätigten Staatsnamens Deutschland als bestimmenden Teil in der amtlichen Staatsbezeichnung und des Deutschlandbegriffes, der *allemal im Schrifttum* politisch dem amtlichen Reichsbegriff gleichgestellt wird, dürfte den Autoren weiterhin Probleme machen. Es bleibt unerfindlich, weshalb die Alliierten die Kriegserklärungen an das Völkerrechtssubjekt Deutsches Reich richteten, jedoch nach 1945 in ihren Dokumenten hierfür ausschließlich die Bezeichnung Deutschland politisch gleichwertig verwendeten, was im deutschen Schrifttum übernommen wurde? Solange von der Politikwissenschaft der Deutschlandbegriff im Definitivum vergleichsweise zum amtlichen Reichsbegriff ausgeklammert bleibt, werden die ungeklärt genannten Begriffsprobleme in der rechtlichen Darstellung Deutschlands weiterbestehen. Nur so ist es wohl vermutbar, weshalb unser souveräner Staat wertfrei als „die Bundesrepublik" zunehmend mit verdrängtem Deutschlandbegriff benannt wird.

Mit freundlichen Grüßen
W. Baier,
Calw

Quo vadis Germania?

„Das Anomale"; WELT vom 28. Oktober

Sehr geehrter Herr Schell,

für Ihren Kommentar danke ich Ihnen sehr. Er spricht mir und sicher vielen wahrhaften „DDR"-Flüchtlingen aus dem Herzen. Sind sie doch nicht einfach eines besseren Lebens wegen in den Westen Deutschlands gegangen, sondern sie haben sich, politisch motiviert, das ihnen vorenthaltene Recht genommen, sich in ihrem Vaterland Deutschland dort niederzulassen, wo sie es wünschten. Sie haben bei Strafe ihres Unterganges *als Deutsche ein ihnen in Deutschland* von außen aufgezwungenes Unrechtsregime verlassen, um weiterhin Deutsche im freiheitlich-demokratischen Sinne bleiben zu können.

Aber auch für sie fängt die Anomalie in Deutschland spätestens dann an zu wirken, wenn sie als Deutsche, gemäß Artikel 116 Grundgesetz, eine Tätigkeit gemäß Artikel 33 (2) Grundgesetz ausüben wollen, für die sie geeignet, befähigt und leistungsgewillt sind und obwohl sie bereit sind, sich intensiven Untersuchungen zu stellen. *Entweder sind sie dann keine* Deutschen mehr, oder sie bekommen Antworten, für die der Stasi unter Freudentränen in den Teppich beißen würde, oder aber sie bekommen *der Einfachheit halber gar keine Antwort,* unter Einbehaltung der eingereichten Unterlagen, versteht sich, als Ausdruck höchster Anomalie in deutschen Landen. Diese Anomalie erreicht aber ihren derzeitigen Höhepunkt in der Tatsache, daß selbsterklärte Feinde deutscher, freiheitlicher Demokratie das Deutschtum öffentlich verhöhnen dürfen, dessen Repräsentanten schmähen und deutsches Ansehen verunglimpfen können, entgegen Artikel 56 Grundgesetz und 111 der Verfassung des Landes Hessen *Minister* werden *dürfen.*

Man muß sich, als Deutscher, fragen: „Quo vadis Germania?"

Mit freundlichen Grüßen
Günter Mitschka,
Wedel

Merkwürdig

„Leserbrief: Bestürzung"; WELT vom 28. Oktober

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Bestürzung von Professor Dr. Gottstein ist wohl begründet, müßte sich aber nach innen richten. Was für eine merkwürdige Logik: Weil wir die Katastrophe verhindern wollen, lehnen wir es ab, Maßnahmen zur Schadensminderung vorzubereiten. Als ob er nicht das eine tun könnte, ohne das andere zu lassen. So übertrifft der Professor sogar noch die gewollte Un-Logik des Palmström („weil, so schließt er messerscharf, nicht sein kann, was nicht sein darf"), von dem es doch immerhin heißt „spricht er, sich erhebend und entschlossen weiterlebend ..."

Folgerichtig wird die Argumentation nur dann, wenn man sie in das zugehörige politische Grundmuster einordnet. Das Memorandum der „Internationalen Ärztevereinigung für die Verhütung des Atomkrieges" (IPPNW), Sektion Bundesrepublik Deutschland, klärt darüber in aller gewünschten Deutlichkeit auf. Dort fehlt fast kein Klischee, mit dem die Strategie der *NATO in den vergangenen Jahren* denunziert wurde:

– Es ist die Stationierung von Pershing II, mit der der Teufelskreis in Bewegung gesetzt wurde, nicht etwa die vorausgegangenen sowjetischen Rüstungen (zum Beispiel SS 20), und der Unfall im Januar 1985 hätte die Welt fast an den Rand des Nuklearkrieges gebracht, wenn die sowjetischen Computer nicht so gut gewesen wären;
– das amerikanische Forschungsprogramm SDI dient selbstverständlich dem Zweck, *die Fähigkeit zur nuklearen* Offensive zu erlangen;
– und auch das neue Zivilschutzgesetz, das die Bundesregierung plant, dient letztlich einer offensiv ausgerichteten Rüstungs- und Drohpolitik.

Die Aufzählung ist nicht vollständig, zeigt jedoch die politische Position der Vereinigung, für die Professor Dr. Gottstein spricht. Ein Schelm, wer dahinter gleich wieder Moskauer Propaganda vermutet; aber an eine zufällige Gleichheit der Thesen zu glauben fällt auch schwer. Der Unterschied ist nur, *daß die Sowjetunion* nicht nur eine massive Nuklearrüstung unterhält, sondern auch den Zivil- und Katastrophenschutz, einschließlich ärztlicher Hilfeleistungen, sehr intensiv vorbereitet. Der Professor kann sich darüber doch einmal vom sowjetischen Co-Präsidenten seiner Vereinigung informieren lassen. Professor Dr. Gottstein und seine Gesinnungsfreunde mögen sich mit der Einseitigkeit ihrer Argumentation zufriedengeben. Die Frage ist nur, für wie naiv und unpolitisch sie den Rest ihrer Zeitgenossen halten.

Mit freundlichen Grüßen
Manfred Bertele,
Meckenheim

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Wort des Tages

„Man kann ohne Liebe Holz hacken, aber man kann nicht ohne Liebe mit Menschen umgehen."

Leo Tolstoi, russischer Autor (1828–1910)

Personalien

GEBURTSTAG

Morgen feiert Dr. **Hermann Tüchle**, emeritierter Professor für Kirchengeschichte des Mittelalters und der Neuzeit in der Katholisch-Theologischen Fakultät der Ludwig-Maximilians-Universität, München, seinen 80. Geburtstag. In der wissenschaftlichen Welt und bei seinen zahlreichen Schülern wird Professor Tüchle als einer der angesehensten, verdientesten Kirchenhistoriker geschätzt. In Esslingen geboren, studierte er in Tübingen, wurde 1930 zum Priester geweiht und promovierte 1937 in Tübingen *zum Dr. theol.* Nach *Lehrtätigkeiten* in Tübingen und in Paderborn, erhielt er 1952 einen Ruf als ordentlicher Professor für Kirchengeschichte nach München. Hier hat er zwei Jahrzehnte lang, bis zur Emeritierung 1972, gewirkt. In seinem umfangreichen wissenschaftlichen Werk bilden die Arbeiten zur allgemeinen schwäbischen Kirchengeschichte, grundlegende Editionen und Untersuchungen für die Frühzeit der Römischen Propagandakongregation zu deutschen Angelegenheiten im 17. Jahrhundert die Schwerpunkte.

AUSZEICHNUNG

Für ihre Pionierleistungen bei der Erforschung von Hautkrebs haben die Warschauer Professorin **Stefania Jablonska** und der Veterinärmediziner Dr. **Gerard Orth** aus Paris in der Bonner Universität je zu gleichen Teilen den mit 80 000 Mark dotierten Robert-Koch-Preis erhalten. Der von der Robert-Koch-Stiftung gestiftete Preis gehört zu den höchstdotierten wissenschaftlichen Auszeichnungen in der Bundesrepublik Deutschland. Die jährlich vergebene Auszeichnung, die die beiden Wissenschaftler im Beisein des Bundespräsidenten **Richard von Weizsäcker** aus der Hand von Bundesgesundheitsministerin **Rita Süssmuth** (CDU) entgegengenommen haben, würdigt besondere Verdienste in der „Grundlagenforschung der Infektionskrankheiten und anderer Volkskrankheiten". Die polnische Dermatologin erhielt den Preis für ihre Forschungsarbeit auf dem Gebiet der Hautgeschwulste und der Rolle von Papillomvirus-Infektionen bei Hautkrebserkrankungen. Der französische Veterinärmediziner bekam ihn für seine Verdienste um die Isolierung und Charakterisierung von Papillomvirus-Infektionen bei bestimmten Hautkrebsformen.

ABSCHIED

CDU-Generalsekretär **Heiner Geißler** hat gestern im Konrad-Adenauer-Haus CDU-Sprecher **Wolter von Tiesenhausen** verabschiedet und dessen Nachfolger **Jürgen Merschmeier** in sein Amt eingeführt. Geißler dankte von Tiesenhausen, der in vier Jahren seiner Sprechertätigkeit die CDU in wichtigen Phasen ihrer Arbeit erfolgreich begleitet habe. Dem neuen Parteisprecher wünschte Geißler Geduld und Kraft, die politischen Ideen der CDU wirkungsvoll der Öffentlichkeit zu vermitteln und zu verdeutlichen, daß die CDU eine Politik für alle Bürger mache. Rückblickend auf seine Arbeit im Konrad-Adenauer-Haus erinnerte Wolter von Tiesenhausen daran, daß er die Entwicklung der CDU von der Opposition über die Wende in Bonn bis zur Regierungspartei miterlebt habe. Er habe seine Arbeit für eine politische Partei auch als einen „Dienst am demokratischen Staat" betrachtet. Tiesenhausen ist als neuer Bonner Büroleiter der Deutschen Welle im Gespräch.

BUCHVORSTELLUNG

General **Wolfgang Altenburg**, der Generalinspekteur der Bundeswehr, hat gestern in Bonn den Verlegern des E. S. Mittler Verlages, Herford und Bonn, für ihre Bereitschaft gedankt, anläßlich der 30-Jahres-Feiern der Bundeswehr ein Buch über deren Geschichte herauszubringen. „Die Bundeswehr heute", so der Titel des mit viel Bildern bestückten und vom Bonner Journalisten **Egbert Thomer** geschriebenen Werkes, ist bei einem Empfang von **Gerhard Bollmann** und Dr. **Kurt Schober** vorgestellt worden. Das Buch, das den Text auch in Englisch und Französisch enthält, gibt einen eingehenden Überblick über Entstehen und heutige Gestalt der Streitkräfte in der Bundesrepublik *Deutschland.* Altenburg, der sich auf dem Empfang bitter erinnerte, letzte Woche in der Talkshow des NDR III als erster Soldat der Bundeswehr als „*Massenmörder*" beschimpft worden zu sein, sagte, es sei gut, daß es eben auch veröffentlichte Werke gebe, anhand derer klar werde, welche friedenstiftende Aufgabe der Soldat in unserem Staate habe.

UNIVERSITÄT

Professor Dr. **Dieter Friedrich** von der Universität Freiburg hat einen Ruf auf einen Lehrstuhl für das Fachgebiet Ökonometrie und Statistik im Fachbereich 20 Informatik der Technischen Universität Berlin erhalten.

KORREKTUR

Professor Dr. **Günter Bräuer** vom Institut für Humanbiologie (Anthropologisches Institut in Hamburg) ist der Empfänger des Rudolf-Martin-Preises, nicht, wie irrtümlich geschrieben, Dr. Lippert.

Im Alter von 68 Jahren ist der Solinger SPD-Landtagsabgeordnete **Paul Krings** verstorben. Krings war seit 1932 Mitglied bei den Sozialdemokraten; seit 1962 saß er im Rat seiner Heimatstadt, im Mai 1980 war er zum ersten Mal in den nordrhein-westfälischen Landtag gewählt worden. Für seine Fraktion war er im Justizausschuß sowie im Ausschuß für Arbeit, Gesundheit und Soziales tätig.

Der Kreml gab die „Lesehilfe“

● Fortsetzung von Seite 1

Präsident Reagan darüber, daß seine Administration der Sowjetunion zehn konkrete Vorschläge vorgelegt hätte, die alle Aspekte der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen berühren, so läßt er dabei doch weg, daß diese Administration nach seinem Antritt ins Weiße Haus die sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen über die Begrenzung der Kernwaffen in Europa und die Verhandlungen über die Reduzierung der strategischen Waffen eingestellt hat. Die Reagan-Administration hat einseitig die Gültigkeit einer Reihe von Abkommen gebrochen“.

An anderer Stelle machen die Autoren den Lesern klipp und klar, „daß alles, was den Inhalt der Antworten dieses Präsidenten betrifft, im Grunde nichts Neues für jene enthalten, die die politische Haltung von Ronald Reagan kennen.“ Besonders entrüstet zeigten sich die Kommentatoren über die Reagan-Aussagen hinsichtlich Afghanistans. So nannten sie den Vorwurf des Präsidenten, in Afganistan „Spielzeugminen“ zu verwenden, eine „ungeheuerliche Verleumdung“. „Wir erinnern daran“, so erklärten sie, „daß diese Spielzeuge eine amerikanische Erfindung sind, die bereits in Indochina verwandt wurden und die jetzt von amerikanischen Söldnern in Afghanistan benutzt werden.“ Außerdem meinen diese „Interpreten“, daß das abgedruckte Gespräch widerspruchsvoll sei. „Denn gute Worte über Frieden, über das gemeinsame Streben nach einem gemeinsamen Konsens mit der UdSSR sind nur im Zusammenhang mit den haltlosen Beschuldigungen in Sachen Außenpolitik unseres Landes zu sehen.“

DW. Washington

Reagans Pressesprecher Larry Speakes trat in Washington Vermutungen von US-Journalisten entgegen, der Präsident habe mit seinen Äußerungen über SDI Neues gesagt. Sie bezogen sich dabei auf die Passage des Interviews, in der Reagan davon gesprochen hatte, daß vor einer Stationierung eines Raketenabwehrsystems die Atomraketen abgeschafft werden sollten. Speakes betonte, es bleibe dabei, daß der Stationierung von SDI eine Übergangsphase vorangehen solle, in der die USA anderen Ländern – einschließlich der UdSSR – die SDI-Technologie anbieten würden. Werde eines Tages mit der UdSSR und anderen Übereinstimmung über die Teilhabe an SDI-Systemen getroffen, dann werde man sich über eine Reduzierung der Atomraketen unterhalten müssen.

Prag: Ökologie wird Thema

AP, Prag

Die tschechoslowakischen Behörden gingen beim Thema Umweltschutz bislang in die Defensive. In der Öffentlichkeit wurden die Probleme bestenfalls hinter vorgehaltener Hand diskutiert. Mit Blick auf ausländische Forderungen nach Verbesserungen im Umweltschutz verwiesen die zuständigen Stellen auf „objektive Probleme“, wie die Tatsache, daß Energiepolitik auf eigenen Rohstoffen beruht und die einheimische Kohle besonders schadstoffhaltig ist. Jetzt geht der Staat in die Offensive: Die Tschechoslowakei will nach offiziellen Angaben bis zum Ende des Jahrhunderts umgerechnet 23,5 Milliarden Mark für den Umweltschutz aufwenden. Der stellvertretende Vorsitzende der staatlichen Kommission für wissenschaftliche und technische Entwicklung, Karel Nutil, teilte in Prag mit, mit den 100 Milliarden Kronen sollten zwischen jetzt und dem Jahr 2000 Maßnahmen zum Umweltschutz finanziert werden. Nutil gab zu, daß fast eine Million Hektar der 4,5 Millionen Hektar großen Waldflächen der CSSR geschädigt sind, Prag stehe nach London, Amsterdam und München in Bezug auf die Umweltverschmutzung an vierter Stelle in Europa.

In einem im vergangenen Jahr von der Akademie der Wissenschaften für die Regierung ausgearbeiteten Bericht wurden die Umweltschäden in der Tschechoslowakei als sehr ernst bezeichnet. Bis zum Ende des Jahrhunderts würden 45 bis 60 Prozent der Waldgebiete von Saurem Regen und anderen Formen der Umweltverschmutzung direkt geschädigt sein, hieß es in dem Bericht. Eine Kopie des vertraulichen Berichtes wurde von der Bürgerrechtsbewegung „Charta 77“ außer Landes geschmuggelt.

Nutil teilte mit, an Stelle des Heizens der Haushalte in Prag und Nordböhmen mit Kohle oder Holz solle das Heizen mit Erdgas treten. Er fuhr fort, von den geschädigten Wäldern der CSSR seien 1,5 Prozent bereits total zerstört, und 2,5 Prozent seien schwer geschädigt und bedürften der völligen Wiederaufforstung. Die Bereitstellung der Gelder sei weniger ein Problem, als die notwendigen Fachleute und die geeignete Technik für Umweltschutzmaßnahmen zu finden. Die Tschechoslowakei werde sich deshalb um Fachkräfte in der „DDR“ und in der Bundesrepublik Deutschland bemühen.

Streikrecht: Dregger stützt Kohls Position

IG Metall erwartet Ergebnis erst 1986 / FDP will abwarten

GÜNTHER BADING, Bonn

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird sich erst zum Jahresende wieder mit dem sogenannten Streik-Paragraphen 116 im Arbeitsförderungsgesetz (AFG) befassen. Vor der Konferenz der Arbeitsgruppenvorsitzenden bekräftigte Fraktionschef Alfred Dregger gestern die von Bundeskanzler Helmut Kohl vorgegebene Linie, daß zunächst die Gespräche mit den Sozialpartnern abzuwarten seien. Allerdings müsse eine Entscheidung noch in diesem Jahre fallen, sagte Dregger. Er begrüße es, wenn die Sozialpartner zu einer gemeinsamen Lösung finden würden. In jedem Falle, ob bei einer einvernehmlichen Regelung durch die Tarifvertragsparteien oder auf gesetzgeberischem Wege, müsse eine Lösung „ausgewogen, verfassungsfest und nicht unterlaufbar“ sein.

Die von einer Koalitionsrunde im September mit der Vorbereitung von Entwürfen für eine Klärung des umstrittenen Streikparagraphen beauftragten Minister für Arbeit und Soziales, Wirtschaft und Justiz, Blüm, Bangemann und Engelhard, hatten ebenfalls gestern in einem einstündigen Gespräch die Schwierigkeiten einer klaren gesetzlichen Regelung der Neutralitätspflicht der Bundesanstalt für Arbeit in einem Arbeitskampf erörtert. Obwohl die beiden der FDP angehörenden Minister Bangemann und Engelhard offenbar schon Textentwürfe haben ausarbeiten lassen, ist dem Vernehmen nach nicht über konkrete Formulierungen gesprochen worden. Auch die FDP, die in der Vergangenheit auf eine rasche gesetzliche Änderung des „Streikparagraphen“ gedrängt hatte, will inzwischen abwarten. „Die FDP will eine gesetzgeberische Initiative, die noch in dieser Legislaturperiode zu einer Reform des Paragraphen 116 führt“, hatte Parteichef Bangemann am Montag nach einer Sitzung des Parteipräsidiums der FDP gesagt. Wenn zwischen den Tarifparteien keine Einigkeit erzielt werden könne, sei aber eine gesetzliche Regelung unumgänglich, sagte Bangemann.

Grundsätzliche Gesprächsbereitschaft über den Paragraphen 116 hat die Spitze der IG-Metall in einem Fernschreiben an Bundesarbeitsminister Blüm signalisiert. Zwar beharren die beiden Vorsitzenden Hans Mayr und Franz Steinkühler auf ihrem Standpunkt, daß es keinen Handlungsbedarf des Gesetzgebers in dieser Frage gebe, sie regen allerdings an, am konkreten Beispiel des Streiks in der Metallindustrie im vergangenen Sommer die finanzielle Belastung beider Tarifparteien zu untersuchen. Dabei stellen sie die These auf, daß die Arbeitgeber erst durch ihr Vertrauen darauf, daß die Bundesanstalt für Arbeit an mittelbar betroffene Arbeitnehmer Kurzarbeiter- oder Arbeitslosengeld nicht bezahlen werde, zu einer harten Verhandlungsführung ermuntert worden seien. In jedem Falle sei eine umfassende wissenschaftliche Auseinandersetzung, auch mit dem im Auftrag des Arbeitsministeriums erstellten Gutachten des früheren Bundesarbeitsgerichtspräsidenten Gerhard Müller, unumgänglich. Die IG-Metall werde sich an diesem Diskussionsprozeß beteiligen und sei um „gründliche Beiträge“ hierzu bemüht. „Adäquate Ergebnisse werden aber mit Sicherheit erst im Laufe des Jahres 1986 vorliegen können.“

Sowjet-Waffen über Kuba nach Nicaragua

AFP, Washington

Washington hat der Sowjetunion vorgeworfen, ihre Rüstungslieferungen an Nicaragua zu steigern. Wie der Sprecher des Weißen Hauses, Larry Speakes, betonte, fällt dies mit einer „Aufhebung der bürgerlichen Freiheiten“ und verstärktem Kampf gegen den demokratischen Widerstand in Nicaragua zusammen. Der Sprecher erinnerte daran, daß Washington vor genau einem Jahr vor einer Einführung hochmodernen Rüstungsmaterials wie sowjetischer MIG-Maschinen nach Nicaragua gewarnt habe. Speakes machte keine Angaben über die Art der Waffen, die angeblich derzeit nach Nicaragua geliefert werdem, er betonte lediglich, daß „die Aufrüstung die Verteidigungsbedürfnisse dieses Landes weit übertrifft“.

Die „Washington Times“ hatte am Montag unter Berufung auf amerikanische Regierungsquellen berichtet, sowjetische und bulgarische Frachter hätten in der vergangenen Woche im kubanischen Hafen Mariel große Mengen schweren Rüstungsmaterials auf nicaraguanische Schiffe umgeladen. Das Material sei für die nicaraguanische Regierung bestimmt gewesen. Vertretern der amerikanischen Regierung zufolge, die ungenannt bleiben wollten, soll es sich um rund 40 sowjetische Panzer vom Typ T 54-55 handeln, von denen Managua bereits rund 100 besitzt. Nach Ansicht der „Washington Times“ will Moskau durch den Umweg der Rüstungslieferungen über Kuba im Hinblick auf den kommenden amerikanisch-sowjetischen Gipfel in Genf seine Rolle als Waffenlieferant für Nicaragua verschleiern. Die amerikanischen Informationen sollen von Luftaufnahmen stammen, die ein US-Aufklärungsflugzeug am vergangenen Donnerstag gemacht hat.

Barschel verstärkt Präsenz seines Landes in Bonn

Fraktionschef Hoffmann Justizminister / Westphal geht

GEORG BAUER, Kiel

Wenige Monate vor der Kommunalwahl am 2. März und kurz nach Ablauf der ersten Hälfte der Legislaturperiode hat der Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein, Uwe Barschel, sein Kabinett umgebildet. Der bisherige Fraktionsvorsitzende der CDU im Kieler Landtag, Heiko Hoffmann, wird Justizminister. Der bisherige Chef dieses Ressorts, Henning Schwarz, der in Personalunion auch das Amt des Ministers für Bundesangelegenheiten innehatte, soll sich in Zukunft ausschließlich auf die Arbeit in Bonn konzentrieren. Neuer Minister für Wirtschaft und Verkehr wird anstelle von Jürgen Westphal der bisherige Senator für Wirtschaft und Verkehr der Hansestadt Lübeck, Manfred Biermann.

Barschel begründete die Kabinettsumbildung im Justizressort mit einer stärkeren Interessenvertretung des Landes in Bonn. Barschel: „Die umfangreicher gewordenen und weiterwachsenden Aufgaben für die Vertretung der Landesinteressen in Bonn sowie die bevorstehenden schwierigen Aufgaben in der Rechts- und Justizpolitik erfordern, daß die Ressorts Justiz und Bundesangelegenheiten von zwei Kabinettsmitgliedern wahrgenommen werden.“ Barschel sagte eine zunehmende Tätgkeit des Vermittlungsausschusses voraus. Aus den Worten, in den vergangenen zweieinhalb Jahren sei „unsere Rechnung nicht ganz aufgegangen“, wurde deutlich, daß der Ministerpräsident mit der Politik der Bundesregierung gegenüber den Ländern nicht zufrieden ist.

Der 57jährige Schwarz, auch stellvertretender Ministerpräsident, teilte mit, er wolle nur bis zum Ende der Legislaturperiode im Herbst 1987 das Amt ausüben. Die Veränderung im Justizressort betrifft auch den Staatssekretär im Justizministerium, Georg Poetzsch-Heffter, der bisher Schleswig-Holstein in Bonn vertreten hatte. Er soll sich in Zukunft ganz auf das Justizministerium konzentrieren.

Westphal gab persönliche Gründe für sein Ausscheiden aus der Regierung an. Er wolle sich in Zukunft seiner Anwaltsozietät widmen. Ausdrücklich betonte er, daß sein Verhältnis zu Barschel gut und von gegenseitigem Respekt geprägt sei. In Schleswig-Holstein war bekannt, daß es wiederholt zwischen dem Wirtschaftsminister, der sein Amt 1973 angetreten hatte, und dem Ministerpräsidenten Spannungen gegeben hatte. Grund der Querelen sollen die Eingriffe Barschels in das Wirtschaftsressort gewesen sein. Westphal wird am 16. Dezember, dem Tag der Umbildung, auch sein Mandat im Landtag niederlegen.

Der neue Wirtschaftsminister Biermann stammt aus Hannover. Nach seiner Promotion 1963 in Hamburg ließ er sich 1967 als Steuerberater nieder.

Der künftige Justizminister Hoffmann, 1935 in Stettin geboren, trat bereits 1954 der CDU bei. 1973 wurde Hoffmann, der Rechtswissenschaft, Politik und Philosophie studiert hatte, Mitglied des Landtages. Nachfolger von Hoffmann im Amt des Fraktionsvorsitzenden ist der 48jährige Klaus Kribben. Dem Juristen und Volkswirt wird nachgesagt, daß er sich als wirtschaftspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion Hoffnungen auf das Amt als Wirtschaftsminister gemacht hatte.

KPI stellt Forderungen an Craxi

FRIEDRICH MEICHSNER, Rom

Die italienischen Kommunisten werden eine parlamentarische Untersuchung der ganzen „Achille-Lauro“-Affäre beantragen. Das gab KPI-Sekretär Alessandro Natta gestern in der Debatte über die Erklärung des sozialistischen Ministerpräsidenten Bettino Craxi bekannt, mit der dieser nach Überwindung der römischen Regierungskrise das Parlament um die Erneuerung des Vertrauensvotums gebeten hatte.

Natta bestätigte die „klare Opposition“ seiner Partei zur reaktivierten Fünfparteienregierung Craxis und forderte die Bildung einer „Programmregierung“ – offensichtlich unter Einbeziehung der KP – in eine neue parlamentarische Regierungsmehrheit.

Die Aufforderung Craxis an die Kommunisten, die rechtzeitige Verabschiedung des Haushaltsfinanzierungsgesetzes für 1986 bis Ende dieses Jahres zu erleichtern, beantwortete der Parteisekretär mit einem deutlichen Nein. Das Gesetz, so sagte er, sei „ungerecht und unangemessen“. Unter Beharrung auf ihre eindeutigen Oppositionsstellung zu der Regierung Craxi seien die Kommunisten allerdings bereit, „Korrekturen und Abänderungen“ aufzuzeigen.

Der christdemokratische Parteisekretär Chiriaco De Mita, der ebenfalls in die Debatte eingriff, lehnte die Bildung einer „Programmregierung“ ab. Er vertrat die Ansicht, daß es zur jetzigen Regierungsmehrheit im Augenblick keine Alternative gebe. Innerhalb dieser Mehrheit habe es zwar in jüngster Zeit Mißstimmungen gegeben, die die KP auszunutzen versucht habe. Aber diese Mißstimmungen seien jetzt überwunden. Außenpolitisch bestätigte De Mita das uneingeschränkte Festhalten Italiens an seinen freiwillig eingegangenen Bündnisverpflichtungen.

Diese Bestätigung hatte am Vortage auch Craxi in seiner Regierungserklärung ausgesprochen. Er verteidigte freilich gleichzeitig auch Italiens Nahostpolitik, die im Zusammenhang mit der „Achille-Lauro“-Entführung zu koalitionsinternen Auseinandersetzungen geführt und letztlich die Regierungskrise entscheidend mit ausgelöst hatte. Seinem Hauptkritiker im Kabinett, dem republikanischen Verteidigungsminister Giovanni Spadolini, kam er nur insofern entgegen, als er sagte, daß die PLO Italien in der „Achille-Lauro“-Affäre noch eine „Klärung“ schuldig sei und daß sich diese Organisation, wenn sie ihre Rolle in einem nahöstlichen Friedensprozeß voll einnehmen wolle, „vorbehaltlos“ zu einer friedlichen Lösung bekennen müsse.

Auf der anderen Seite stellte er aber gerade die PLO gemeinsam mit Ägypten und Jordanien als Hauptbezugspunkt vor einen solchen Friedensprozeß hin und wiederholte in aller Schärfe seine nach dem israelischen Vergeltungsschlag gegen das PLO-Hauptquartier in Tunis ausgesprochene Verurteilung Israels.

Boesak wird der Paß verweigert

rtr, Johannesburg

Der südafrikanische Geistliche und Gegner der Rassentrennung, Allan Boesak, wird voraussichtlich nicht in die USA reisen dürfen, um dort am 14. November den „Robert-F.-Kennedy-Preis für Menschlichkeit“ entgegenzunehmen. Ein Sprecher des Innenministeriums teilte gestern mit, die Regierung werde Boesak ungeachtet der Entscheidung eines Gerichts seinen eingezogenen Paß nicht zurückgeben. Der Präsident des Weltbunds der Reformierten Kirchen sieht einem Prozeß wegen „subversiver Tätigkeit“ entgegen. Ein Gericht in Malmesbury nördlich von Kapstadt hatte am Tag zuvor angeordnet, daß Boesak seinen Paß zurückerhalten sollte und wieder reisen könne, wohin er wolle. Es hob damit einen Teil der Beschränkungen auf, die Boesak als Preis für die Verschonung von Untersuchungshaft auferlegt worden waren.

US-Diplomaten in Kabul blockiert

rtr, Islamabad

Während des Aufenthaltes eines geflüchteten sowjetischen Soldaten in der amerikanischen Botschaft in Kabul haben afghanische und sowjetische Truppen nach Angaben westlicher Diplomaten Botschaftsfahrzeuge mit vorgehaltener Waffe durchsucht und hochrangige Diplomaten am Verlassen des Gebäudes gehindert. Die Diplomaten sagten gestern unter Berufung auf Berichte aus Kabul, afghanische Streitkräfte hätten während der Affäre Panzer und gepanzerte Mannschaftswagen um das Botschaftsgebäude aufgefahren. Der Sowjetsoldat hatte das Gebäude am Montagabend wieder verlassen. US-Regierungsvertreter hatten nach Beendigung der Affäre mitgeteilt, die Situation der Botschaft habe sich wieder normalisiert. Zuvor seien aber die Telefonverbindungen und die Stromversorgung der Mission unterbrochen gewesen. Der 19jährige Soldat war am vergangenen Donnerstag in die US-Botschaft geflüchtet.

Prekäre Lage

Mk. – Früher als sonst üblich beginnt diesmal das europäische Agrargerangel. Noch in diesem Jahr soll über das Grünbuch der EG-Kommission gestritten werden, wobei es zwar zunächst um die Strukturpolitik gehen soll, aber die läßt sich kaum von der Auseinandersetzung über die Preise trennen. Mitte des Monats will die Bundesregierung ihre Marschroute festlegen.

Die Lage der EG ist prekär. Die Überschüsse schwellen weiter an. Die Produktion steigt, der Verbrauch stagniert und auch im Export können keine nennenswerten zusätzlichen Mengen mehr untergebracht werden. Die Preise haben ihre lenkende Funktion weitgehend verloren.

Den Kopf in den Sand zu stecken, hilft nicht, auch keine Schlagworte, ob sie nun Flächenstillegung oder nachwachsende Rohstoffe heißen. Sicherlich lassen sich so neue Subventionstöpfe öffnen, aber zur Beseitigung der Überschüsse ist das zu wenig. Dies mag ergänzend etwas bringen, wenn die Preise für den Ausgleich von Angebot und Nachfrage wieder eine stärkere Rolle spielen. Ähnlich ist es bei der Mitverantwortungsabgabe, durch die Geld in die Kassen kommen soll, um absatzfördernde Programme zu finanzieren.

Gegenwärtig fallen höhere Preise als Mittel der Einkommenspolitik aus. Für die Steuerzahler nicht unbedingt ein Grund zum Jubeln. Denn der Ersatz über weiter steigende direkte Einkommenshilfen wird zunächst kaum billiger. Aber diese kommen jedenfalls bei den Bauern an.

Keine Angst

nl – Wenn es in der öffentlichen Diskussion um die Position der Bundesrepublik in Sachen Hochtechnologien geht, dann spukt unweigerlich die „japanische Gefahr" in den Köpfen herum. In der Tat haben Nippons Konzerne auf vielen Gebieten, vor allem solchen, die stark von der Mikroelektronik beeinflußt sind, mit atemberaubendem Tempo ganze Märkte aufgerollt. Darüber aber in Ehrfurcht zu erstarren oder sich ängstlich zu verkriechen, wäre sicherlich die falsche Reaktion. Erfreulicherweise setzt sich denn auch hierzulande immer deutlicher eine selbstbewußtere Einstellung durch. Man besinnt sich auf die eigenen Stärken. Eine ganze Reihe deutscher Firmen geht ihrerseits in die Offensive Richtung Fernost. Dies bedeutet harte Arbeit. Der Stuttgarter Bosch-Konzern beispielsweise, der schon seit über 70 Jahren den japanischen Markt „beackert", zeigt, wie man es machen muß. Eine eigene Firmenmesse wurde dort zu einem großen Erfolg. Kooperationen und Lizenzvergaben – wie es geschieht – zu einem dichten Netz zu verweben, ist die Grundlage, um auch in der „Höhle des Löwen" zu bestehen.

„Fed" nutzt den Freiraum

Von HORST-A. SIEBERT, Washington

Die Märkte warten auf die Beschlüsse des Offen-Markt-Komitees des Federal Reserve System, das am Dienstag und Mittwoch in der US-Hauptstadt tagte. Offiziell wird das Protokoll erst in etwa sechs Wochen veröffentlicht, mögliche Veränderungen lassen sich jedoch schon in den nächsten Tagen an den Liquiditätsmanövern ablesen. Allgemein wird aber erwartet, daß die sieben Gouverneure und fünf regionalen Notenbankpräsidenten unter den jüngsten Konjunkturdaten keinerlei Anhaltspunkte gefunden haben, die eine Verknappung oder Erweiterung der Geldmenge rechtfertigten.

Monetär würde Washington mithin auf dem bisherigen „akkomodierenden" Kurs bleiben, der das Wirtschaftswachstum vorsichtig stützt und den Dollar unter Abwertungsdruck hält. In nächster Zukunft werden also die Zinsen in den USA eher leicht sinken, zumal der Finanzierungsbedarf der Treasury auf eine schwache Nachfrage nach Firmenkrediten stößt. Nach Ansicht der Wall Street hat die „Fed" einen Tagesgeldsatz von 7,75 bis acht Prozent im Visier. Für die Jahreswende nicht ausgeschlossen wird eine Rücknahme auf 7,5 oder sogar weniger Prozent.

Für diese nicht mehr neue Strategie sprechen alle wichtigen Faktoren, die das Offen-Markt-Komitee geldpolitischen Entscheidungen zugrundelegt. Dazu gehören der Konjunkturverlauf, der Wert des Dollar, die Inflationsrate und das Geldmengenwachstum. Sowohl die Preis- als auch die Geldstatistik bieten der Notenbank weiterhin genügend Freiraum – zumindest so lange, wie die Importpreise sehr langsam zunehmen und die einheimischen Anbieter zur Preisdisziplin zwingen. In den zwölf Monaten, die im September endeten, sind in Amerika die Verbraucherpreise immerhin nur um 3,2 Prozent gestiegen, verglichen mit 4,2 Prozent in der gleichen Zeitspanne des Vorjahres.

Die Fortsetzung geringer Teuerung signalisiert der Index der Herstellerpreise, der sich bei stark verbilligten Rohstoffen um bescheidene 0,2 Prozent erhöhte. Paul Volckers fünfjähriger Kampf gegen die Inflation erlaubt aber auch deshalb eine Atempause, weil die kräftige Ausweitung der Geldmenge M1 (Bargeld und Sichteinlagen) wieder zurückgeschraubt worden ist. Gegenüber September 1984 betrug das Plus lediglich 11,1 Prozent, während M2 und M3 mit 9,5 und neun Prozent noch innerhalb des Zielkorridors verblieben. Ohnehin scheint sich die „Fed" wieder stärker auf das Zinsniveau zu konzentrieren, das real immer noch alle historischen Größenordnungen sprengt.

Worauf die US-Notenbank jedoch vor allem blickt, ist das nach wie vor unscharfe Konjunkturbild, das mehr Verwirrung als Sicherheit stiftet. So warnt der stellvertretende Vorsitzende des Federal Reserve Board, Preston Martin, zusammen mit skeptischen Volkswirten vor einer Rezession im kommenden Jahr, während andere amerikanische Nationalökonomen einem stetigeren Aufschwung ohne Ende das Wort reden. Tatsache bleibt, daß die US-Konjunktur weiterhin höchst uneben verläuft und das Wachstum nicht so üppig ist, wie es auf den ersten Blick aussieht. Seit zwei Monaten stagniert die Arbeitslosenquote bei 7,1 Prozent, und die erste Beschäftigungszunahme im verarbeitenden Gewerbe – rund 60 000 im Oktober – muß noch halten, was sie verspricht. Schwer aufzuholen sind hier die seit Juni 1979 verlorenen 1,8 Millionen Arbeitsplätze.

Umstritten ist, ob sich in den USA das wirtschaftliche Wachstumstempo im laufenden Quartal wirklich um real mehr als 3,3 Prozent, wie es nach vorläufigen Angaben auf Jahresbasis in der Juli-September-Periode erreicht worden ist, beschleunigt. Angesichts der nach dem künstlichen Autoboom nun müden Verbrauchernachfrage ist ein solches Ergebnis sehr unwahrscheinlich. Viele Analysten rechnen mit zwei bis drei Prozent, was ein Jahresplus von rund zwei (1984: 6,8) Prozent bedeuten würde – viel weniger als vom Weißen Haus vorausgesagt.

Viel Sinn macht die letzte Prognose des Conference Board in New York. Danach wächst Amerikas Bruttosozialprodukt 1986 und 1987 preisbereinigt um 2,5 und 2,8 Prozent. Die Teuerung nimmt um vier und 4,5 Prozent zu. Eine Minderung des US-Haushaltsdefizits würde das Bild erheblich verschönern, aber niemand glaubt daran. Ein Dollarsturz wiederum würde die „Fed"-Bremse aktivieren und zu höheren Zinsen führen.

HANDEL / Die Aussichten für dieses Jahr werden wieder günstiger beurteilt

Minister Bangemann plädiert für Lockerung des Ladenschlußgesetzes

HANNA GIESKES, Bonn

„Der starre Ladenschluß paßt nicht in eine freiheitliche Wirtschaftsordnung." Bundeswirtschaftsminister Bangemann appellierte gestern in Bonn an die Delegierten der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels (HDE), „sich zu einer allgemeinen Lockerung durchzuringen". Einen ersten Schritt in diese Richtung habe die Bundesregierung jetzt mit der Schaffung von Ausnahmebereichen für Verkehrsknotenpunkte getan.

Bangemann plädiert für einen Großversuch, „der ausreichend lange dauert". So könne nachgeprüft werden, ob die Einwände des Handels gegen flexiblere Ladenöffnungszeiten stichhaltig seien; ob tatsächlich, wie behauptet werde, die Kosten und damit die Verbraucherpreise steigen müßten.

Den Widerstand der Gewerkschaften gegen eine Lockerung könne er indes nicht recht verstehen, „denn ich bin sicher, daß sie imstande sind, attraktive Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten ohne das starre Korsett des Gesetzes auszuhandeln". Er glaube auch, daß so für manche Frauen günstige Teilzeitarbeitsmöglichkeiten geschaffen werden könnten, wenn sie zugunsten ihrer Kinder zeitweise aus dem Beruf ausgeschieden seien.

Nach Ansicht des Ministers „täte es auch den Innenstädten bestimmt nicht schlecht", wenn sie abends weniger ausgestorben seien. Die samstäglichen Verstopfungen der Citys wären vermeidbar, „wenn man am Abend noch in Ruhe einen Anzug probieren könnte". Auf diese Weise ließen sich auch Parkplatzprobleme lösen.

Als „vernünftigen Schritt" wertete Bangemann die Selbsthilfemaßnahmen der Wirtschaft gegen extreme Wettbewerbsaktivitäten im Handel. Wer die jetzt geschaffene Schlichtungsstelle beim Deutschen Industrie- und Handelstag für ein zu schwaches Instrument halte, „unterschätzt die Kraft der sozialen Kontrolle".

Mit staatlichen Mitteln sei der Strukturwandel gerade im Lebensmitteleinzelhandel nicht aufzuhalten, sagte der Minister an die Adresse derjenigen, die für eine gesetzliche Regelung etwa des Verkaufs unter dem Einkaufspreis eintreten. Damit werde, um die meist kleineren Unternehmen vor dem Ausscheiden zu schützen, der Wettbewerb ausgeschaltet, „zu Lasten der Verbraucher".

Der Präsident der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels, Wolfgang Hinrichs, unterstrich, „daß Selbsthilfemaßnahmen der Wirtschaft den Vorrang haben vor einem Einschreiten des Gesetzgebers". Der bisherige Erfolg sei zwar unbefriedigend, doch hoffe er auf die Wirksamkeit der Schlichtungsstelle.

Hinrichs beklagte gleichwohl, daß der Mittelstand immer wieder mit dem Hinweis vertröstet werde, das geltende Recht müsse erst einmal ausgeschöpft werden. Seit fünf Jahren sei die letzte Kartellnovelle in Kraft, „und wie lange sollen wir denn noch warten?" Darum werde er in einem Jahr „erforderlichenfalls" Vorschläge für eine weitere Kartellnovelle machen. Er meint damit wohl den Versuch, den Geheimwettbewerb der Handelsunternehmen in ihrer Nachfrage bei der Industrie transparenter zu gestalten.

Ein Gesetzgebungsvorhaben ist nach Ansicht des HDE-Präsidenten indes dringlich: die Novellierung des Gesetzes gegen den Unlauteren Wettbewerb. Er begrüße, daß sich die Regierungskoalition doch noch zu einer beschränkten Novellierung „aufgerafft" habe. Dabei geht es im wesentlichen um eine Vereinfachung des Sonderveranstaltungsrechts – „die Unterscheidung zwischen Aus- und Räumungsverkäufen sollte in den Orkus" – und um ein Verbot der mengenmäßigen Beschränkung in der Werbung mit Sonderangeboten.

Die künftigen Absatzchancen für den deutschen Einzelhandel beurteilt der HDE-Präsident günstig. Erste Impulse erwarte man vom Weihnachtsgeschäft, von dem sich der Handel zusätzliche Umsätze von rund 18 Mrd. DM verspreche. Bisher ist der Einzelhandelsumsatz, der 1984 bei rund 467,7 Mrd. DM gelegen hatte, nominal um 2,1 und real um 0,4 Prozent gestiegen.

AGRARPOLITIK

Der künftige Kurs bleibt weiter heftig umstritten

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Über den künftigen Kurs der Agrarpolitik bestehen nicht nur zwischen den Regierungsparteien erhebliche Meinungsunterschiede, sondern auch zwischen den betroffenen Verbänden und den Wissenschaftlern. Dies zeigt sich zum einen an den „Perspektiven der Agrarpolitik", die von den Spitzen der FDP in den vergangenen beiden Tagen beraten wurden, zum anderen an den schriftlichen Stellungnahmen der Sachverständigen für die öffentliche Anhörung des zuständigen Agrarausschusses des Bundestages, die heute und morgen in Bonn zum Thema „Die Zukunft der deutschen Landwirtschaft in der EG" stattfindet.

Landwirtschaftsminister Ignaz Kiechle findet mit seiner Ansicht, es gäbe keinen finanzierbaren Ersatz für Einkommen aus angemessenen Preisen, die Unterstützung des Bauernverbandes. Er schreibt, die Erhaltung möglichst vieler Arbeitsplätze im ländlichen Raum erfordere im Kern eine kostenorientierte Markt- und Preispolitik. Auf Dauer müsse eine aktive Preispolitik ermöglicht werden.

Ähnlich wie die FDP, die zwar die Sicherung angemessener landwirtschaftlicher Einkommen als Hauptziel der Agrarpolitik bezeichnet, dieses jedoch nicht über die Preise erwartet, äußert sich die Mehrzahl der Wissenschaftler. So bezeichnet der Gießener Professor Peter Michael Schmitz eine ursachenorientierte Konfliktlösung als wünschenswert, die sich an die zentralen Funktionen der Preise in einem marktwirtschaftlichen System erinnert.

Stefan Tangermann aus Göttingen weist darauf hin, „daß die Preisstützung auf lange Sicht ohnehin kein geeignetes Instrument der Einkommensstützung sei, da sich aufgrund von Anpassungsprozessen der Effekt verflüchtige. Er plädiert dafür, die Preispolitik nicht am Einkommensziel auszurichten, sondern marktorientiert zu betreiben und durch gezielte direkte Einkommensübertragungen zu flankieren.

Die Verbände äußern sich auch zu den angebotsbegrenzenden Maßnahmen zum Abbau der Überschüsse wie der Flächenstillegung oder der Förderung des Anbaus von eiweißhaltigen Futterpflanzen und nachwachsenden Rohstoffen. Der Bauernverband verspricht sich davon einiges und veranschlagt den Subventionsbedarf vergleichsweise gering. Der Bundesverband der Deutschen Industrie betont, die Chemie würde mehr Zucker und Stärke einsetzen, wenn nicht der höhere EG-Preis, sondern der niedrigere der Konkurrenz bezahlt werden müßte. Mehrere Experten weisen darauf hin, daß Züchtung und Gentechnologie zu einer weiter steigenden Produktion führen würden. Nach Ansicht der Verbraucherverbände würde der Anbau nachwachsender Rohstoffe für die Steuerzahler weit teurer als das zur Zeit laufende Puffbohnenprojekt.

AUF EIN WORT



„Die totale Entstaatlichung der Entwicklungshilfe wäre eine Illusion. Nur im Rahmen der staatlichen Zusammenarbeit kann Einfluß auf die Rahmenbedingungen genommen werden, die überhaupt die Entfaltung der individuellen Bemühungen möglich machen."

Dr. Volkmar Köhler, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit FOTO: DIE WELT

Schuhpreise bleiben stabil

dpa/VWD, Pirmasens

Die Schuhpreise werden aufgrund der stagnierenden Lederpreise im Winter 1986/87 voraussichtlich stabil bleiben. Diese Entwicklung zeichnete sich zum Auftakt der 31. Pirmasenser Lederwoche International ab, auf der 593 Aussteller aus 28 Ländern ihre Lederwarenkollektionen für die Herbst/Winter-Mode 1986/87 präsentieren. Ein Sprecher des Verbandes der Deutschen Lederindustrie begründete die Preisentwicklung mit der Unsicherheit auf den Rohwarenmärkten, auf denen sich nach einer langen Phase steigender Preise derzeit ein leichter Preisrückgang abzeichne.

PRODUKTION

Im Quartalsvergleich noch auf dem Weg nach oben

Mk. Bonn

Die Industrieproduktion steigt weiter. Allerdings sind die Produktionszahlen immer noch durch die Einflüsse der jährlich wechselnden Schul- und Werksferien verzerrt. Darauf weist das Bundeswirtschaftsministerium noch einmal hin. Nach den vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes hat sich die Erzeugung des produzierenden Gewerbes von August auf September saisonbereinigt nicht verändert.

Dabei ging die Ausbringung im verarbeitenden Gewerbe leicht um 1,5 Prozent zurück. Die Produktion im Bauhauptgewerbe stieg um ein Prozent. Das Statistische Bundesamt erwartet allerdings eine nachträgliche Korrektur der vorläufigen Angaben nach oben.

Wegen der wechselnden Schul- und Werksferien dürfte das Juli-Ergebnis eher zu hoch und der Augustwert eher zu niedrig ausgewiesen sein. Daher erscheint im Zwei-Monats-Vergleich August/September gegenüber Juni/Juli die Produktionsentwicklung in einem zu ungünstigen Licht. Bei diesem Vergleich hat die Ausbringung im produzierenden Gewerbe um zwei Prozent abgenommen, im verarbeitenden Gewerbe sogar um 2,5 Prozent.

Die konjunkturelle Grundtendenz dürfte derzeit nach Ansicht des Wirtschaftsministerium am besten im Quartalsvergleich zum Ausdruck kommen. Dieser läßt für das dritte Vierteljahr eine weiterhin aufwärtsgerichtete Tendenz der Aktivitäten erkennen. Das produzierende Gewerbe legte um zwei Prozent zu. Im Vorjahresvergleich lag die Erzeugung hier im August und September um drei Prozent höher.

ZINNMARKT

Bankenkonsortium will Zahlungsaufschub gewähren

fu. London

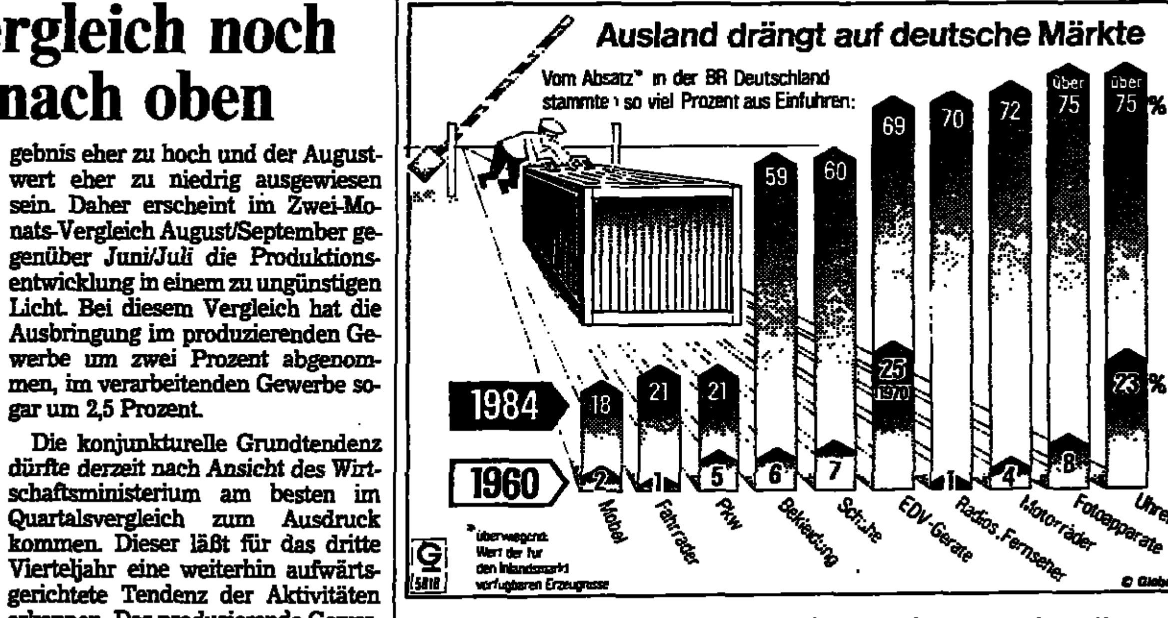
Die Beendigung der Krise am Zinnmarkt ist in greifbare Nähe gerückt. Ein internationales Bankenkonsortium, dessen Mitglieder dem Internationalen Zinnrat Kredite in geschätzter Höhe von 200 bis 300 Mill. Pfund (760 bis 840 Mill. DM) eingeräumt haben, hat auf einer Sondersitzung beschlossen, dem Zinnrat einen Aufschub für die Rückzahlung der Kredite einschließlich Zinsen um zwölf Monate zu gewähren.

Der Zinnhandel war in London am 24. Oktober ausgesetzt worden, weil der Internationalen Zinnorganisation, die seit Jahren die Zinn-Notiz durch Käufe hochgehalten hatte, das Geld ausgegangen war.

Die 16 Gläubigerbanken (keine deutsche) haben die Mitgliedsländer des Zinnrats aufgefordert, diesen mit zusätzlichen Mitteln und Kredit-Garantien zu unterstützen. Bis spätestens Freitag erwarten sie eine positive Antwort. Anderenfalls würden sie ihren Beschluß, dem Zinnrat Zahlungsaufschub zu gewähren, rückgängig machen. Dies sind die Forderungen der Gläubigerbanken:

- Die Produzentenländer sollen dem Zinnrat umgehend gut 60 Mill. Pfund (230 Mill. DM) zahlen, die sie schon vor Monaten fest zugesagt haben.
- Die Regierungen aller 22 Mitgliedsländer sollen Bürgschaften über die Außenstände des Zinnrats einschließlich der Zinslasten der kommenden zwölf Monate bereitstellen.
- Von den Mitgliedsländern wird eine bindende Zusage erwartet, daß sie entweder den Zinnrat künftig mit „angemessenen" Mitteln und Bürgschaften unterstützen, oder aber ihr Engagement am Zinnmarkt „in ordentlicher Weise" und mit der festen Zusage abbauen, daß alle bestehenden Verpflichtungen erfüllt werden.

WIRTSCHAFTS JOURNAL



Vor 25 Jahren brauchte die deutsche Industrie bei den meisten Konsumgütern die ausländische Konkurrenz kaum zu fürchten. Deutsche Produkte beherrschten den Inlandsmarkt so eindeutig, daß der Anteil aller ausländischen Fabrikate unter der Zehn-Prozent-Grenze blieb. Daß sich hinter der Absatzzunahme der ausländischen Produkte nicht immer eine größere Wettbewerbskraft verbirgt, zeigt der Automobilsektor. Einem steigenden ausländischen Marktanteil stehen glänzende Exportgeschäfte der deutschen Auto-Hersteller gegenüber. QUELLE: GLOBUS

Stoltenberg: Privatisierung bringt 400 Millionen Mark

Bonn (dpa/VWD) – Die Teilprivatisierung von Bundesunternehmen wird nach Ansicht von Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg (CDU) der Staatskasse im kommenden Jahr Erlöse von rund 400 Mill. Mark einbringen. Wie der Minister in einem Zeitungsinterview sagte, rechne er bis einschließlich 1987 mit zwei Mrd. Mark. An vorderster Stelle des Rückzugs des Bundes stehen die Aluminium und Energie produzierende VIAG AG, Bonn, deren Bundesanteil von 100 Prozent in einem ersten Schritt um mindestens 25 Prozent bei gleichzeitiger Börseneinführung verringert werden soll.

Bauarbeiter aus Osteuropa

Bonn (Mk.) – Rund 2500 Bauarbeiter aus Osteuropa arbeiten nach Angaben von Bundesbauminister Oscar Schneider gegenwärtig in der Bundesrepublik. Dies seien 0,2 Prozent aller Beschäftigten im Bauhauptgewerbe. Wegen der ungünstigen Lage der Bauwirtschaft, so der Minister, werde nur noch in wenigen Ausnahmefällen für Spezialisten die Arbeitserlaubnis erteilt. Seit Ende 1981 sei beispielsweise die Zahl der polnischen Arbeitskräfte von 4500 auf 1000 gesunken. Hinzu kämen rund 1000 Bauarbeiter aus der „DDR". Sie seien Deutsche im Sinne des Grundgesetzes, bedürften daher keine Arbeitsgenehmigung. Allerdings seien mehr Arbeitskräfte von Bauunternehmern aus der Bundesrepublik in der „DDR" tätig.

Mehr Städtebau-Mittel?

Düsseldorf (AP) – Bundesbauminister Oscar Schneider hat vor rund 1 000 Bauhandwerkern aus Nordrhein-Westfalen angekündigt, die Bundesregierung werde möglicherweise zusätzliche Mittel für die Städtebauförderung zur Verfügung stellen. Schneider erklärte, die vom Bund in den nächsten Jahren zur Verfügung gestellten Mittel von jeweils rund 2,3 Mrd. Mark seien bereits jetzt mehr als doppelt belegt. In seiner mehrfach von Mißfallensbekundungen unterbrochenen Rede betonte Schneider, eine weitere Anpassung der Kapazitäten der Bauindustrie an den sinkenden Bedarf sei unvermeidlich. Vertreter des Bauhandwerks übten auf der Versammlung angesichts von 42 000 arbeitslosen Bauhandwerkern allein in Nordrhein-Westfalen heftige Kritik an der Investitionspolitik von Bund, Ländern und Gemeinden.

Höhere Ölförderung

Nikosia (dpa/VWD) – Die Ölförderung der Organisation erdölexportierender Länder (Opec) ist im Oktober auf 17,5 Mill. Barrel am Tag (zu 159 Liter) gestiegen, gegenüber einer offiziellen Förderbegrenzung auf 16 Mill. Barrel und einer Förderung von durchschnittlich 14,9 Mill. Barrel im 3. Quartal. Hauptgrund ist ein Förderanstieg in Saudi-Arabien um 1,5 auf rund vier Mill. Barrel. Weitere Fördererhöhungen werden aus Nigeria, den Vereinigten Arabischen Emiraten, Indonesien und Libyen gemeldet.

Pensionen zugeteilt

Frankfurt (dpa/VWD) – Das neue Wertpapierpensionsgeschäft der Bundesbank ist von den Kreditinstituten stark genutzt worden. Wie die Bundesbank mitteilte, boten die Banken zum Zinssatz von 4,55 Prozent sowie einer Laufzeit von 28 Tagen eine Gesamtsumme von 7,1 Mrd. Mark. Zugeteilt wurden 5,7 Mrd. Mark. Die Laufzeit von 63 Tagen – also über das Jahr 1985 hinaus – mit einer Verzinsung von 4,65 Prozent entlockte den Kreditinstituten sogar Gebote über 15,6 Mrd. Mark. Die Bundesbank teilte jedoch nur 4,7 Mrd. Mark zu. Bei den Pensionsgeschäften hinterlegen die Banken Wertpapiere zu den genannten Zinssätzen und Laufzeiten bei der Bundesbank.

Vertrauensindex gestiegen

New York (dpa/VWD) – Das Vertrauen des amerikanischen Verbrauchers in die Wirtschaft ist weiterhin „stark und beständig." Das geht aus der jüngsten Umfrage des Conference Board bei 5 000 Familien hervor. Der Vertrauensindex des Konjunkturforschungsinstituts (1970 = 100) stieg im Oktober auf 88,9 von 88,2 im September. Trotz geringfügiger Schwankungen hält sich dieses Barometer seit Beginn des Frühjahrs auf dem gegenwärtigen Niveau.

GENOSSENSCHAFTSBANKEN

Schramm lehnt Gründung eines „Zentralinstituts" ab

dpa/VWD, Garmisch

Die drohenden Millionenverluste der Bayerischen Raiffeisen-Zentralbank (München) von mindestens 400 Millionen DM aus Immobilienfinanzierungen können voll über die genossenschaftlichen Sicherungseinrichtungen abgewickelt werden. Das Bereinigungskonzept gewährleistet, daß die örtlichen Mitgliedsbanken keine finanzielle Belastung trifft.

Das unterstrich am Dienstag zur Eröffnung der 25. Bankwirtschaftlichen Tagung der Volksbanken und Raiffeisenbanken der Präsident ihres Bundesverbandes, Bernhard Schramm, vor Vertretern der Genossenschaftsbanken in Garmisch-Partenkirchen. Der Fall sei zwar sehr bedauerlich und schwerwiegend im genossenschaftlichen Verbundsystem, doch werde die Trägerschaft einer bereits konzipierten Verlustbereinigung bei den Verbundeinrichtungen bleiben. Notwendige Folgerungen würden ohne Ansehen von Person oder Organisation gezogen.

So „massive Problemfälle und Verluste" wie in diesem Jahr hätten zwar Zweifel über ein Ausreichen des Verbundsystems wecken können, doch habe sich die genossenschaftliche Selbstverwaltung bewährt und solle erhalten bleiben, sagte Schramm.

Die Gründung einer „Deutschen Genossenschaftsbank AG" als zentralistisches Mammutinstitut für eine stärkere Absicherung lehne er als „tödlichen Fehler und abwegig" ab. Es gebe genug Großbanken in der Bundesrepublik. Die Genossenschaftsbanken sollten örtliche Eigenständigkeit und Selbstverwaltung behalten. Das habe sich als erfolgreiches System der Solidargemeinschaft bewährt.

NEUE HEIMAT / Gläubiger-Banken müssen weiteres Moratorium gewähren

Unlösbare Aufgabe für Diether Hoffmann

JAN BRECH, Hamburg

Der gelernte Bankier Diether Hoffmann, Chef der Unternehmensgruppe Neue Heimat, hat anstrengende Arbeit im Kreis seiner früheren Kollegen hinter sich. Gestern sind die Vertreter der rund 80 Gläubiger-Banken zu einer zweiten Sitzung innerhalb von vier Wochen in Hamburg zusammengekommen.

Bislang haben die Geldinstitute, von denen die Westdeutsche Landesbank und die Bank für Gemeinwirtschaft die größten Gläubiger sind, fällige Kreditrückzahlungen bis Ende 1986 prolongiert. Um die Liquidität der NH auch künftig sicherzustellen, war nun ein weiteres Moratorium für rund 2 Milliarden DM Kredite notwendig. Für Hoffmann freilich sind Sitzungen dieser Art eher Nebenkriegsschauplätze. Trotz unermüdlicher Arbeit nämlich wird der Berg, den er abtragen soll, nicht kleiner.

Im Gegenteil, die Aufgabe erweist sich zunehmend als unlösbar. Hoffmann soll nicht nur den finanziellen Zusammenbruch verhindern, sondern auch das „emotionale Problem" Neue Heimat ein für alle Mal aus der Welt schaffen. Die Vorgänge um den wankenden Baukoloß stellen die Glaubwürdigkeit der Allianz von Gewerkschaften und Sozialdemokraten ständig neu in Frage.

Eine Rettung ohne Gesichtsverluste wird Hoffmann jedoch nicht zustande bringen. Nachdem die Gewerkschaften keine Mittel zur Sanierung mehr bereitstellen wollen, ist Hoffmann auf eine Lösung aus eigener Kraft angewiesen. Die Geldnot ist so groß, daß Eile geboten ist. Aber der scheibchenweise Verkauf von Wohnsilos an Dritte stößt immer mehr auf Widerstand. Hoffmann und alle anderen wissen aber, daß eine „sanfte Landung" nur über Substanzverwertung möglich ist. Den politischen Scherbenhaufen vor Augen, scheint die NH ihre Wohnungssiedlungen einschließlich Anlagen und noch unbebauter Grundstücke nun doch vorrangig und ohne Bedingungen an die Kommunen und Länder verkaufen zu wollen, die ihrerseits ein großes Interesse haben, die Unruhen an der Mieterfront einzugrenzen.

Mag sein, daß die komplette Zerschlagung der Gruppe die einzig mögliche Lösung ist, um den Schaden in Grenzen zu halten. Politisch ist die öffentliche Übernahme des Wohnungs-Bestandes der NH aber noch bedenklicher als der Verkauf an private Dritte. Die Entschuldung der Neuen Heimat besorge dann nämlich die Allgemeinheit. Es muß bezweifelt werden, ob die Gewerkschaften, die als Gesellschafter in allen Funktionen krass versagt haben, mit den rund 1,7 Mrd. DM, die sie zur Sanierung aufgebracht haben, sich so von ihrer Verantwortung endgültig freikaufen können.

FRANKREICH / Börse spekuliert auf Reprivatisierung

Hoffen auf Ausländerkäufe

J.Sch. Paris

Die sozialistische Nationalisierungsaktion hatte aus zwei Gründen die französischen Aktienkurse in die Höhe getrieben: Erstens spekulierte man (zu Recht) darauf, daß sich die Regierung zu einer großzügigen Entschädigung entschließt, und zweitens war nach der Verstaatlichung der sieben größten Industriekonzerne sowie fast aller Banken das Angebot an Aktien stark geschrumpft, während die Nachfrage nicht zuletzt aus den Entschädigungszahlungen kräftig zunahm.

Nunmehr scheint man an der Pariser Börse immer mehr damit zu rechnen, daß die bürgerlichen Rechtsparteien die Parlamentswahlen vom nächsten Frühjahr gewinnen. Nach deren Wahlversprechen müßten die neu sowie auch einige früher verstaatlichte Gesellschaften in mehreren Etappen reprivatisiert werden – und wie man meint, zu attraktiven Bedingungen.

Diese bisher eher unterschwelligen Überlegungen sind inzwischen aufgrund einer hier stark beachteten Untersuchung des internationalen Technimetric-Instituts von New York bestätigt worden. Darin wird vorausgesagt, daß sich die französischen Aktienkurse in den nächsten vier Jahren allein dadurch verdreifachen könnten, daß das Ausland seine Investitionen an der Pariser Börse verstärkt, selbst wenn die neue Regierung – wie von Oppositionsführer Chirac angekündigt – *die Auslandsbeteiligungen* an den reprivatisierten Gesellschaften auf zehn bis 20 Prozent begrenzen sollte.

Die derzeitige Pariser Börseneuphorie – tägliche Indexgewinne von mehr als einem Punkt seit Anfang dieser Woche – steht im Widerspruch zu den Voraussagen der Maklerkammer. Ihr Syndikus erklärte erst vor wenigen Wochen, daß bis zu den Wahlen eher mit nachgebenden Kursen zu rechnen sei, da die Börse ungewisse Verhältnisse nicht liebe und bedacht werden müsse, daß die Franzosen nach einer Lockerung des sozialistischen Mieterschutzgesetzes aus den Aktien in die Immobilien umsteigen.

SCHIFFBAU / Bericht der EG-Kommission über Lage in Europa – Kritik an Japan

Absatzrückgang hält noch Jahre an

WILHELM HADLER, Brüssel

Die internationale Schiffbaukrise hat ihren Höhepunkt noch nicht erreicht. Diese Voraussage macht die EG-Kommission in ihrem jetzt veröffentlichten Jahresbericht über die Lage der europäischen Werften. Der Absatzrückgang werde weltweit noch mehrere Jahre anhalten. Besonders die Werften, deren Beschäftigung bereits in der Vergangenheit geschrumpft sei, würden „die größten Schwierigkeiten haben, den nächsten Aufschwung Anfang der neunziger Jahre zu erleben".

Gestützt wird diese pessimistische Einschätzung auf Zahlenmaterial der Westeuropäischen Schiffbauvereinigung (AWES). Danach kann davon ausgegangen werden, daß im Zeitraum von 1984 bis 1987 weltweit jährlich Schiffe mit einer Gesamttonnage *von 11,1 Millionen Bruttoregistertonnen* (BRT) fertiggstellt werden, was einem Rückgang von 19 Prozent gegenüber der vorausgegangenen Fünf-Jahres-Periode entsprechen würde. Für 1987 bis 1990 ist (wie 1979 bis 1983) mit jährlichen Ablieferungen von 13,6 Mill. Tonnen zu rechnen, erst für 1990 bis 1995 erwarten die Schiffbauer wieder bessere Zeiten (18,2 Mill. Tonnen).

Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß in einigen Entwicklungsländern der Aufbau der Werftindustrie noch in vollem Gang ist. Immer mehr Betriebe müssen sich daher in die unzureichenden Aufträge teilen. Die EG bemüht sich unter anderem über ihren Regionalfonds die erforderlichen Umstellungen zu erleichtern. Auch eine Stillegung von Schiffen, die den modernen Sicherheitsanforderungen nicht genügen, würden nach EG-Meinung indirekt dazu beitragen, Angebot und Nachfrage wieder ins Gleichgewicht zu bringen.

Hart ins Gericht geht die Kommission in ihrer Veröffentlichung mit den Japanern: Die „Jagd nach Aufträgen um jeden Preis" habe dazu *geführt, daß die japanischen Werften* 1984 ihre Produktion um 36 Prozent ausgebreitet hätten, während die Schiffbauunternehmen aus der Gemeinschaft um 20 Prozent „zurückstecken" mußten. Die japanische „Bauwelle" sei von der Marktlage her völlig abwegig und trage nur dazu bei, den Ausgleich von Angebot und Nachfrage auf Jahre zu blockieren. „Kapazitäten und Kapazitätsausnutzung entziehen sich dort anscheinend jeder Kontrolle und die Folgen sind dann auch verheerend bei dem Marktanteil von 50 Prozent, den die japanischen Werften halten."

Nach dem EG-Bericht drückten die japanischen und koreanischen Werften die Preise weiter nach unten, dadurch sei es zu „spekulativen Ordern" gekommen, die den Kapazitätsüberhang weiter vergrößert und die Bemühungen der Europäer um eine Umstrukturierung und eines Abbaus der öffentlichen Subventionen unterlaufen hätten.

1984 wurden in der EG 2,3 Mill. BRT Schiffsraum fertiggestellt, rund 60 Prozent weniger als 1983, obwohl erneut Kapazitäten abgebaut wurden – zwischen 1976 und 1984 rund 40 Prozent – lag die durchschnittliche Auslastung bei nur 60 Prozent. 1984 bauten die Werften der EG fast 15 Prozent ihres Personalbestandes ab. Für die letzten zwei Jahre ergab sich ein Verlust von 26 000 Arbeitsplätzen oder 23 Prozent.

HOECHST / Weniger Chemieeinsatz auf den Feldern

Chancen im Pflanzenschutz

JOACHIM WEBER, Frankfurt

Die Hoechst AG, Frankfurt, derzeit sechstgrößter Pflanzenschutzmittel-Anbieter der Welt, will ihre Position in diesem Markt bis 1990 weiter verbessern. Neben dem Ausbau der weltweiten Beratungs- und Vrkaufsorganisation soll dazu vor allem die intensive Forschung und Entwicklung beitragen, für die 13 Prozent der Weltumsätze von 2,2 (2) Mrd. DM aufgewandt werden.

Damit ist der Pflanzenschutz der wissenschaftlich aufwendigste Sektor im Höchster Landwirtschaftsschutzbereich. Auf ihn ist es denn auch in erster Linie gemünzt, wenn Vorstandsmitglied Hansgeorg Gareis feststellen kann, daß „sich in den letzten Jahren Möglichkeiten aufgetan haben, die zwar teuer sind, die aber Expansionsmöglichkeiten eröffnen".

Insgesamt will der Chemiekonzern 1985 mit Landwirtschaftsprodukten rund 3,38 (3) Mrd. DM umsetzen. Dazu wird der Pflanzenschutz rund zwei Drittel beitragen, der Veterinärbereich kommt mit 724 (613) Mill. DM auf einen Anteil von 21 Prozent, und die heftig gestutzten (und danach wieder verlustfreien) Düngemittel bilden mit 439 (365) Mill. DM und 13 Prozent Umsatzanteil das Schlußlicht. Weltweit beschäftigt der Bereich rund 5000 Mitarbeiter, davon etwa die Hälfte in Deutschland. Trotz aller Wachstumsfreude sieht Gareis es als „eines der großen Ziele der Forschung", den Chemieaufwand auf den Feldern zu vermindern.

Etwa 80 Prozent der im deutschen Konzernteil produzierten Pflanzenschutzmittel werden exportiert, 85 Prozent davon wiederum in Industriestaaten. Da dort ähnliche Registrierungsanforderungen gelten wie in der Bundesrepublik, halten die Höchster die im politischen Raum geforderten weitgehenden Exportregelungen für überflüssig.

ÖSTERREICH / Gesamter Vorstand des Volksbanken-Spitzeninstituts trat zurück

Sanierung noch nicht abgeschlossen

WOLFGANG FREISLEBEN, Wien

Mit dem Rücktritt eines gesamten Bankvorstandes des sektoralen Spitzeninstituts ÖVAG (Österreichische Volksbanken AG) – mit einer Bilanzsumme von 46 Milliarden Schilling (6,4 Mrd. DM) Österreichs zehntgrößte Bank – erreichte in Österreich die Diskussion um die Sanierung des Volksbanken-Sektors ihren bisherigen Höhepunkt.

Die 115 Volksbanken haben in Österreich einen Marktanteil von sechs Prozent (Raiffeisen: 30, Sparkassen: 20 Prozent, Rest Aktienbanken). In den vergangenen Jahren kam es immer wieder zu finanziellen Notlagen einzelner Institute. Die Probleme wurden stets mit Solidaritätsbeiträgen der übrigen Institute bereinigt. Insgesamt sind nach groben Berechnungen während der letzten zehn Jahre rund 1,5 Mrd. Schilling für Sanierungszwecke aufgebracht worden. Weitere 500 Millionen sind noch offen.

Darüber hinaus werden nochmals rund 500 Millionen als Sanierungserfordernis für rund 30 Institute genannt, die derzeit noch in Schwierigkeiten stecken. In Bankenkreisen werden sogar Summen zwischen zwei und drei Milliarden Schilling kolportiert, die für eine endgültige Sanierung notwendig seien. Darin dürften allerdings Beträge zur Eigenkapitalstärkung gemäß den zu erwartenden Richtlinien des neuen Kreditwesengesetzes enthalten sein.

Der nunmehrige Krach an der Spitze hatte sich schon vor Monaten angekündigt. Denn immer wieder war es zu schweren Auseinandersetzungen auch in der Öffentlichkeit zwischen den ÖVAG-Managern und der Funktionärsspitze des Volksbanken-Verbandes über die notwendigen Sanierungsmaßnahmen gekommen. Während ÖVAG-Generaldirektor Robert Wychera immer mehr Eingriffsrechte nicht nur hinsichtlich der Überwachung der einzelnen Institute, sondern auch durch die Entsendung von Bevollmächtigten der ÖVAG zu einzelnen Instituten forderte, wurde dies von der Mehrheit der nach dem Prinzip Schultze-Delitsch genossenschaftlich organisierten Volksbanken abgelehnt.

Nachdem auch vom Staatskommissar bereits im Frühjahr über die Sanierungsprobleme berichtet worden war, verlangte Finanzminister Franz Vranitzky von den ÖVAG-Managern einen Lagebericht. Dieser wurde zwar im September abgegeben, vom Aufsichtsrat der ÖVAG aber nicht zur Kenntnis genommen. Ja, die Verbandsspitze schickte sogar gleichsam eine Gegendarstellung ins Finanzministerium, in der sie den Ernst der Situation herunterspielte – einzig in dem akut erforderlichen Finanzbedarf von 500 Millionen herrschte Übereinstimmung (diese sind auch vom Verband offiziell als Staatshilfe beantragt worden).

NACHRICHTEN AUS DEM AUSLAND

Exporterlöse gesunken

Washington (VWD) – Die Exporterlöse der Entwicklungsländer fielen im ersten Halbjahr nach Angaben des Internationalen Währungsfonds (IWF) mit 237,4 Mrd. Dollar um 8,9 Prozent geringer aus als zur gleichen Vorjahreszeit. Asien steigerte sein Exportvolumen geringfügig um 0,6 Prozent auf 87,1 Mrd. Dollar. Die Ausfuhren aus den Ländern des Nahen Ostens gingen um 19,6 Prozent auf 54,1 Mrd. Dollar zurück. Für Lateinamerika liegt dem IWF keine Gesamtsumme vor. Brasiliens Ausfuhren sanken um 7,4 Prozent, Chiles um 4,5 Prozent und Perus um 4,1 Prozent.

Finnland tritt Efta bei

Genf (dpa/VWD) – Der Ministerrat der Europäischen Freihandelsassoziation (Efta) hat den Beitritt Finnlands als Vollmitglied gebilligt. Der Schritt war nur eine Formsache, da Finnland schon seit 1961 mit der Efta durch ein Assoziierungsabkommen verbunden ist und seither wie die übrigen Mitglieder an allen Efta-Aktivitäten teilgenommen hat.

Falsche Gerüchte?

Washington (rtr) – Wall-Street-Profis sollen angeblich falsche Übernahmegerüchte verbreitet haben, um die Aktienkurse der betroffenen Gesellschaften anzuheizen. Die amtliche amerikanische Börsenaufsicht- und Wertpapierkommission (SEC) will jetzt versuchen, diesen Vermutungen auf den Grund zu gehen. Derzeit prüft die SEC mehr als 35 Fälle mutmaßlicher Insider-Geschäfte.

Deutsche Firmen gefragt

Neu Delhi (dpa/VWD) – Für eine stärkere Beteiligung deutscher Unternehmen vor allem in den Bereichen der neuen Technologien haben sich Vertreter der Regierung und Wirtschaft Indiens ausgesprochen. Dies wurde in ersten Gesprächen zwischen Vertretern des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) mit indischen Unternehmern sowie Indiens Industrieminister N.D. Tiwari in Neu Delhi deutlich. Die BDI-Delegation bleibt neun Tage auf dem Subkontinent auf.

Mehr Tauschhandel

Johannesburg (dpa/VWD) – Zur Unterstützung der Privatwirtschaft hat der südafrikanische Staatspräsident Botha die Gründung eines „Sekretariats für unkonventionellen Handel" angekündigt. Dieses Gremium soll sich unter anderem mit Fragen des bargeldlosen Tauschhandels auf internationaler Ebene befassen, erklärte Botha in Johannesburg. Es soll dem Bemühen Südafrikas dienen, wirtschaftlichen Sanktionen auf unkonventionelle Weise zu begegnen.

Gold in Nordirland

Belfast (AP) – In den Sperrin-Bergen Nordirlands ist eines der größten Goldvorkommen Europas gefunden worden. Nach Einschätzung von Experten dürfte sich der Abbau des Edelmetalls lohnen. Geologen hatten seit längerem in den in der Grafschaft Tyrone gelegenen, bis zu knapp 700 Meter hohen Bergen Gold vermutet. Goldwäscher haben auch aus Bächen und Flüssen kleinere Mengen des kostbaren Metalls gewonnen.

Niedrige Verschuldung

Paris (J. Sch.) – Die inländische Verschuldung Frankreichs liegt unter der der anderen sechs größten westlichen Industriestaaten. Im letzten Jahr erreichte sie mit 1200 Mrd. Franc (knapp 400 Mill. DM) 34,8 Prozent des Bruttosozialprodukts gegenüber 42,2 Prozent in der Bundesrepublik. [illegible] war der französische Staat allerdings erst mit einem Viertel des Sozialprodukts verschuldet gewesen.

NAMEN

Karl-Heinz Hatzfeld, Executive Vice President und Sheraton Europa-Manager hat seinen Dienstsitz von Denham bei London ins Sheraton Hotel am Frankfurter Flughafen Rhein-Main verlegt.

Hans Jürgen Storck, lange Jahre im Mannesmann-Konzern tätig, ist am 1. November 1985 in die Geschäftsführung des Landmaschinen-Herstellers Claas oHG, Harsewinkel eingetreten. Er ist gleichzeitig Generalbevollmächtigter des persönlich haftenden Gesellschafters **Helmut Claas** und stellvertretender Vorsitzender der Geschäftsführung.

Dr. Alfred Voßschulte, Präsident der Industrie- und Handelskammer (IHK) zu Dortmund, feierte am 1. November seinen 60 Geburtstag.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, [illegible] [illegible]

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Gieskes, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Bonner Korrespondenten-Redaktion: [illegible]

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Deutschland-Korrespondenten Berlin: [illegible]

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; [illegible]

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: [illegible]

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 51, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Telefon (0 69) 77 90 11 – 13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Telefon (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

[illegible]

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp

AXEL SPRINGER VERLAG / Straffung im Vorstand

„Offensive Marktpolitik“

DW. Berlin

Durch einen neuen Geschäftsverteilungsplan strafft der Vorstand der Axel Springer Verlag AG, Berlin, seine künftige Arbeit. Dafür gab der Aufsichtsrat des Unternehmens gestern grünes Licht. Mit der Umorganisation unterstreicht der Vorstand seine verlegerische und unternehmerische Verantwortung. Eine „offensive Marktpolitik“ soll den Verlag für die Herausforderungen und Strukturveränderungen der Branche rüsten.

Nach dem Tod des Verlegers Axel Springer, der als Ehrenvorsitzender der Gesellschaft die letzte Entscheidung in verlegerischen Fragen hatte, will das Unternehmen durch die Straffung die Weichen für die Zukunft stellen. Den Vorsitz des Vorstandes behält Peter Tamm. Die Neuordnung diene vor allem der Stärkung der Zeitungen und Zeitschriften, teilt das Unternehmen mit. Beide Bereiche sind deshalb zu einem Verlagsbereich zusammengefaßt: Günter Prinz (stellvertretender Vorstandsvorsitzender) wurden die redaktionellen Fragen übertragen und Christian Herfurth die Verlagsaufgaben.

Die gemeinsamen Vertriebs- und Anzeigeninteressen aller Zeitungen und Zeitschriften des Hauses Springer werden im neuen Vorstandsbereich „Marketing“ gebündelt, zu dessen Leiter das Vorstandsmitglied Dr. Horst Keiser berufen wurde. Hans-Peter Scherrer soll als Vorstandsmitglied Sonderaufgaben wahrnehmen. Darüber hinaus gliederte der Aufsichtsrat dem Vorstand einen Bereich Stabsabteilungen an, dessen Leitung Ehrhard van Straaten als stellvertretendem Vorstandsmitglied übertragen würde.

Die Trennung zwischen den marktorientierten Bereichen Zeitungen, Zeitschriften, Marketing und neue Medien einerseits sowie den Dienstleistungsbereichen Technik, kaufmännische Verwaltung, Personal und Stabsabteilungen andererseits, diene einer offensiven Marktstrategie, betont das Unternehmen. Nach dem AR-Beschluß von gestern setzt sich der neue Vorstand wie folgt zusammen: Peter Tamm (Vorsitz), Günter Prinz (Stellvertreter) und Christian Herfurth (Zeitungen und Zeitschriften), Dr. Horst Keiser (Marketing), Günther Klenke (Personal), Dr. Claus Liesner (Kaufmännische Verwaltung), Hans-Joachim Marx (Technik), Hans-Peter Scherrer (Sonderaufgaben) sowie Ehrhard van Straaten als stellvertretendes Vorstandsmitglied (Stabsabteilungen).

Im Zuge dieser Neuordnung hat Helmut Nahrmann sein Amt als Vorstandsmitglied zum 30. November 1985 „in gutem Einvernehmen“ niedergelegt. Auch Ernst Hillenbrand und Hans Jürgen Mesterharm haben darum gebeten, ihre Dienstverträge einvernehmlich zu beenden. Diesem Wunsch sei entsprochen worden. Unberührt von den Veränderungen bleiben die Geschäftsführungsbereiche von Wolfgang Müller (Neue Medien) und von Rolf von Bargen. Beide sind weiterhin dem Vorstandsvorsitzenden direkt zugeordnet. Claus-Dieter Nagel, bisher Leiter des Verlegerbüros, ist zum Leiter der Stabsstelle Information und Öffentlichkeitsarbeit berufen worden.

GOLD / Degussa-Vorstandsvorsitzender Becker sieht wenig Chancen für Preisanstieg

Schätzung der Reserven kaum möglich

HARALD POSNY, Düsseldorf

Wenig Chancen für neue Einsatzgebiete, einen höheren Verbrauch und einen Preisanstieg von Gold sieht die Degussa AG, die im Handel und in der Verarbeitung von Edelmetallen tätig ist. Nach den Worten des Degussa-Vorstandsvorsitzenden Gert Bekker muß bei steigenden Preisen sogar mit einem unwiderruflichen Rückgang des industriellen Verbrauchs gerechnet werden. Zur Zeit liegt der Preis je Feinunze Gold bei 325 Dollar.

Vor der Wirtschaftspublizistischen Vereinigung in Düsseldorf sagte Becker, daß über die Hälfte des industriellen Goldverbrauchs auf die Schmuckwarenherstellung entfalle, die am elastischsten auf Preisveränderungen reagiere. Beim nächstgrößten Verbraucher, der Elektroindustrie werde seit der Verteuerung der Edelmetalle die Anwendung von Gold ständig verringert. Die Verwendung von Gold im Bereich von Dental-Legierungen dürfte auch zurückgehen, da neue Legierungen mit weniger oder ohne Gold die klassischen Zahngold-Legierungen aus Kostengründen ersetzten.

Becker wies auch darauf hin, daß ein steigender Goldpreis nicht automatisch zu höheren Fördermengen der Minen führt. Die Minen pflegten bei höheren Goldpreisen auf weniger goldhaltiges („ärmeres“) Gestein zurückzugreifen, so daß sich die wertmäßige Produktion einer Mine nicht ändert, die Fördermenge aber kleiner ist.

Die Welt-Bergwerksproduktion von Gold lag 1983 bei 1400 t, letztes Jahr bei 1428 t und wird im laufenden Jahr auf 1505 t geschätzt. Die Zuwächse stammten weitgehend aus neuen Minen in Kanada, Brasilien, USA und Australien. Selbst wenn die Neumengen einen Umfang von jährlich 200 t erreichten, wäre dies nach den Worten Beckers angesichts des heutigen Goldpreises „nur“ ein Wertvolumen von 6,5 Mrd. DM. Dieser Betrag sei relativ bescheiden gegenüber der Menge sogenannten heißen Geldes, die sofort eingesetzt werden könnte, wenn die Flucht in Gold opportun erscheine. Gold würde dann wieder eine „Versicherungsfunktion“ übernehmen, und dies zunächst bei vielleicht sogar stark steigenden Preisen, da enorme Kapitalmengen auf ein noch relativ begrenztes Angebot vorhandenen Goldes treffen würden.

Prognosen über die Welt-Goldvorräte gibt es nicht. Von einer Erschöpfung könne aber nicht die Rede sein. Brasilien, nach Südafrika und Australien bedeutendster Lieferant, habe in den letzten Jahren die Förderung von zehn auf jetzt 50 t jährlich gesteigert. Es könne sogar damit gerechnet werden, daß noch mehr produziert und außer Landes gebracht werde. Der Übergang zur industriellen Förderung würde die Mengen sicher steigen lassen. Jedoch: Unterhalb eines Preises von 200 Dollar je Unze würden beachtliche Teile der Produktion unrentabel.

Südafrika wird nach den Angaben des Degussa-Chefs auch künftig Gold auf den Markt bringen, „wer auch immer dort am Ruder ist“. Gold sei für den Staat und seine Wirtschaft zu wichtig, so daß man sich einen Produktionsstopp sicher überlegen werde. Auch Papua-Neuginea empfiehlt sich als Goldlieferant. Eine 10-prozentige Degussa-Beteiligung, die vor einiger Zeit noch Schwierigkeiten über Fördermodalitäten mit der Regierung hatte, produziert seit Mai jetzt planmäßig und komme 1986 auf eine Produktion von etwa drei Tonnen.

Platin erhält zunehmend Bedeutung als Gold-Konkurrent. Derzeit importiere Japan jährlich 12 Tonnen Platin, seit eine gut gemachte Werbung den Japanern klargemacht hat, daß Platin auf ihrer dunklen Haut wesentlich besser aussieht.“ Gegenwärtig sei der Platinpreis je Gramm gegenüber Gold in der Bundesrepublik mit 28,40 DM knapp 40 Pfennig höher. Da die Platinverarbeitung teurer als die von Gold ist, sei ein Platin-Wiederverkauf nur bei wesentlich höheren Platinpreisen möglich, um den Einstandspreis zurückzuerhalten.

BOSCH / „Zielstrebig in die Höhle des Löwen“

Neue Kooperation in Japan

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Der Stuttgarter Elektro- und Elektronik-Konzern Bosch verstärkt Zug um Zug seine Aktivitäten auf dem japanischen Markt. Neuester Vorgang: Der Geschäftsbereich Fernsehanlagen der Robert Bosch GmbH hat mit der FOR-A Ltd., Tokio, einem der führenden japanischen Hersteller technischer Studioanlagen, eine Vertriebskooperation vereinbart. Danach wird FOR-A das gesamte Programm des Bosch-Bereichs Fernsehanlagen in Japan mitvertreiben. FOR-A-Präsident Keizo Kiyohara sieht aufgrund der effizienten eigenen Verkaufsorganisation, der Engineering-Leistungen und des Renommees auf dem Gebiet der Systemlösungen für beide Partner große Chancen.

Im Produktsektor der Fernsehanlagen, in dem Bosch zu den bedeutendsten Anbietern zählt, werden Fernsehstudios und Übertragungswagen mit videotechnischen Anlagen ausgerüstet sowie Videoeinrichtungen für angewandtes Fernsehen in Wissenschaft, Erziehung und Verkehr hergestellt. Dieser Geschäftsbereich, der seinen Sitz in Darmstadt hat und rund 2000 Mitarbeiter beschäftigt, ist Teil der Bosch-Sparte Telekommunikation (einschließlich Unterhaltungselektronik), in dem nach jüngsten Angaben etwa 40 000 Mitarbeiter beschäftigt sind und gut 5 Mrd. DM umgesetzt werden.

Die neuerliche Kooperation mit einem japanischen Partner ist als ein Teil des Konzepts zu sehen, zielstrebig – wie es der Bosch-Aufsichtsratsvorsitzende Hans L. Merkle einmal formulierte – in die „Höhle des Löwen“ zu gehen. Die ersten Geschäftsbeziehungen von Bosch mit Japan reichen in das Jahr 1911 zurück. Zunächst wurde eine Reparaturwerkstatt in Yokohama errichtet. Später lag der Schwerpunkt zunächst im Bereich der elektrischen Kraftfahrzeugausrüstung, bis dann Bosch auch mit anderen Produkten wie Kühlschränken, Unterhaltungselektronik oder auch Hochfrequenzwerkzeugen am japanischen Markt einstieg. Im Jahr 1984 erzielte die Bosch-Gruppe in Japan einen Umsatz von über 110 Mill. DM.

Heute ist das Unternehmen u. a. durch eine eigene Vertriebsgesellschaft Robert Bosch Japan Ltd., Tokio, in Nippon präsent. Minderheitsbeteiligungen bestehen an der Diesel Kiki Co. Ltd., und der Nippondenso Co. Die Japan Eletronic Control System, ein gemeinsam von Nissan, Diesel Kiki und Bosch gegründetes Unternehmen, produziert Einspritzsysteme. Zusammen mit Toray Engineering gründete Bosch 1982 die Robert Bosch Packaging Machinery. In einem Joint Venture mit Nippon Air Brake werden Bosch-Antiblockier-Systeme (ABS) für Japan gebaut.

BMW / Auf den Spuren des Rekordjahrs 1984

Keine Verlobung mit MBB

DANKWARD SEITZ, München

„Ist es nützlich, ein Junior-Partner der öffentlichen Hand zu sein?“ Für Eberhard von Kuenheim, Vorstandsvorsitzender der Münchner BMW AG, ist dies kaum vorstellbar. Und daher wird es „angesichts der bei MBB gegebenen Konstellationen nicht zu einer Verlobung kommen“. So klar diese Antwort auch sein mag – an der Börse hatten in den letzten Tagen Versionen die Runden gemacht, der Autokonzern wolle sich an dem Münchner Luft- und Raumfahrtkonzern MBB Messerschmitt-Bölkow-Blohm beteiligen –, eine Frage läßt der BMW-Chef offen: Was wäre, wenn die an MBB beteiligten Länder sich von ihren Anteilen trennen wollten?

Für Kuenheim ist es reine Börsenphantasie, ausgelöst durch die Übernahmen des Stuttgarter Konkurrenten von Dornier, MTU und AEG. Natürlich müsse sich ein Unternehmen wie BMW immer überlegen, ob es irgendwo etwas zu kaufen gibt. Was für das eine Unternehmen richtig sei, müsse aber für ein anderes noch lange kein Patentrezept sein. Bei allen möglichen Diversifikationen werde sich BMW voll und ganz auf Pkw und Motorräder konzentrieren; diese Hauptprodukte müßten dann von einem Zukauf profitieren. Und man müsse sich überlegen, ob man „nur die Rosinen oder den ganzen Kuchen“ will. In diesem Zusammenhang bestätigte Kuenheim, daß BMW gerne („so Gott will“) seine bislang achtprozentige indirekte Beteiligung an der Kronacher Loewe Opta GmbH auf 31 Prozent aufstocken würde. Aus rein formalen Gründen sei dies derzeit leider noch nicht möglich.

Keine Sorgen wird BMW in den kommenden Jahren haben, so Kuenheim, seine liquiden Mittel im eigenen Unternehmen unterzubringen, wenn das neue Werk Regensburg im Herbst 1986 fertiggestellt ist. Die Intensivierung des Auslandsvertriebs und die Verbesserung der Produktpalette erforderten auch künftig hohe Investitionen, nachdem es schon 1985 in der AG über 900 (670) Mill. DM und im Konzern einiges über 1,0 (0,86) Mrd. DM sein werden. Beginnend mit der 7er-Reihe sollten ab 1986 bis 1989 neue Modelle und „sehr wesentliche Neuheiten“ auf den Markt gebracht werden. Auf keinen Fall werde man dabei bereits bestehende Designs nachempfinden, sondern eine „vollkommen eigene Linie fahren“.

Sehr zufrieden zeigte sich Kuenheim mit dem bisherigen Verlauf des Geschäftsjahres 1985. Wenn auch schließlich die Zuwachsraten etwas niedriger ausfallen dürften, werde das Jahr „wohl vergleichbar gut“ wie das Rekordjahr 1984 ausfallen. Die Pkw-Produktion dürfte knapp 450 000 (434 266) Einheiten erreichen und bei Motorrädern etwa 37 000 (34 000) Stück. Erwartet werden könne dabei ein Umsatz von rund 18 (16,5) Mrd. DM im Konzern und in der AG über 15 (13) Mrd. DM. Und derzeit verfüge man über einen Auftragsbestand, der „weit bis ins Jahr 1986“ reiche. Dabei zeigten nicht nur die Auslandsbestellungen nach oben.

In den ersten neun Monaten 1985 – und der Trend setzte sich nach Angaben von Kuenheims im Oktober weiter fort – verzeichnete BMW in der AG ein Umsatzplus von 12,4 Prozent auf knapp 10,4 Mrd. DM. (Konzern: plus 13,4 Prozent auf 13,5 Mrd. DM). Dabei ergab sich für das Inland, wo der Absatz um 9,8 Prozent auf 109 484 Pkw zurückging, noch ein kleines Umsatzplus von 0,2 Prozent auf 3,7 Mrd. DM. Das Ausland brachte dagegen 6,6 Mrd. DM (plus 20,8 Prozent) bei einem Absatzwachstum von 8,9 Prozent auf 212 866 Einheiten. Produziert wurden im gleichen Zeitraum 325 736 Autos (plus 4,4 Prozent) und 28 178 Motorräder (plus 16,3 Prozent).

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Motoren-Partner gesucht

Düsseldorf (J. G.) – Die Fried. Krupp GmbH, Essen, bestätigt, daß mit in- wie ausländischen Unternehmen Sondierungsgespräche über eine Kooperation auf dem Dieselmotorensektor der Kieler Konzerntochter Krupp MaK Maschinenbau GmbH laufen. Die MaK-Gruppe (1,2 Mrd. DM 1984er Umsatz, 4300 Beschäftigte, davon 1700 im Motorenbau) zählt sich mit ihrer Produktpalette „mittelschnellaufender“ Dieselmotoren (800 bis 13 500 PS) für Schiffsbetrieb und stationäre Dieselkraftanlagen zu den international führenden Herstellern. Wegen der schwierigen Marktverhältnisse für dieses Produkt soll die Belegschaft im Motorenbereich 1986 um 200 Leute abgebaut werden. Der Kooperationspartner, mit dem man auch Marktpotential und Verbreiterung der Motorenpalette gewinnen will, soll bis Jahresende gefunden sein.

Lebhaftes Geschäft

München (sz.) – Die günstige Zinsentwicklung im dritten Quartal 1985 bescherte der Süddeutschen Bodencreditbank AG, München, eine äußerst lebhafte Nachfrage im Hypothekengeschäft. So übertrafen die Darlehensabschlüsse allein in diesem Zeitraum das gesamte Volumen des relativ ruhigen ersten Halbjahrs. Von den gegenüber der Vorjahreszeit per Ende September unveränderten Darlehenszusagen von 1,6 Mrd. DM entfielen 514 (446) Mill. DM auf Hypotheken und 1,1 (1,2) Mrd. DM auf Kommunaldarlehen. Ausgezahlt wurden 1,6 (1,4) Mrd. DM, davon 413 (322) Mill. DM Hypotheken. An Schuldverschreibungen wurden 2,4 (2,7) Mrd. DM abgesetzt. Die Zinserträge beliefen sich auf 770,4 (745) Mill. DM bei Zinsaufwendungen von 712,4 (689) Mill. DM.

Über den Planzahlen

München (sz.) – Ein „zufriedenstellendes“ Ergebnis erwartet die Hutschenreuther AG, Selb, für das laufende Geschäftsjahr 1985, nachdem in den ersten neun Monaten alle „Planzahlen übertroffen“ wurden. Per Ende September konnte ein Umsatzplus von 6,1 Prozent auf 281,4 Mill. DM verzeichnet werden. Getragen wurde das Wachstum vom Export (plus 16,2 Prozent). Die Tochter Hutschenreuther-Keramag GmbH mußte wegen der unbefriedigenden Baukonjunktur ein Umsatzminus von zwölf Prozent hinnehmen.

Gut beschäftigt

Stuttgart (nl) – Die Allweiler-Gruppe, Radolfzell, bedeutender Hersteller von Pumpenausrüstungen, erwartet für das Jahr 1985 eine Steigerung der Auftragseingänge um über 10 Prozent. Auch rechne man mit einem verbesserten Ertrag. Das Stammhaus der Gruppe, die Allweiler AG, beging im September dieses Jahres ihr 125jähriges Firmenjubiläum.

Rückschlag bei den Aktien

Börsenkulisse stellte Kursgewinne sicher

DW. – Kurseinbußen zwischen 10 und 20 DM waren bei den Standardaktien an der Dienstagbörse keine Seltenheit. Der Berufshandel, nahm Glattstellungen vor, die angesichts fehlender Kaufaufträge aus dem Ausland nur zu deutlich ermäßigten Notierungen möglich waren. Obwohl sich im Verlaufe Rückkaufsneigung einstellte, war die Mehrzahl der Marktteilnehmer der Ansicht, daß die Aktien nunmehr eine längere Konsolidierungsphase vor sich haben, ohne dies allerdings mit Fakten belegen zu können.

Die Aktien der Deutschen Bank, die in jüngster Zeit trotz der in Vorbereitung befindlichen Kapitalerhöhung überdurchschnittlich gestiegen waren, lagen um mehr *als 20 DM schwächer*. Die Klarstellung der Bank über die geplante Beteiligungsholding hat den Papieren vorerst einmal den spekulativen Hintergrund genommen. Während Siemens um mehr als 10 DM zurückgenommen wurde, kamen AEG-Aktien mit einem sehr viel geringeren Tagesverlust davon. Unter Druck standen vor allem die in letzter Zeit favorisierten Maschinenbaupapiere, von denen einige sogar mit Minus angekündigt werden mußten. Angesichts der guten Beschäftigungs- und Auftragslage der Unternehmen wird deutlich, daß die Kursrückschläge keinen wirtschaftlichen, sondern einen markttechnischen Hintergrund haben können.

Frankfurt: Starke Kurseinbußen erlitten BBC mit minus 23 DM, IWKA mit minus 23,50 DM und Metallgesellschaft mit minus 33 DM. Henkel gaben um 14,30 DM nach. Henninger verteuerten sich um 20 DM und Enzinger Union zogen um 3,50 DM an.

Düsseldorf: Balcke Dürr stockten um 5,40 DM, DAT um 10 DM und Isenbeck um 7 DM auf. Nachgegeben haben Bilfinger um 10 DM, Keramag um 5 DM und Nino um 2 DM. Aachener Rück verloren 170 DM.

Hamburg: Beiersdorf schwächten sich um 5 DM und HEW um 1,50 DM ab. NWK-Vz. gaben um 2 DM und Bremer Vulkan um 2 DM nach. Phoenix Gummi verloren 1,80 DM. Holsten Brauerei mußten um 4,50 DM zurückgenommen werden. Reichelt stockten um 2 DM auf.

Berlin: Berliner Bank gaben um 6 DM, Herlitz St. um 7 DM nach. Demgegenüber konnten sich DUB um 7 DM verbessern. Mehr als 30 DM verloren Rheinmetall Stämme. Schering gaben um 10 DM, Kempinski um 5 DM nach.

München: Verbessern konnten sich Agrob St. um 4 DM, Erlus um 21 DM und Großkraft Franken um 5 DM. Spinnerei Kolbermoor erhöhten um 20 DM. Nachgegeben haben Bay. Lloyd und Bay. Harstein um je 10 DM und Brauhaus Coburg um 20 DM.

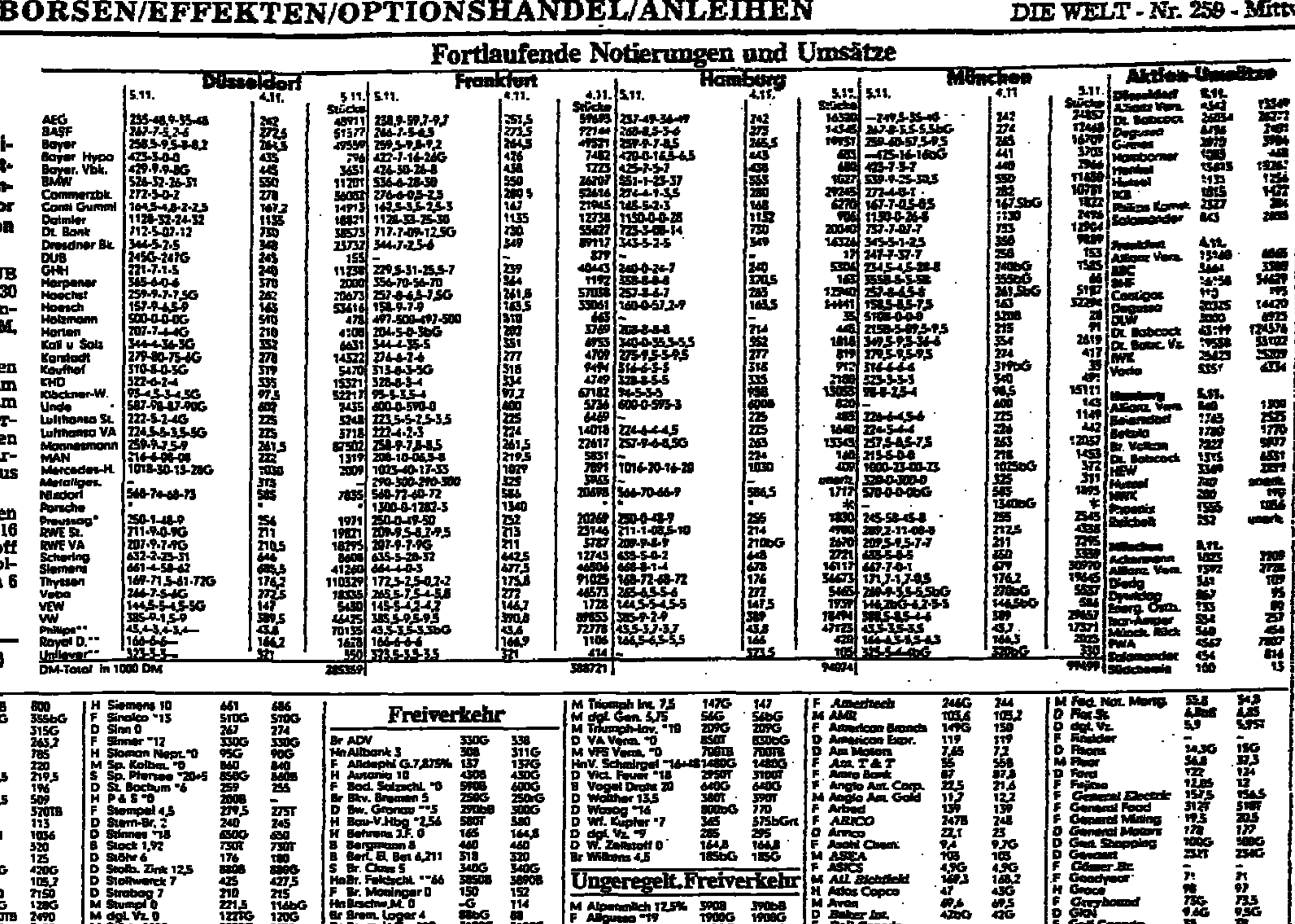
Stuttgart: Hesser verbesserten sich um 55 DM. ASS kosteten 16 DM mehr. Schwäbische Zellstoff waren um 16,90 DM gedrückt. Kolbenschmidt ermäßigten sich um 6 DM. *Daimler büßten 16 DM ein.*

Nachbörse: schwach

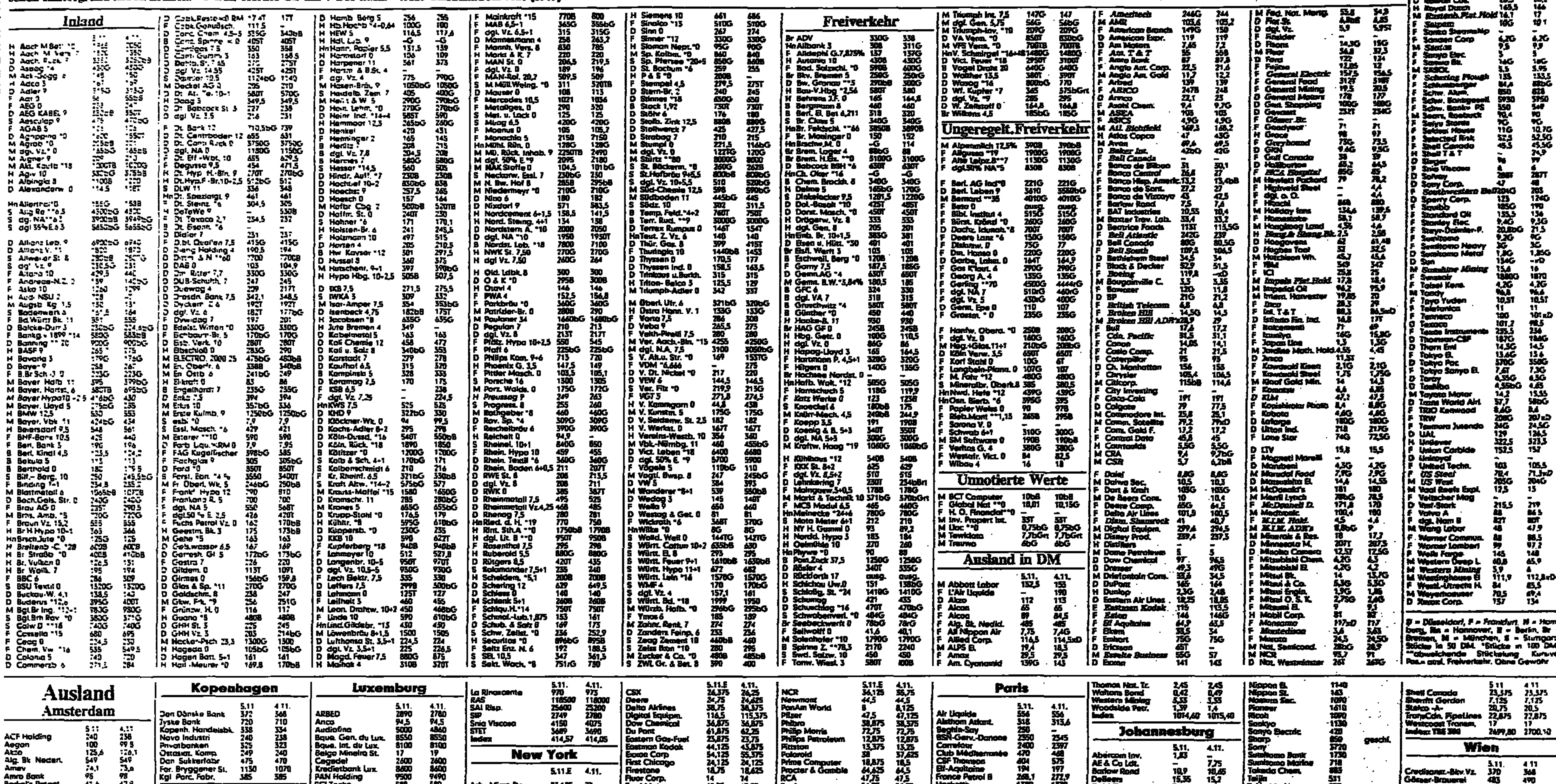
WELT-Aktienindex: 245,51 (252,38)
WELT-Umsatzindex: 5321 (5917)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf · Frankfurt · Hamburg · München · Aktien-Umsätze



Inland



Freiverkehr

Ungeregelter Freiverkehr

Unnotierte Werte

Ausland in DM

Ausland

Amsterdam

Brüssel

Hongkong

Kopenhagen

London

Luxemburg

Madrid

Mailand

New York

Paris

Johannesburg

Stockholm

Singapur

Sydney

Oslo

Tokio

Toronto

Wien

Zürich

Inlandszertifikate

Auslandszertifikate (DM)

Fremde Währungen

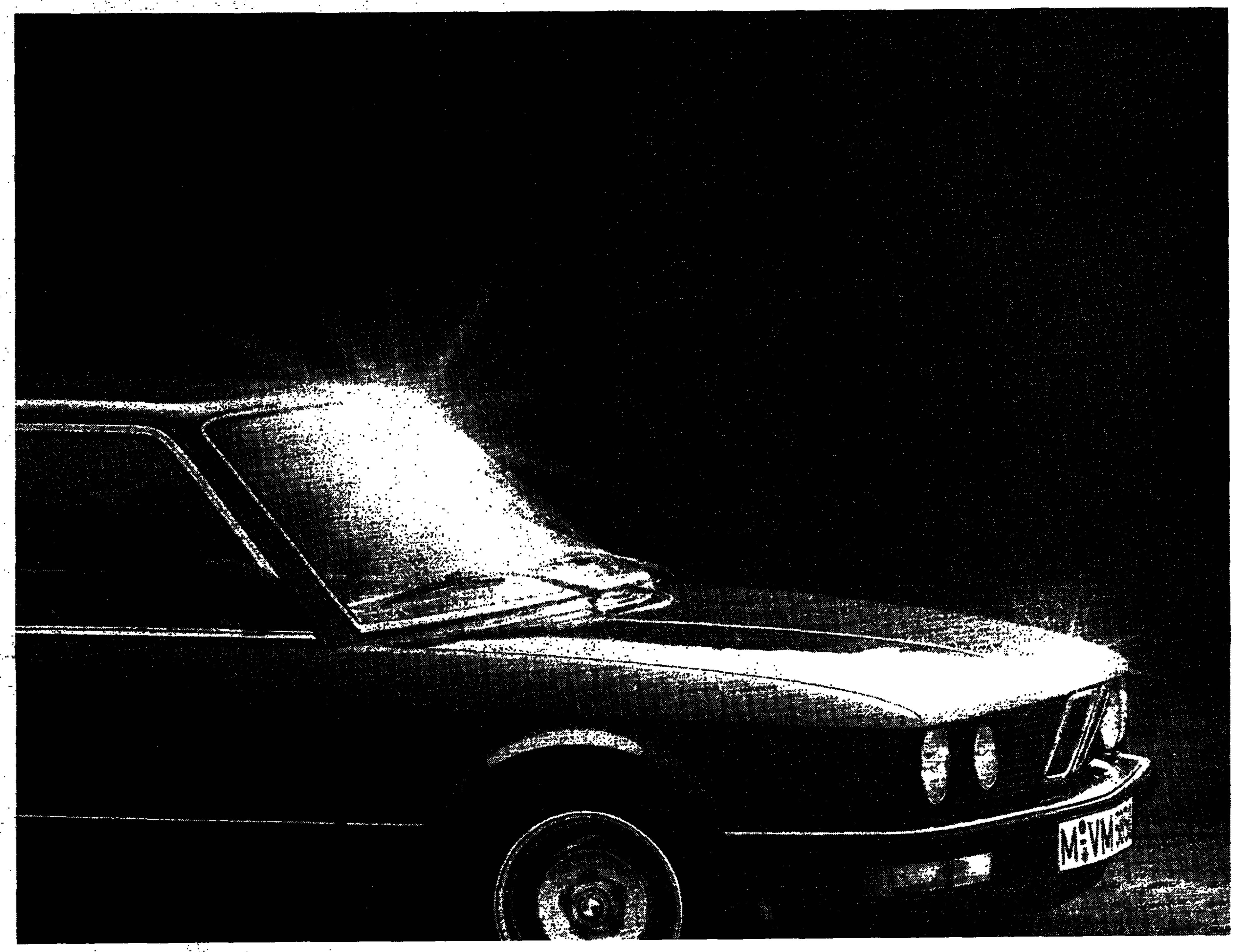
Optionshandel

Nullkupon-Anleihen (DM)

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

New Yorker Finanzmärkte

Styling-Qualität mißt man auch in °Celsius.



Schon ein einfaches Thermometer kann Ihnen zu der Erkenntnis verhelfen, daß Sie in einem BMW 5er gesünder fahren.

Jeder Arzt bestätigt es: Fahren in einem überhitzten Automobil bedeutet für den Körper *Schwerstarbeit*, eine enorme psychische und physische Anstrengung.
Deshalb müssen Automobile, die hohen qualitativen Anforderungen genügen sollen, so gebaut sein, daß sie sich nicht über Gebühr aufheizen.

Der Unterschied zwischen »unerträglich heiß« und »unvermeidlich warm« heißt BMW Konzept-Harmonie.

Den Beweis liefern Vergleichstests.
Ein Beispiel: Die Fachzeitschrift auto motor und sport (18/85) testete die verschiedenen neuen Automobile mit besonders auf c_w-Wert ausgelegten Karosserien.
Kommentar: »... der ..., vor zwei Jahren noch als Bratröhre eine Sonderklasse, ist mittlerweile in bester Gesellschaft.«

Die Grafik zeigt die Ergebnisse des Versuchs:
Die Aufheizung im Innenraum erreicht nach praxisnahen Parkzeiten in Kopfhöhe Temperaturen von Saunaformat.
ams resümiert: »Ein solches Treibhausklima belastet das Wohlbefinden der Insassen in einem Maß, daß bei längerer Fahrt eine Beeinträchtigung der Fahrtüchtigkeit zu erwarten ist.«

Ein guter c_w-Wert ist eine von vielen Verbesserungen beim Automobil. Bei BMW geht dieser Fortschritt aber nicht am Menschen vorbei.

BMW Automobile haben gute, aber bewußt keine extremen c_w-Werte (die BMW der 5er Reihe z.B. bis zu 0,36). Denn bei BMW profiliert sich ein Automobil beim Styling nicht auf Kosten der Fahrer. BMW Konstrukteure akzeptieren keine Kompromisse, die für den Fahrer zu weniger Konditionssicherheit führen – auch wenn der extreme c_w-Wert in der öffentlichen Diskussion zum Fortschritt beim Automobil einen breiten Raum einnimmt.
Wie schreibt ams: »Meist wird das Aufheizungsproblem einfach verdrängt, häufig kaltschnäuzig geleugnet, mitunter als Ausdruck einer verdeckten Technik-Feindlichkeit denunziert. Nach dem Motto: Trends sind dazu da, befolgt zu werden.« (ams 18/85)
Doch guter Rat ist gar nicht so teuer.
Halten Sie es mit den Fachtestern von auto motor und sport, die schrieben: »Was soll man also tun? Darauf gibt es nur eine Antwort, die das Übel an der Wurzel packt: vernünftige Autos kaufen – noch gibt es welche.«

Innenraum-Aufheizung in Abhängigkeit von der Zeit
°C: 40, 45, 50, 55, 60, 65
Zeit (min): 0, 50, 100, 150, 200
E, A, B, C, D
BMW 5er
Modell A, c_w-Wert 0,30
Modell B, c_w-Wert 0,33
Modell C, c_w-Wert 0,32
Modell D, c_w-Wert 0,30
Modell E, c_w-Wert 0,31

Die Grafik basiert auf in verschiedenen neutralen Untersuchungen ermittelten Meßwerten.

Machen Sie eine Probefahrt in einem BMW – zum Beispiel im 5er. Sie werden sofort feststellen:

Bei BMW ist und bleibt der Mensch das Maß aller Dinge.

Coupon

Bitte ausfüllen und absenden an BMW AG, Kundeninformation CHC, Leuchtenbergring 20, 8000 München 80.

Bitte schicken Sie mir Informations-Material zum
☐ 518i ☐ 520i ☐ 524td ☐ 525e ☐ 525i
☐ 528i ☐ 535i ☐ M 535i ☐ M5
☐ Ich wünsche einen Terminvorschlag für eine Probefahrt mit dem ____________

Name ____________
Vorname ____________
Straße ____________
PLZ ______ Ort ____________
Telefon ____________

Z 0040138

BMW in Btx * 20900#



BMW – aus Freude am Fahren

Warenpreise – Termine

Schwächer schlossen am Montag die Gold- und Silbernotierungen an der New Yorker Comex. Fester ging Kupfer aus dem Markt. Während Kaffee Verluste hinnehmen mußte, schloß Kakao wenig verändert.

Getreide/Getreideprodukte

[illegible]

Öle, Fette, Tierprodukte

[illegible]

Wolle, Fasern, Kautschuk

[illegible]

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	5.11.	4.11.
ELEKTROLYTKUPFER für Leitzwecke		
DEL-Not.*	367,24-370,43	363,28-366,46
BLEI in Kabeln	112,50-115,50	106,25-107,25
ALUMINIUM für Leitzwecke (VAW)		
[illegible]	455,00-458,50	455,00-458,50
[illegible]	464,00-464,50	464,00-464,50

* Auf Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller

Messingnotierungen

	5.11.	4.11.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	326-332	323-330
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	360	358
MS 63	347-349	344-347

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM/100 kg)	5.11.	4.11.
Leg. 225	315	315
Leg. 226	317	317
Leg. 231	350-352	350-352
Leg. 233	360-362	360-362

Preise für Abnahme von 1 bis 5 t frei Werk

Edelmetalle

	5.11.	4.11.
PLATIN (DM/g)	29,30	29,30

[illegible]

Internationale Edelmetalle

[illegible]

Erläuterung – Rohstoffpreise

[illegible]

Westd. Metallnotierungen

[illegible]

New Yorker Metallbörse

[illegible]

Zinn-Preis Penang

[illegible]

KUPFER (c/lb)	4.11.	1.11.
Nov.	60,50	60,20
Dez.	60,75	60,55
Jan.	61,15	60,90
März	61,70	61,50
Mai	61,95	61,55
Juli	62,40	62,10
Sept.	62,80	62,45
Umsatz	5200	-

Londoner Metallbörse

ALUMINIUM (c/lb)	5.11.	4.11.
mittl. Kasse	661,00-661,50	653,00-654,00
3 Mon.	685,50-686,00	677,75-678,00
BLEI (£/t)		
mittl. Kasse	279,00-280,00	265,50-266,50
3 Mon.	282,00-282,50	271,75-272,00
KUPFER Highergrade (£/t)		
mittl. Kasse	957,50-958,50	948,00-949,00
3 Monate	979,00-980,00	971,00-971,50
ab. Kasse	-	950,00-951,00
3 Monate	-	972,00-973,00
KUPFER-Standard		
mittl. Kasse	952,00-953,00	921,00-923,00
3 Monate	960,00-961,00	952,00-954,00
ZINK (£/t)		
mittl. Kasse	402,00-403,00	390,00-392,00
3 Monate	-	-
ZINN (£/t)		
mittl. Kasse	ausg.	ausg.
3 Monate	ausg.	ausg.
QUECKSILBER ($/Fl.)	-	270-280
WOLFRAM-ERZ ($/T-Einh.)	-	60-65

Energie-Terminkontrakte

HEIZÖL Nr. 2 – New York (c/Gallone)	4.11.	1.11.
Dez.	86,50-86,65	87,40-87,60
Jan.	86,15-86,25	87,05-87,15
[illegible]	[illegible]	[illegible]

[illegible]

Kartoffeln

[illegible]

Bauholz

Chicago ($/1000 Board Feet)	4.11.	1.11.
Nov.	144,20-143,80	145,30
Jan.	146,10-145,80	147,60-147,90
März	152,00-151,80	153,50
Mai	156,60-156,90	157,50-157,80

Devisenmärkte

Nachdem die gestrige, für den Dollar bedrohlich scheinende Situation sich entspannte, setzte sich am 5. 11. wieder eine positivere Einstellung zur Leitwährung durch. Man schließe wohl auch ein wenig auf die hohen Tagesgeldsätze am New Yorker Markt. Es stellte sich eine Aufwärtsbewegung von 2,60 auf 2,6125 ein. Die amtliche Notiz kam mit 2,6110 ohne Beteiligung der Bundesbank zustande. Im Nachmittagshandel konnte sich der Kurs knapp über 2,61 behaupten. Unter den meist festeren Währungen befand sich einmal mehr der Japanische Yen, der auf 1,2550 stieg. Im Freiverkehr gab der Australische Dollar um weitere 1,6 Prozent nach. US-Dollar in: Amsterdam 2,9440; Brüssel 52,800; Paris 7,9565; Mailand 1762,10; Wien 18,3540; Zürich 2,1479; Ir. Pfund/DM 3,092; Pfund/Dollar 1,4347; Pfund/DM 3,746.

Devisen und Sorten

5.11.85	Frankf. Geld	Devisen Brief	Wechs. Ank.-Kurs[4]	Frankf. Ankauf	Sorten* Verkauf
New York[1]	2,607	2,615	2,5827	2,56	2,64
London[2]	3,739	3,753	3,683	3,66	3,81
Dublin[2]	3,085	3,099	3,051	3,03	3,18
Montreal[1]	1,898	1,906	1,8801	1,85	1,95
Amsterd.	88,56	88,76	88,380	87,75	89,50
Zürich	121,46	121,66	121,59	120,00	122,75
Brüssel	4,932	4,952	4,889	4,80	5,00
Paris	32,725	32,885	32,45	31,75	33,50
Kopenh.	27,525	27,645	27,29	26,50	28,25
Oslo	33,19	33,31	32,605	32,25	34,00
Stockh.**	33,185	33,345	32,495	32,75	34,00
Mailand[3]**	1,477	1,487	1,4495	5,43	1,55
Wien	14,203	14,243	14,183	14,13	14,35
Madrid**	1,624	1,634	1,588	1,55	1,65
Lissabon**	1,60	1,62	1,573	1,20	2,00
Tokio	1,2535	1,2565	-	1,22	1,28
Helsinki	46,52	46,72	45,675	45,50	47,50
Buen.Air.	-	-	-	-	3,50
Rio	-	-	-	0,05	0,18
Athen* **	1,674	1,722	-	1,20	2,00
Frankf.	-	-	-	-	-
Sydney*	1,7345	1,7535	-	1,70	1,80
Johannbg.*	0,99	1,024	-	0,80	1,20

Alles in Hundert; [1] 1 Dollar; [2] 1 Pfund; [3] 1000 Lire
[4] Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; * nicht amtlich notiert
** Einfuhr begrenzt gestattet.

Die Europäische Währungseinheit (ECU) am 4.11.: In D-Mark 2,20872 (Parität 2,24184); In Dollar 0,85131 (12. März 1979: 1,35444)

Ostmarkkurs am 5.11. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 18,00; Verkauf 21,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 18,50; Verkauf 21,50 DM West.

Devisenterminmarkt

Stabile Dollar-Zinssätze und schwächende DM-Zinssätze waren am 5. November der Grund für eine starke Erhöhung der Dollar-Deports.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,87-0,77	2,30-2,20	4,52-4,52
Pfund/Dollar	0,44-0,42	1,22-1,19	2,27-2,22
Pfund/DM	3,00-1,68	7,00-5,60	12,8-11,4
FF/DM	21-5	47-35	99-85

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 5.11.85; Redaktionsschluß 14.30 Uhr.

	US-$	DM	sfr.
1 Monat	7⅞-8⅛	4⅝-4¾	5⅛-5¼
3 Monate	8-8⅛	4⅝-4¾	4¼-4⅜
6 Monate	8-8⅛	4⅝-4¾	4¼-4⅜
12 Monate	8⅛-8⅜	4⅞-5⅛	4¼-4⅜

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxemburg

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 5.11. folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1255,00	1601,78
5 US-Dollar (Indiana)**	820,00	984,40
5 US-Dollar (Liberty)	480,00	461,22
1 £ Sovereign alt	202,25	255,37
1 £ Sovereign Elizabeth II.	196,50	246,81
20 belgische Franken	151,50	201,31
10 Rubel Tscherwonez	280,75	354,22
2 südafrikanische Rand	188,25	236,77
Krüger Rand, neu	841,00	998,64
Maple Leaf	857,75	1017,74
Platin Noble Man	864,00	1074,86
Außer Kurs gesetzte Münzen*		
20 Goldmark	214,50	275,31
20 schweiz. Franken „Vreneli"	148,00	220,02
20 franz. Franken „Napoléon"	164,75	215,75
100 österr. Kronen (Neuprägung)	796,00	971,28
20 österr. Kronen (Neuprägung)	155,75	200,36
10 österr. Kronen (Neuprägung)	80,75	109,16
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	372,75	459,54
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	84,75	119,42

*Verkauf inklusive 14 % Mehrwertsteuer
**Verkauf inklusive 7 % Mehrwertsteuer

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 5.11.: Tagesgeld 4,45-4,55 Prozent; Monatsgeld 4,60-4,70 Prozent; Dreimonatsgeld 4,75-4,90 Prozent. FIBOR 3 Mon. 4,90 Prozent, 6 Mon. 5,00 Prozent.
Privatdiskontsätze am 5.11.: 10 bis 29 Tage 3,55 G–3,40B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55 G–3,40B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 5.11.: 4 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Junge Aktien

[illegible]

WELT-Aktien-Indices

[illegible]

Kursgewinner:

[illegible]

Kursverlierer:

[illegible]

Dollar-Anleihen

	4.11.	1.11.
11¼ EEC 90	103,375	
10⅝ EIB 93	101,375	
11 dgl. 91	103,25	
11⅛ dgl. 90	105,125	
11⅝ dgl. 95	106,75	
12 dgl. 95	107,25	
12⅛ dgl. 90	108,75	
12⅝ dgl. 94	111,75	
13 dgl. 96	110,75	
10⅝ Wld Bk 95	98	geschl.
10⅝ dgl. 88	102	

[illegible]

	4.11.	1.11.
7⅝ N.Zeald.89	101,875	
7 Pac.Gas 94	99,75	
6⅝ Penney 92	98,75	
6⅝ Procter 92	99,125	
6⅝ Sallie 92	97,875	geschl.
6⅝ Sears 91	100,5	
6⅝ Stand.Oil.91	98,375	
7 TRW 94	99,625	
6⅝ Un.Tech.92	98,875	
6⅝ World 8890	99	

6¼ GMAC 90	99	
7¼ Goodyear95	99,125	
6⅞ dgl. 94	98,125	
7⅛ IADB 94	-	
7⅜ dgl. 95	-	
6¾ ITT 92	98	
6⅞ McDonal.92	98,625	
7⅛ N.Bruns.95	99,5	
7⅛ N.Zeald.90	100,625	

Lux. Franc Bonds

[illegible]

8 Norges 86	98,5	
8 Oslo 89	98,25	
8½ dgl. 87	98,5	
8 Philips 89	97,75	
7⅝ Renault 88	96,5	
9½ Sogenal 92	101,25	
8 Solvay 85	102	geschl.
10⅝ dgl. 87	-	
10⅝ Stockh.86	99,5	
8 Sverige 88	98,25	
9⅝ Volvo 87	100	
10 Westl.B 90	-	
9⅝ Worldbk90	102,75	
10⅝ dgl. 87	103,5	

Euro-Yen

[illegible]

Rechnungs-Einheiten

[illegible]

ECU

[illegible]

ECU-Tageswerte

[illegible]

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

[illegible]

Rentenmarkt abwartend

Obwohl der New Yorker Bondsmarkt und die Dollarentwicklung keinen Anlaß für Zurückhaltung am deutschen Rentenmarkt boten, setzte sich bei ihm der Aufwärtstrend der Kurse nur noch partiell fort. Bundesanleihen schwankten leicht, Bundesobligationen neigten sogar eher zur Schwäche. Am Pfandbriefmarkt gab es nur geringe Veränderungen, massive Käufe waren nicht mehr zu beobachten, weil die Mehrzahl der Marktteilnehmer offensichtlich der Ansicht ist, daß der jüngste Renditerückgang zunächst einmal verkraftet werden muß.

F	3½ Kansai Paint84 m.O.	126T	128G		
F	3½ dgl. 84 o. O.	90,5	91,5G		
F	3¼ Kaufhof 84 m. O.	137T	137T		
F	3¾ Kaufhof 84 o. O.	79,3	79G		
F	3½ Uncle Int. m. O.	150	145		
F	3½ dgl. o. O.	77	77,5T		
F	3½ Mitsubishi 84 m. O.	155T	161		
F	3½ dgl. 84 o. O.	91,75bG	92,25		
F	3½ Nippon Flour 84 m.O	118G	118G		
F	3½ dgl. 84 o. O.	90,75bG	90,75G		

8 dgl. 84/94	104,25	104G
7⅞ dgl. 85/97	103,5G	103,5G
7¾ Audi Fin. 84/94	102,9	102,75
7½ Asmar 73/88	-Zhg	-Zhg
7 Australien 72/87	100,75	101,25
5⅝ dgl. 77/89	99,9	100
6 dgl. 78/88	100,1	100,25
8½ dgl. 80/90	103,1	103,5
9⅝ dgl. 81/91	110	110,35
9⅛ dgl. 82/91	109	109
7¾ dgl. 82/92	105,25	105
6⅞ dgl. 83/93	101,35	101,5
7¼ dgl. 84/96	102,35	102,5

6¼ dgl. 78/88 II	100bG	100,25
6¼ dgl. 78/88 III	99,75G	99,75G
7¼ dgl. 79/89	101,5	102
7½ dgl. 79/89	101,5	101,75G
9⅝ dgl. 80/90	105,75	105,75
10 dgl. 81/91	107,5G	107,5
10¾ dgl. 81/91	108,25G	108,25
10 dgl. 82/92	110,25	110,25
8¾ dgl. 82/92	106,5T	105,5T
8¼ dgl. 82/92	103,75G	105,75G
7⅜ dgl. 83/93	101,75T	101,75G
8¼ dgl. 83/88	104,4	103,4T
8⅝ dgl. 85/95	105T	105T

[illegible]

Bundesanleihen

[illegible]

Bundesbahn

[illegible]

Bundespost

[illegible]

Länder – Städte

[illegible]

Sonderinstitute

[illegible]

Industrieanleihen

[illegible]

Optionsscheine

[illegible]

Optionsanleihen

[illegible]

Währungsanleihen

[illegible]

Wandelanleihen

[illegible]

Frankfurt

DM-Auslandsanleihen

[illegible]

STELLENANGEBOTE

Wissenschaftliche Arbeit braucht zwei Dinge: einen freien Kopf und eine gesicherte Existenz. Bringen Sie den freien Kopf – die gesicherte Existenz liefern wir: durch eine Anstellung auf Lebenszeit nach beamtenrechtlichen Grundsätzen.

Leiter/in eines wissenschaftlichen Referats

sollen Sie bei uns sein, Chef einer kleinen Gruppe von qualifizierten Technikern und Ingenieuren auf dem Gebiet der **Elektrotechnik und Elektronik.** Fundierte Kenntnisse in elektronischer Schaltungstechnik und Erfahrung mit Mikroprozessoren sind dafür unerläßlich, aber auch Organisationstalent und die Fähigkeit, Mitarbeiter zu motivieren und zu führen.

Verfügen Sie über eine abgeschlossene einschlägige Hochschulausbildung und trauen Sie sich die Aufgabe zu? Dann stellen Sie Ihre Fähigkeiten in den Dienst des Arbeitsschutzes – *in einem weltweit bekannten Forschungs- und Prüfinstitut in unmittelbarer Nachbarschaft* zur Bundeshauptstadt Bonn. Wir freuen uns auf Ihre Bewerbung.

BG

BIA Berufsgenossenschaftliches Institut für Arbeitssicherheit
Lindenstraße 78–80, 5205 Sankt Augustin 2, Tel. 0 22 41 / 2 31 - 2 42 od. 2 43

Wir suchen für unseren Elektrobetrieb Hochofenwerk einschließlich der zugehörigen Energieanlagen baldmöglichst einen

ELEKTRO-INGENIEUR

als Betriebsassistent für alle anfallenden Aufgaben im Bereich der Meß- und Regeltechnik.

In Frage kommen Bewerber mit abgeschlossenem Fachhochschul- oder Hochschulstudium der Fachrichtung Elektrotechnik, möglichst mit der Studienrichtung Automatisierungstechnik. Nach Einarbeitung soll das Aufgabengebiet Leistungselektronik, Hochspannungs- und Starkstromtechnik mit bearbeitet werden. Es werden qualifizierte Kenntnisse im Messen und Regeln elektrischer und nichtelektrischer (z. B. wärmetechnischer) Größen sowie in der Informatik vorausgesetzt. Mehrjährige Berufserfahrung ist von Vorteil, jedoch nicht Bedingung.

Wir bieten ein den Anforderungen entsprechendes Gehalt sowie die Sozialleistungen eines Großunternehmens.

Bewerbungen mit kompletten Unterlagen und Angabe des Gehaltswunsches sowie des frühestmöglichen Eintrittstermins erbitten wir an die Personalabteilung für Angestellte.



KLÖCKNER-WERKE AG
HÜTTE BREMEN
2800 Bremen 21 · Postfach 21 02 20 · Telefon (04 21) 6 48 – 29 79

Unser Kunde – 3,5 Mrd. DM Umsatz, 10 000 Beschäftigte, Konsumgüterhandel – sucht für eine neu gegründete AG einen jüngeren

Wirtschaftsjuristen als Justitiar

In engem Kontakt mit dem Vorstandsvorsitzenden soll er alle bei der Führung einer AG auftretenden Rechtsfragen bearbeiten. Voraussetzung: fundierte Kenntnisse und Erfahrungen auf den Gebieten Aktienrecht, Betriebsverfassung / Mitbestimmung. Erwünscht sind Kenntnisse im Miet- und Immobilienrecht. Es handelt sich um eine reizvolle Aufgabe für einen organisatorisch begabten Juristen mit betriebswirtschaftlichem Verständnis.

Bewerbungen mit aussagefähigen Unterlagen sind zu richten an das für absolute Vertraulichkeit und zügige Bearbeitung bürgende Beratungsunternehmen







Funk-Alarm-System
Wir haben das technisch perfekte Produkt der Sicherheitstechnik. Hinter diesem System steht eine Erfahrung von über 12 Jahren. Wir suchen seriöse Vertriebspartner für einen expansiven Markt in allen „PLZ-Gebieten". Unser Angebot: hohe Rendite, geringer Investitionsschub.
INAU-Elektronik
Postfach 50 13 09, 5000 Köln 50

Arbeitsgemeinschaft
HISTORIKER TECHNIKER GERMANIST
recherchiert und erstellt auch kurzfristig:
- Firmengeschichten
- Festschriften, Festvorträge
- Ausstellungs- und Veranstaltungskonzepte
- persönl. Biografien

Promovierte Mitarbeiter mit Referenzen. Anfragen an
S + E Projektbüro, Hollestr. 1g
Im Haus der Technik, 4300 Essen 1

Wir suchen
Handelsvertreter
aus folgenden Branchen: **MODE, KOSMETIK, SCHMUCK, LEDERWAREN, OPTIK.** Wir bieten ein erstklassiges Produkt, daß Sie auf Ihrer Tour mitnehmen können. Ein Wettbewerb zu Ihrem jetzigen Produkt besteht nicht.
Unser Produkt sichert Ihnen ein überdurchschnittliches Nebeneinkommen. Richten Sie Ihre Bewerbung bitte an:
BDMFD, Hauptstr. 401, 5000 Köln 90
Telefon (0 22 03) 3 30 92

Kommanditist(en) gesucht
für Beteiligung an aufstrebendem Berliner Reiseunternehmen für geplante Geschäftserweiterung. Mindestkapital DM 50 000,–/100 000,–.
Zuschr. erb. u. *Q 6701* an *WELT-Verlag*, Postf.ch 10 08 64, 4300 Essen.

Generalübernahme von Schlüsselfertigbau
Maurer-, Fliesen-, Elektro-, Sanitär-, Schlosser- und Schreinerarbeiten aus einer Hand, auch Einzelgewerke. Fa. Hobabau, Tel. 0 20 43 / 48 37.

In Citylage in Siegburg, neben C & A und Kaufhof.
Wir suchen auf Grund von Umstrukturierungs-Maßnahmen unseres Sortimentes **Partner für eine Verkaufsfläche von 500 m².**
Eine ansprechende Einrichtung ist vorhanden. Eintritt für sofort oder später.
Zuschr. erb. u. D 6535 an WELT-*Verlag, Pf. 10 08 64, 4300 Essen.*

Saarland
Übernehme Auslieferungs- und Zwischenlager (Familienbetrieb). Kfz-Lager und Lagerräume vorhanden.
Ed Grund
Ludwigstr. 9, 6654 Kirkel

GESCHÄFTSVERBINDUNGEN

Int. Wirtschafts-Organisation bietet einen sensationellen neuen Verkaufsweg

Wir bieten:	einen neuen Weg im Direktverkauf eine sofortige Regelung von Provisionsansprüchen *eine pro Auftrag fortlaufende Folgeprovision*
Wir suchen:	Frauen oder Männer mit positiver Verkaufseinstellung Direktverkäufer mit Aufstiegsmöglichkeiten bis zum Verkaufsleiter Verkaufsprofis mit Einstiegsmöglichkeit bis in Führungspositionen.

Dieser neuartige Vertriebsweg ist auch für im Verkauf unerfahrene sowie nebenher. Mitarbeiter geeignet.

Bei ernsthaftem Interesse setzen Sie sich bitte mit unserem Büro Frankfurt, Ruf *0 69 / 67 50 38 o. Telex 4 12 806, in Verbindung.*

Betriebssanierung

(Ertragsschwäche/Liquiditätsengpaß)
Erfolgreicher Manager und Unternehmer bietet Hilfe bei der Problemlösung für Ihren Betrieb.
Spezialgebiet: Sanierung / Umstrukturierung *kleinerer und mittlerer* Unternehmen bei bestehenden Schwierigkeiten oder zu deren Verhinderung. Honorar bei Erfolg nach Vereinbarung, auch gegen Mitbeteiligung. Absolute Diskretion.
Zuschriften erbeten *unter C 6531 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64,* 4300 Essen.

Arabische Firma
sucht Lagerreste (Stocklots) in großen Mengen.
Gemco GmbH, Pf. 20 03 21
4000 Düsseldorf

Jurist
übernimmt für Sie Vertragsverhandlungen im In- und Ausland sowie Ausarbeitung von Verträgen.
Zuschr. erb. u. K 4949 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Junge aufstrebende Spedition
sucht Verbindungen zu Handel, Industrie u. Spedition. Schwerpunkt: Lebensmittel, Kosmetik, Medikamente, Verlagsauslieferung u. Expreßstückgut. Annahme u. Auslieferung Tag u. Nacht. Lagerfläche frei, Erweiterung Ende 1985.
Spedition Peter Wöbking, Sennerstr. 229, 4800 Bielefeld 12

SPANIEN

Deutsche Fensterfirma sucht Kontakt mit Vertriebsfirmen/Baugesellschaften in Spanien/Portugal. Unsere Niederlassung verfügt über großen Ausstellungsraum und Großlager.

Bitte setzen Sie sich mit uns in Verbindung unter O 6699 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Kaufe aus Konkursmassen und Lagerbeständen Heizung- + Sanitär-Material
R. Meyer GmbH & Co. KG
Am Allerufer 8, Telefon (0 42 31) 20 94
2810 Verden (Aller)

Diplomierter Interviewer
guter Kontakter, erfolgreich im freien Interview, auch wirtschaftl. Background, nimmt noch Aufträge an. Bevorzugt NRW und Umgebung.
Zuschr. u. *W 6551 an WELT-Verlag*, Postfach 10 08 64, 4300 Essen, oder Tel. 02 31 / 41 32 36

Wer will ein solches Haus
kaufen oder beim Kauf mitwirken? Ein öko-biologisches Haus nach der in aller Welt bewährten Bauweise aus langsam gewachsenen skand. Hölzern. Z. B.: Rohbausatz für 94 m² WF bei Eigenleistung nur 59 000,– DM. Modernste Energieeinsparung.
MF-GmbH, PF 885, 493 Detmold
0 52 31 / 2 02 44. Selbständer Vertriebspartner gesucht.

BILLIGFLÜGE u. Gruppenreisen ☎ 05 11 / 63 13 13

Den Glasereien wird das *Geldverdienen auch nicht mehr leicht gemacht.*
Es gibt aber noch Wege, auch in diesem Bereich Gewinne zu erzielen. *Wir haben einen dieser Wege* gefunden. Lizenzen aber nur noch für die Räume Süd- und Westdeutschland zu vergeben.
Anfragen unter P 6700 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Telex-Nr. 857 624
Tel. 02 01 / 46 00 24
DM 4,70!
je Kunde kostet Sie der Außendienst, der Ihre 1000 Kunden 4mal p. a. besucht und so mehr Umsatz bringt. Fragen Sie an bei CADICS, Niederwenigerstr. 49, 4300 Essen 15.

Handelsvertreter verkaufen Schminkboxen
Besser wenn Branchenerfahrungen da sind. Wir suchen für eine Serie von Super-Make-up-Kassetten Handelsvertreter. Wenn Sie sofort vor Weihnachten noch anfangen können, ist der Erfolg gewiß.
FOURSEASONS COSMETICS
Tel. 0 61 21 / 84 21 81
od. Zuschr. u. D 6558 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Als bundesweit tätiges Eheanbahnungs-Institut vergeben wir an
seriöse Partner
mit Einkommensvorstellungen von mehr als DM 120 000 p. a. die Errichtung einer selbständigen Agentur im regionalen Gebiet. Etwas Eigenkapital erforderlich.
Vorkenntnisse nicht nötig.
Bewerbung mit Tel. bitte unter E 6534 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

CITY BÜROS
Hamburg-Innenstadt
mit Fullservice: Tel., Telex u. -fax, Schreib- u. Postdienst, Konferenzräume, möbl. Büros als Firmensitz od. Repräsentanz, sof. verfügbar.
Tel. 0 40 / 23 11 75

HH – Ing.-Büro
Beratung u. Verkauf ist unser Metier. Bereich Investitionsgüter des Apparate-, Maschinen- u. Anlagenbaus für die chemische u. die Erdöl-/Erdgasindustrie, den Schiffs- u. Motorenbau sowie die Energieversorgung. Gesucht wird entspr. Industrievertretung.
Zuschriften unter C 6851 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 43 Essen.

Ihr Mann in Berlin?
Erfahrener Manager (53) übernimmt in Berlin Aufgaben. Management auch befristet. Krisenmanagement. Beratungen in allen Bereichen des Betriebes. Unterstützung bei Berlin-Investitionen.
Werner Fillies
Sohnreystr. 2a, 1000 Berlin 41, Tel. 0 30 / 7 95 41 81

STELLENGESUCHE

Brasilien / Paraguay
Deutscher, 41, verh., seit 15 Jahren in Südamerika, fließend Deutsch, Engl., Portug. und Spanisch. Bank, Import, Export, Draw-Back, *Inlandsmarkt*, Marktanalysen, brasilianisches Genossenschaftswesen, Geschäftsführer Siloanlagen, kfm. *Leiter Ölmühle, z. Z. selbständig*, sucht neuen verantwortungsvollen Wirkungskreis in Südamerika oder evtl. auch in Deutschland.
Zuschriften erbeten unter T 6522 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Betriebswirt
Groß- u. Außenhandelskaufmann, 38 J., ledig, ungek., mehrj. Erfahrung in EDV-Unternehmensberatung, Mikroelektronik, Bauindustriekonzern, mit umfassenden Kenntnissen des kaufm. Instrumentariums. Zur Zeit an einem kleinen Unternehmen der Computerentw. tätig. Verantwortlich für: Administration, Marketing, PR, sucht neuen Wirkungskreis zum 1. 1. 86 oder später.
Angebote erb. unt. Q 6519 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

45jährige sucht Stelle als
Buchhalterin
oder sonst. Büroarbeit.
Zuschriften unter U 6705 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Kaufmann
freiberuflich, 40 Jahre, mit Pkw, sucht tägl. oder wöchentlich vertrauensvolle Tätigkeit im Großraum Hamburg.
Angebote unter N 6516 an WELT-Verlag, Pf. 10 08 64, 4300 Essen.

FV AKTUELL
Fachvermittlung für besonders qualifizierte Fach- und Führungskräfte
sucht Stellen für:
Bundesanstalt für Arbeit

Das Schulungszentrum der Nixdorf-Computer AG Düsseldorf führte in Zusammenarbeit mit dem Fachvermittlungsdienst für besonders qualifizierte Fach- und Führungskräfte beim Arbeitsamt Düsseldorf eine Fortbildung zum

Organisationsprogrammierer

für Geisteswissenschaftler durch.

Teil der Maßnahme war ein achtwöchiges betriebliches Praktikum, das in den entsprechenden Bereichen verschiedener Unternehmen abgeleistet wurde.

Schwerpunkte des Lehrganges waren:

Grundlagen der Betriebswirtschaftslehre	Grundlagen der Programmierung	Spezialisierung Informationssysteme
Kostenrechnungssysteme	Programmierlogik	Computermarketing
Betriebliches Rechnungswesen	Methoden der Programmierung	PC, MC
Fertigungswirtschaft	Allgemeine EDV-Organisation	Systemanalyse
Investition	Business-BASIC	Informationssysteme
und Finanzierung	Bürokommunikation	Technologien der
Marketing	Textverarbeitung	*Informationsverarbeitung*
		EDV, DFV, BK

Auskünfte erteilen: Frau Döring-Schuth, Herr Schouren
***Fachvermittlungsdienst Düsseldorf**, Fritz-Roeber-Straße 2, 4000 Düsseldorf 1,*
☎ 0211/8226-310, -365, FS 8588292

1884

FV AKTUELL
Fachvermittlung für besonders qualifizierte Fach- und Führungskräfte
sucht Stellen für:
Bundesanstalt für Arbeit

Qualifizierte Fach- und Führungskräfte aus dem kaufmännischen und technischen Bereich

Am 4. 10. 1985 beendeten in Bochum 18 Kaufleute und 2 Ingenieure ein 10wöchiges Fachseminar für persönliche Arbeitsmethodik und effektives Führungsverhalten. Die berufserfahrenen Teilnehmer ergänzten ihr fundiertes Fachwissen durch aktuelles Führungswissen.

Nachstehend Informationen zu einigen Teilnehmern:

Diplom-Ingenieurin Bauwesen
konstr. Ingenieurbau, Univ. Bochum, Berufserfahrung im Ingenieurbüro (Prüfstatik, Versuchsorganisation).

Diplom-Betriebswirt
Industriekaufmann, mehrjährige Erfahrung in Kostenrechnung als Abteilungsleiter.

Vertriebsleiter
Bereiche: Bürokommunikation und Organisation (Kopier-, Diktier- und SM-Geräte).

Kaufm. Geschäftsführer
Berufspraxis in mittelständ. Unternehmungen. Schwerpunkt: Organisatorische und geschäftsleitende Tätigkeiten (mit EDV-Einsatz).

Vertriebsorientierter Kaufmann
Erfahrung im mittleren Management in Industrie (Maschinenbau) und technischem Handel (internationaler Maschineneinkauf). Führung von Innen- und Außendiensten im Profitcenter.

Betriebsleiter Autovermietung
Berufserfahrung in Betriebsorganisation, Disposition, Logistik, Personalführung, Akquisition, Revision; EDV-Kenntnisse. Erfahrung im Aufbau neuer Betriebsstätten.

Mineralölkaufmann
Berufserfahrung in leitender Stellung (Prokurist, Niederlassungsleiter), sehr gute Kenntnisse in allen Sparten der Branche.

Personalleiter
Berufserfahrung in sämtlichen Bereichen des Personalwesens eines mittelständischen Unternehmens.

Vertriebsleiter Antriebstechnik
Exportleiter Zulieferindustrie für die europäischen Nutzfahrzeug-Hersteller. Schwerpunkte: Marketing, Absatzplanung, Erschließung neuer Märkte und Kunden, Jahresabschlußverhandlungen mit Großkunden.

Leiter kaufm. Abteilung
Berufserfahrung in der metallverarbeitenden Industrie, verantwortlich für gesamtes Beschaffungswesen, kaufm. Auftragsabwicklung, Einkauf und Materialwirtschaft.

Falls eine Kontaktaufnahme zu Seminarteilnehmern Ihnen wünschenswert erscheint, wenden Sie sich bitte an den

Fachvermittlungsdienst Bochum, Frau Meimbresse
Universitätsstraße 66, 4630 Bochum 1
Telefon 0234/305-580, Telex 825309, Telefax (0234) 305461

1892

DIPLOM-CHEMIKER, Dr. rer. nat.
z. Zt. in ungek. Stellung in der chem. Ind., sucht neuen Wirkungskreis im Rahmen eines befr. Arbeitsvertrages (ca. 7 J.) auf dem Gebiet des Umweltschutzes, spez. der Abwasserreinigung oder der Produktion. Langj. Erfahrungen in der chem. Ind. Angestrebte Tätigkeit in den Bereichen Planung, Betrieb, Überwachung, Beratung. Zuschriften unter R 6702 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

PHARMA-REGIONALLEITER
geprüfter Pharmareferent, in ungekünd. Position, 49 J., einsatzfreudig, erfolgs- u. zielorientiert, fundierte Kenntnisse im Praxis- u. Klinikbereich, Kongreßwesen u. Sonderveranstaltungen, langjähr. Erfahrung in Führung u. Motivation v. Mitarbeitern sucht neue verantwortungsvolle Aufgaben im Großraum NRW u. angrenzende Gebiete zum 1. 1. od. 1. 4. 1986.
Kontaktaufnahme unter A 6555 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Geschäftsführer Industrie
Dipl.-Kaufm., 40 J., verh., mit erfolgreichen Führungserfahrungen im Investitionsgütergeschäft sucht unternehmerisch ausgerichtete Verantwortung im Raum Hamburg.
Zuschr. u. G 6487 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Hydro-Geologe
29, sucht Anfangsstellung, ggf. Teilzeitbeschäftigung.
Tel. 02 51 / 4 35 87 oder Zuschriften unter P 6518 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Exportkaufmann
27 Jahre, z. Zt. in ungekündigter Stellung als Niederlassungsleiter für ein deutsches Handelshaus in Südostasien tätig, sucht sich zu verändern.
Verfüge über mehrjährige Erfahrung im Vertrieb von industriellen Rohmaterialien und Maschinen.
Zuschriften erbeten an:
F 9676, Annoncen-Expedition Doll, Deichmannhaus, 5 Köln 1

Vertriebsleiter

Dipl.-Ing., Anfang 50, erfolgr. u. erfahrener Allroundprofi im Invest.-Gütergeschäft (Masch.-Bau, Elektronik), insb. Projektierung, Angebot, Akquisition, Vertrag, Organisation, initiativ und belastbar, gute engl. u. franz. Sprachkenntnisse, sucht aus priv. Gründen entspr. neue Position.

Zuschriften erbeten unter Y 6527 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Verkaufsleiter
- gelernter Bankkaufmann mit Schwerpunkt Finanzierungen
- *mehrjährige erfolgreiche Führungspraxis im Verkauf (Lebensversicherung,* Sachversicherung, Bausparen, Finanzierungen)
- Mitte 30, verh., ungekündigt

sucht **Führungsaufgabe** im Finanzdienstleistungsbereich.
Zuschr. erbeten unter U 6523 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Innovation und Kreativität
– Mein Know-how für Ihren Erfolg –
Dynam. Führungskraft
Betriebswirt, 42 Jahre
frei als
Manager auf Zeit
für
- Sonderaufgaben
- Übergangslösungen
- Krisenmanagement

Zuschr. u. S 6703 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Gehobene Auslandstätigkeit
gesucht von techn. Kfm., 30 J., mehrj. Auslandserfahrung, Engl., etwas Arabisch, Praktiker, vielseitig einsetzb., z. B. als Exportleiter, Repräsentant, Einkaufsleiter im Bereich Maschinenbau, Stahlbau, Baubranche, Kunststoffe o. ä.
Ang. erb. unt. Z 6528 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Kfz-Meister
Lkw-Spezialist, Afrikaerf., sucht Wirkungskreis für **Auslandseinsatz.** Französisch perfekt, Englischkenntn.
Zuschriften unter V 6706 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Leasing-Fachmann
Spezialgebiet Kfz mit 10jähr. Erfahrung im Finanzierungsgeschäft in ungekündigter Stellung sucht neuen Wirkungskreis. Bevorzugt Großraum Stuttgart.
Zuschr. u. Z 6554 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

---

Monteur
(gelernter Maschinenschlosser), auslandserfahren, Engl. fließend, span. u. franz. Grundkenntnisse, sucht Dauertätigkeit im außereurop. Ausland.
Zuschr. unt. Y 6553 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Als Sachbearbeiterin/Sekretärin
mit Erfahrung in der Textverarbeitung, seit über 10 J. in ungek. Stellung, suche ich (34 J. alt), flexibel u. ortsungebunden, einen neuen abwechslungsreichen Arbeitsbereich. Eintrittstermin ab 1. 7. 86. Zuschr. erb. u. X 6526 an WELT-Verlag, Pf. 10 08 64, 4300 Essen.

Speditionskaufmann
38, HBV, Erfahrung insbes. **Binnenschiffahrt**, Kümo, Lager, Umschlag, sucht verantwortliche Tätigkeit in Spedition, Reederei, Industrie, Handel.
Zuschr. erb. unt. S 6521 an WELT-Verlag, Pf. 10 08 64, 4300 Essen.

Baustellenkaufmann
46 J., verh., ohne K., langjährige *Erfahrung in Fernost*, Mittl. Osten, Osteuropa, Englisch in W + S, vertraut mit allen Fragen der Abwicklung und Verwaltung von Auslands-Großbaustellen, sucht erneuten Auslandseinsatz ab Januar 86 oder danach.
Zuschriften erbeten unter M 6697 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

EDV-Leiter (Prok.), 36 J.
Bankkaufmann, 13 Jahre Erfahrung Bank und Versicherung in EDV und Orga, Planung, Aufbau und Pflege umfangreicher Anwendungen. DB/DC versch. Hersteller und Softwarehäuser, sucht neue anspruchsvolle Aufgabe.
Zuschr. u. B 6556 an *WELT-Verlag*, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Messevertreterehepaar
sucht Tätigkeit.
Tel. 04 51 / 58 13 28

Kaufmann/Vertriebsleiter
mit langjähriger Erfahrung im Marketing-Vertrieb, Mitarbeiterführung, Organisation, techn. *Kenntnissen in Industrie u. Handel*, sucht neuen Wirkungskreis in verantwortungsvoller Position.
Zuschr. erb. u. X 6552 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Nordeuropa – BRD
Kfz-Mechaniker, 26, ledig, Sportler, Englisch, Finnisch, Schwedisch, Pkw-, Lkw-, Nutzf.-Rep., zuletzt Lokomotivrep. in Finnl., sucht Stelle im In- od. Ausl. (auch Neuland).
Zuschr. erb. u. B 6530 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

LEITUNG EDV/ORG.
Dipl.-Kfm., 45 J., 20jährige Erfahrung EDV/ORG. u. Programmierung, Spezialkenntn. IBM System 34/36, verantwortl. Leitung d. Aufbaues dialogorientierter kaufm. Anwendungssysteme, verhandlungssicheres Englisch, z. Zt. *in langjähriger ungek.* Position mit Verantwortung für Bereich EDV sucht vergleichbare herausfordernde Aufgabe z. 1. 4. 86 (evtl. früher) in mittelständischem Unternehmen im Großraum Hamburg. Zuschr. erb. u. *L 6696 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 43 Essen*

Diplom-Chemiker
27, Examen Okt. 85 an der Universität Münster, sucht Anfangsstellung.
Zuschriften erbeten unter W 6525 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

In welchem niveauvollen kooperativen Wirkungskreis kann
Projektleiter Organisation
seine 16jähr. Beratererfahrung einbringen? 45 J., verh., Studium Volkswirtschaft, bisherige Tätigkeiten Konzeption, Realisation, Steuerung versch. Projektarten i. *unterschiedl.* Branchen. Zuschriften unter E 6559 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Konstrukteur
Maschinenb., 45 J., led., Englisch- u. EDV-Kenntnis. s. Stelle z. 1. 1. 85 o. 15. 1. 85. Zuschr. erb. u. V 6524 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Werkzeugmacher Montagetechniker
sucht Auslandstätigkeit v. deutscher Firma. 46 J., led., zuverl., belastb., z. Z. in Algerien tätig. Ausl.-Erf., Mont. v. Werkzeugmaschinen, *Anlagen, Einweisung*, Ausbildung, Berater-Tätigkeit in Metallberufen.
Eilzuschr. erb. unter T 6704 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Promov. Kaufmann
Jahrgang 38, mit Schwerpunkt **Marketing, Verkauf,** möchte in *dem nördlichen* Wirtschaftsraum Ihre Interessen wahrnehmen.
Zuschr. erb. u. A 6529 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Nigeria
Erfahrener Export-Kfm. sucht ab *1. 3. 86* oder früher neue Herausforderung als GM/MD.
Angebote unter N 6698 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Dipl.-Ing. (FH) Schweißfaching.
40 J., z. Z. in ungek., leitender *Position in Südostasien tätig* (langj.), sucht neuen verantwortungsvollen Wirkungskreis in gleicher Region (Vertretung, Repräsentation bevorzugt).
Ang. unt. W 6707 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Marketing-Experte
f. Laden- o. Gewerbeeinrichtg.
i. In- und Ausland frei.
Tel. 0 21 36 / 3 08 84

Propagandist/Akteur
Enorme Bandbreit, sofort frei. Gesamt Brd. Tel. 02 21 / 17 42 50 u. 58 19 51

32jähriger Allround-Kaufmann
mit Industriekaufm.-Ausbildung im Baugewerbe u. 8jähr. Berufserfahrung auf internat. Großbaustellen in Middle u. Fareast, sucht neuen anspruchsvollen Wirkungskreis m. verantwortungsvollem Aufgabengebiet in Industrie oder Handel, bevorzugt mit *Auslandstätigkeit.*
Zuschriften unter G 6532 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Sollten Sie gelegentlich besondere bautechnische oder baukünstlerische Aufgaben zu lösen haben: entsprechend versierter
Architekt
aus Hamburg steht Ihnen in freier Mitarbeit zur Verfügung.
Tel. 0 40 / 22 10 69

Landwirt
45 J., aus Bayern, Fachausbildung, sucht Stelle als Verwalter in Südamerika, Chile bevorzugt. Zuschr. erb. u. A 6711 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

FUSSBALL / Europapokal heute: Drei Bundesligaklubs im Einsatz – ARD berichtet live ab 19.28 Uhr

● Der deutsche Pokalsieger Bayer 05 Uerdingen hat die dritte Runde im Fußball-Europapokal erreicht. Nach dem 2:0-Hinspiel-Erfolg reichte den Uerdingern bei Galatasaray Istanbul ein 1:1. – Das heutige Programm der restlichen drei Bundesligaklubs: Meister: Austria Wien – Bayern München. UEFA-Pokal: Mönchengladbach – Sparta Rotterdam und Bohemians Prag – 1. FC Köln.

● Die Fernsehzuschauer kommen heute auf ihre Kosten: Das Spiel der Münchner Bayern bei Austria Wien überträgt die ARD ab 19.28 Uhr live. Danach folgt ebenfalls live die Schlußphase des Spiels Mönchengladbach gegen Sparta Rotterdam. Bis zum Schluß der Sondersendung um 22.00 Uhr werden Ausschnitte vom Spiel des 1. FC Köln bei Bohemians Prag gezeigt.

Uerdingen schaffte in Istanbul 1:1 und die nächste Runde – Kunstschütze Herget vertrieb die Sorgen

sid. Istanbul

Bayer Uerdingen hat in Istanbul seine erste große internationale Feuertaufe erfolgreich bestanden. Im Jahre des 80jährigen Bestehens sicherte sich der DFB-Pokalsieger durch ein 1:1 (0:1) bei Galatasaray Istanbul den Einzug ins Viertelfinale des Europacups und betrieb Wiedergutmachung für die 0:3-Blamage im DFB-Pokal gegen die Amateure von Eintracht Trier.

Auf einer Rasenfläche, die hervorragend dazu geeignet schien, Kartoffel oder Rüben anzupflanzen, aber ein gutes Fußballspiel von vornherein verhinderte, befreite Mathias Herget in der 34. Minute die Uerdinger von allen Sorgen. Einen seiner gefürchteten Freistöße zirkelte der Nationallibero um die türkische Abwehrmauer. Der Ball sprang zuerst an den Innenpfosten und dann hinter die Linie. Der jugoslawische Schlußmann Simovic hatte keine Abwehr-Chance.

Dagegen war Bayer-Schlußmann Werner Vollack der Ausgleich anzukreiden. Nach einem Freistoß von Prekazi ließ Vollack das glitschige Leder durch seine Hände und durch die Beine gleiten. Die Aufregung über dieses vermeidbare Gegentor hielt sich allerdings in Grenzen, da sich die Mannschaft ja immer noch auf das 2:0-Polster aus dem Hinspiel stützte.

Mit einer erstaunlich disziplinierten Vorstellung hatten die Mannen von Trainer Karl-Heinz Feldkamp die Türken trotz frenetischer Anfeuerung gut im Griff. Der Bundesligaklub wirkte als Team kompakt, verzeichnete keinen Ausfall und stützte sich auf die überragenden Kräfte Wolfgang Funkel, Mathias Herget und Horst Feilzer. Es wäre sogar ein Sieg am Bosporus möglich gewesen, doch Stürmer Wolfgang Schäfer, der vor dem Anpfiff mit seinen Wechselplänen („Ich möchte noch in der Bundesliga-Vorrunde bei einem anderen Klub unterkommen") für Unruhe gesorgt hatte, scheiterte in der 65. Minute freistehend an Simovic.

Jetzt wartet man im Bayer-Lager mit Spannung auf eine günstige Auslosung für das Viertelfinale. Wunschgegner Nummer eins ist der portugiesische Rekordmeister Benfica Lissabon, aber auch Atletico Madrid oder ein innerdeutsches Duell gegen Dynamo Dresden würden wohl eine ausverkaufte Grotenburg-Kampfbahn garantieren. Beim Rückflug, der unmittelbar nach dem Abpfiff im Inönü-Stadion erfolgte, durften die abgekämpften Spieler über kommende Gegner diskutieren. Ex-Bundestrainer Jupp Derwall dagegen, der ein 3:0 für möglich gehalten hatte, war um eine Illusion ärmer und haderte mit der Abschlußschwäche seiner phasenweise überhart einsteigenden Truppe.

Der gute Schweizer Schiedsrichter Bruno Galler griff zum Unmut der Zuschauer konsequent durch und zeigte eine gute Leistung. Als er in der 30. Minute dicht an der Eckfahne ein Foul an Schäfer pfiff, flog eine Flasche aufs Spielfeld, die knapp am Torjäger der Uerdinger vorbeiflog. Die Spieler von Galatasaray gingen zudem nicht gerade zimperlich mit den Uerdingern um.

Istanbul: Simovic – Önal – Cetiner, Demiriz – Ceyhan (ab 81. Erkan), Jusuf, Kilic, Prekazi, Kocabiyik (ab 46. Semih) – Tanman, Alkic. – Uerdingen: Vollack – Herget – Dämgen, Wolfgang Funkel, Wöhrlin – Bommer (ab 88. Buttgereit), Feilzer, Klinger, Friedhelm Funkel – Schäfer, Loontiens (ab 80. Gudmundsson). – Schiedsrichter: Bruno Galler (Schweiz). – Tore: 0:1 Herget (34.), 1:1 Prekazi (55.) – Zuschauer: 40 000 (ausverkauft). – Gelbe Karten: Prekazi, Jusuf.

Bayern-Spiel in Wien nahm historische Dimensionen an

OLAF BROCKMANN, Wien

Austria Wien gegen Bayern München – das bedeutet für die Österreicher mehr als nur ein Rückspiel im Fußball-Europapokal. Wenn's gegen die Deutschen geht, dann werden die letzten Emotionen geweckt. Den „Piefkes", wie die nördlichen Nachbarn betitelt werden, wollen sie immer gerne eins auswischen. Vor dem Hinspiel im Olympiastadion (2:4) wurde noch der Geist von Cordoba beschworen, mit dem Österreich bei der WM 1982 Deutschland 3:2 schlug. All dies reichte jetzt nicht mehr aus. Vor dem heutigen Rückspiel wurden gar historische Dimensionen herangezogen. Austrias Geschäftsführer Joschi Walter zwischen Ernst und Scherz: „Ein Sieg bedeutet für uns eine späte Rache für Königgrätz!"

Jene Schlacht, in der von Moltke 1866 im deutschen Krieg Preußen gegen Österreich zum Sieg führte, mußte jetzt also sogar herhalten. Und das Interesse an diesem Fußballkrieg war entsprechend. Nur 22 000 Zuschauer faßt das Hannappi-Stadion. 100 000 Besucher, so Austria-Trainer Hermann Stessl, wären sonst bestimmt gekommen. Austria gegen Bayern ist eben schlechthin der Fußball-Hit in Wien.

Aber Bayern-Trainer Udo Lattek, selbst ein gebürtiger Ostpreuße, will von all diesen „hochgeschaukelten Emotionen" nichts wissen. „Für mich ist dies kein sogenanntes Prestigeduell. Ich habe keine Aversionen gegen österreichische Vereine. Ich will nur weiterkommen – darum wird ja Fußball gespielt." Er dementierte auch, daß es sich um einen Psychotrick handele, wenn er die Austria in den Fußballhimmel hebe. „Wenn ich warne, dann sage ich die Wahrheit. Austria wäre auch in der Lage, in der deutschen Fußball-Bundesliga vorne mitzuspielen."

Der Ausfall Mathys hat die Bayern-Elf sicherlich geschwächt. Doch von Schadenfreude, daß der dreimalige Torschütze des Hinspiels verletzt ist, war bei Stessl keine Spur: „Dafür wird eben ein anderer Spieler eingesetzt, der vielleicht vier Tore schießen kann." Für Mathy spielt entweder der offensive Frank Hartmann oder der defensive Holger Willmer.

Auch bei der Austria sind noch zwei Posten in der Aufstellung umstritten. Austrias Kapitän Herbert Prohaska leidet unter einer Fersenbeinprellung. Sollte er ausfallen, wird der Ungar Nyilasi die Rolle des Spielmachers übernehmen. Standardtorwart Wohlfahrt bestand gestern einen Fitneßtest und kehrt für den jungen Resch ins Austria-Tor zurück.

Der Optimismus – ob nun gespielt oder echt – war beim österreichischen Meister schließlich groß. Stessl wollte gar von einem 2:0, das zum Weiterkommen reicht, gar nichts wissen: „Wir gewinnen 3:0!" Über 100 Jahre nach Königgrätz wäre dann die Schmach der Niederlage gegen die Preußen getilgt . . .

Die Gruppe „Silly" und Tamara Danz – Bilder aus der Rockszene der „DDR"

„Es liegt an uns, es besser zu machen"

Ihre Bühnenpräsenz ist selbstbewußt sexy, ohne den Vamp übertrieben stark herauszukehren. Sie singt von Alltäglichem, ohne zuvor alles hygienisch sauber zu bügeln. Ihre Frauentypen nehmen sich selbstbewußt ihr Recht, leben Emanzipation einfach vor, anstatt nur weinerlich davon zu reden. Mit Tamara Danz hat die seit 1978 bestehende „DDR"-Rockgruppe Silly eine Frontfigur gefunden, deren Keßheit zur Identifikation einlädt und die die Gruppe in der Beliebtheitsskala der „DDR"-Rockfans ganz nach oben katapultierte.

Ehrliche Musik will Silly machen – ein Anspruch, den Tamara Danz so versteht: „Wenn man nicht so tut, als sei alles Friede, Freude, Eierkuchen, wenn man sagt, was einem nicht gefällt, und es so sagt, daß es deutlich wird: Es liegt auch an uns, es besser zu machen." Das fällt um so schwerer, je heftiger staatliche Liebkoser den „DDR"-Rock in ihre erdrückenden Arme nehmen. Nach den anfänglichen wilden Jahren des unkoordinierten Rock-Booms steht das Instrumentarium inzwischen bereit. Die Stichworte heißen: Vorspielkommission, staatliche Einstufung der Bands in verschiedene Amateur- und Profistufen mit daran gekoppelter „Spielerlaubnis" und Gagenhöchstsätzen, „Abnahme" jedes gespielten Titels durch die Kulturfunktionäre.

Daß das Bedürfnis in der Jugend nach handfesten Rhythmen und glaubwürdigen Texten vorhanden ist, wird auch in der „DDR"-Kulturbürokratie nicht mehr geleugnet. Die Zeitung des Stadtjugendverbands FDJ „Junge Welt" ließ in einer Umfrage in einem Ostberliner Jugendclub an der Greifswalder Straße sogar kritische Worte gegenüber dem seichten „DDR"-Alltagsschlager abdrucken. „Wenn ich morgens Schlager höre, könnte ich glatt wieder einschlafen", vertraute der 17jährige Fahrzeugschlosserlehrling Thomas Nowak der Ostberliner Zeitung an.

Die zentrale Leitung der Rockmusik erfolgt noch höher angesiedelt im Staatsapparat: durch das neustrukturierte Komitee für Unterhaltungskunst, das unter der Leitung des Puhdys-Musikers Peter Meyer steht und inzwischen auch eine „Sektion Rockmusik" aufweist. Eine realsozialistische Musterkarriere, so wie sie auch hartgesottenen Parteifunktionären munden könnte, beschreibt die Kunstzeitung „Sonntag" anhand der Ostberliner Band Jessica.

Auf die sympathischen fünf mit ihrer Schülerband wurde erst einmal der Verantwortliche für Amateur-Tanzmusik im Berliner Haus für Kulturarbeit aufmerksam. Die Gruppe stand im „Leistungsvergleich" mit anderen Ostberliner Rock-Amateuren, wurde „delegiert". Ihr nachfolgender Hit „Ich beobachte dich" kam, so der „Sonntag", „unter die ersten zehn der Abschlußwertung." Nächste Etappe: Ein Redakteur des Jugendfernsehens „betreut" die Band. Der „Sonntag": „Sie arbeiten gemeinsam nach monatlichen Plänen, besprechen Fragen der Medienpräsenz und diskutieren Texte. Konzerte werden besucht und ausgewertet." Schließlich ein höchstoffizieller Fördervertrag, der als Entgelt für die ständige Rückkoppelung mit dem staatlichen Förderer Zuschüsse zu Produktionskosten gibt.

Kennzeichen D – 20.15 Uhr, ZDF

Eine äußerst ambivalente Fürsorglichkeit, denn bei all den Elementen staatlicher Planwirtschaft wird zugleich der staatliche Zugriff auf die Musiker derart groß, daß die künstlerische Eigenständigkeit nicht gerade leicht zu behaupten ist. Im Musikalischen wie im Textlichen. Wer sich etwa das Jugend-Magazin „Rund" der FDJ im „DDR"-Fernsehprogramm zu Gemüte führt, kann sich schon wundern, wie schnell die Imitationen von Nina Hagens exaltierter Stimmakrobatik und jetzt von Herbert Grönemeyers ruhrgebietsseligen Jubelfanfaren in den „DDR"-Rockhimmel wachsen. Gruppen wie die verdiente „elektra", die vor Jahren eigenständige Verschmelzungen von Rock und Klassik auf die Bühne und in die Plattenrillen brachten, zeigen deutlichen Verschleiß.

Die größte Hoffnung des „DDR"-Rocks heißt seit einiger Zeit „Pankow". Nach langem Zögern ob der kritischen Substanz der Texte schien es grünes Licht für die ambitionierte Band zu geben, gerade so, als wolle man den hämischen Westkritikern zeigen, daß es in der „DDR" doch viel lockerer zugehe, als behauptet werde.

Der Ablauf der ersten Tournee von „Pankow" durch die Bundesrepublik gab den Skeptikern aber doch recht: die Gruppe spielte quasi unter Ausschluß der Öffentlichkeit in einem Heidedorf bei Celle oder in einem Tanzschuppen in Köln, sofern nicht die DKP selbst Veranstalter war. Interview-Wünsche wurden mit Verweis auf das fehlende Plazet der „DDR"-Künstleragentur verweigert. Am Ende der Tour, so wollen Eingeweihte wissen, setzte sich dann auch ein Bandmitglied in West-Berlin ab – wie zuvor die ehemalige „DDR"-Sangeskönigin Veronica Fischer, deren Begleitband „Pankow" gewesen war.

Der Drahtseilakt zwischen positiver Förderung von Talenten und erdrückender Gängelung von Spontaneität und Kreativität mißlingt in solchen Fällen. Dies ist um so bedauerlicher, als sich die vielfältigen Talente und Stars der „DDR"-Rockszene insgesamt durchaus sehen lassen können. Sie können für sich auch das Lob in Anspruch nehmen, die deutsche Sprache bereits in Ehren gehalten zu haben, als hierzulande noch dümmliches Pseudo-Englisch dominierte. Die Lösung kann da wohl nur lauten: mehr Rock, weniger Funktionäre.

HERMANN SCHMIDTENDORF

NACHRICHTEN

Schulden reduziert

Frankfurt (sid) – Eintracht Frankfurt befindet sich auf dem Weg der wirtschaftlichen Konsolidierung. In den beiden vergangenen Jahren baute der Fußball-Bundesligaverein seine Schulden um rund drei Millionen Mark auf 1 545 000 Mark ab.

Dorfner wird operiert

Nürnberg (sid) – Hans Dorfner (20), Mittelfeldspieler des Fußball-Bundesligaklubs 1. FC Nürnberg, wird heute wegen einer Meniskusverletzung am rechten Knie in Zürich operiert. Dorfner soll aufgrund eines speziellen Operationsverfahrens bereits in zehn Tagen wieder einsatzfähig sein.

Polizist verurteilt

Dortmund (dpa) – Wegen gefährlicher Körperverletzung wurde ein 29jähriger Polizist aus Dortmund von einem Dortmunder Schöffengericht zu einer Geldstrafe von 4500 Mark verurteilt. Die Staatsanwaltschaft hatte acht Monate Freiheitsstrafe mit Bewährung beantragt, weil der Polizist einen 19jährigen Fußball-Fan aus Nürnberg nach einem Bundesligaspiel 1983 niedergeschlagen und getreten hatte.

ZAHLEN

TENNIS

Grand-Prix-Turnier in Stockholm: Erste Runde, Herren: Davis (USA) – Westphal (Deutschland) 5:7, 6:4, 6:2.

TURNEN

Weltmeisterschaft in Montreal, Pflicht der Herren: Mannschaft: 1. UdSSR 293,15 Punkte, 2. „DDR" 290,70, 3. Japan 290,25, 4. China 289,45, 5. Deutschland 283,50, 6. Ungarn 283,05. – Einzel: 1. Artemow (UdSSR) 59,10, 2. Kroll („DDR") 59,05, 3. Koroljew (UdSSR) 58,65 . . . 28. Simmelbauer 56,95 . . . 31. Sziller 56,70, 32. Winkler 56,65, 33. Aguilar 56,55 . . . 36. Japtok (alle Deutschland) 56,50.

GEWINNQUOTEN

Lotto: Klasse 1: 1 164 807,90 Mark, 2: 83 [illegible] 4575,90, 4: 107,70, 5: 8,60. – **Toto:** 1: 3897,20, 2: 135,10, 3: 17,30. – „6 aus 45": 1. unbesetzt, [illegible]: 1 261 181,85, 2: 90 219,30, 3: 665[illegible], 4: 126,40, 5: 11,30. – **Rennquintett, Rennen A:** 1: 18,40, 2: 18,40. – **Rennen B:** 1: 340,40, 2: 108,00. – Kombinationsgewinn: 40 698,20. (Ohne Gewähr)

TURN-WM

Überraschung: Deutsche Riege auf Platz fünf

sid. Montreal

„Deutschland, Deutschland"-Rufe, Umarmungen, Jubel und lautstarke Begeisterung – minutenlang war das Velodrom von Montreal in deutscher Hand. Der Grund war eine handfeste Sensation: Die Riege des Deutschen Turner-Bundes (DTB) erkämpfte sich nach der Pflicht bei den 23. Weltmeisterschaften mit 283,50 Punkten einen unerwarteten fünften Platz.

Ringe-Spezialist Andreas Aguilar aus Hannover sprach aus, was alle dachten: „Das ist einfach unfaßbar, das hätte ich nie für möglich gehalten." Rang zehn – das war das realistische Ziel vor Beginn der Welttitelkämpfe, die im Vorfeld durch Streitereien über die Art der Vorbereitung zwischen Bundesfachwart Klaus Zschunke und seinen Turnern und Bundestrainern sowie den Verletzungen von Jürgen Geiger aus Herbolzheim und Jürgen Garziella (Bonlanden) überschattet war. Als ein Länderkampf gegen die Schweiz mehr als deutlich verloren wurde, wurden die Prognosen pessimistischer.

Doch nachdem die Mitkonkurrenten Ungarn, USA, Frankreich und Italien die neuen Pflichtübungen zum Teil schwer verpatzt hatten, ergriff die DTB-Riege ihre Chance beim Schopfe. „Das war eine fast optimale Leistung", konnte Chefcoach Philipp Fürst zufrieden feststellen. Wie schon bei den Olympischen Spielen in Los Angeles gelang es dem Oppauer, seine Schützlinge auf die Sekunde fit an die Geräte zu bringen.

36 fast fehlerfreie Übungen ließ selbst die Kritik des spröden Fachwarts Zschunke, von Beruf Mathematik-Professor, für einen Augenblick verstummen. „Zum ersten Mal ist so geturnt worden, wie ich es erwarte", erklärte er, um wenig später hinzuzufügen: „Meine These hat sich bestätigt, unsere Turner brauchen ständig Druck." Dazu der von Zschunke als Simulant verdächtigte Hannoveraner Andreas Japtok: „Eine höchst unpassende Bemerkung." Eine improvisierte Fête auf der Tribüne des Velodroms mit Hamburgern, Hot Dogs und Bier fand ohne Zschunke statt.

TENNIS / Nach Schaukampf gegen Ivan Lendl

Tiriac: Boris Becker wird nicht verheizt

H.-J. POHMANN, Berlin

Die Matadoren hielten ihren Einzug. Eingehüllt in gleißendes, sie verfolgendes rotes Scheinwerferlicht, hatten sie ihre Weltpremiere. Ivan Lendl, die Nummer eins der Computerweltrangliste, und Wimbledonsieger Boris Becker trafen sich am Montagabend in der fast ausverkauften Berliner Deutschlandhalle zu ihrem ersten Schaukampf.

7500 Berliner gaben sich die Ehre, eine Besucherzahl, die es noch niemals bei einem Tennismatch an der Spree gab. Selbst als vor 25 Jahren die Kramer-Truppe mit Pancho Gonzalez und Pancho Segura in der Deutschlandhalle auftrat, war die Arena nicht annähernd so gefüllt. Und dennoch gab es vor Beginn bange, skeptische Fragen der Lokalpresse und der Besucher. Wird der Boris verheizt, kann er die Strapazen der vergangenen Wochen und Monate überhaupt verkraften?

Situationen, in denen die Augen des Becker-Managers Ion Tiriac gefährlich anfangen zu funkeln. „Was soll das eigentlich, alle anderen Top-Spieler bestreiten mindestens viermal so viele Schaukämpfe." Und einmal in Fahrt, sprudelte es aus dem Tennis-Experten nur so raus. „Es ist sowieso schon schwer genug, den Boris zu bremsen. Der ist tennisverrückt wie nie zuvor, er möchte am liebsten jeden Tag spielen."

Schon bei diesen Antworten sind neue Reaktionen des Dreigestirns Tiriac, Coach Günter Bosch und Boris Becker zu erkennen. Sie fühlen sich zur Zeit, vor allem in der deutschen Presse, zu negativ dargestellt. „Jahrelang warteten die Deutschen auf einen guten Spieler. Bitte schön, jetzt haben sie ihn, und nun ist es ihnen auch wieder nicht recht," so Tiriac. Selbst Günter Bosch, der sich nach wie vor so wohltuend zurückhaltend im Hintergrund aufhält, will nun häufiger seinen Schützling offensiv verteidigen. „Boris machen seine Reisen viel Spaß, und er ist derjenige, der diese ganzen Unternehmungen physisch und auch psychisch leicht durchsteht."

Dabei meldete Ion Tiriac, als es um einen Start von Becker bei den Australian Open Ende November in Melbourne ging, selbst Bedenken an. „Für das Davis-Cup-Finale vom 20. bis 22. Dezember gegen die Schweden muß sich Boris optimal vorbereiten, und da kann er nicht nach Australien fahren." Da aber zeigte es sich, daß der noch 17Jährige durchaus einen eigenen Willen besitzt, und mit einer verblüffend einleuchtenden Antwort konnte er auch seinen Manager überzeugen.

„Nach den US-Open habe ich mit Tokio erst ein Grand-Prix-Turnier gespielt. Schließlich bin ich ja Tennis-Profi, und da muß ich halt auch Turniere bestreiten." Also hat man sich in „einer freundschaftlichen Diskussion" geeinigt, „schließlich spiele ich ja auf Rasen außerordentlich gerne und gut".

Gut hat er auch in Berlin gegen Lendl gespielt. Zu Beginn gelangen dem „neuen Liebling der Berliner" (Berliner Morgenpost) in der Tat fast alle Schläge nach Wunsch. Je länger das Match aber ging, um so mehr merkten die Besucher noch den kleinen Unterschied, der Becker von der Nummer eins Ivan Lendl trennt. Was fehlt, ist die Konstanz in seinem Spiel. Während Lendl über eine längere Distanz präzise sein Pensum herunterspielen kann, will Becker nach einer gewissen Zeit seine Schläge zu sehr forcieren, will zu schnell zu direkten Punktgewinnen kommen.

Aber dies ist eine Frage der spielerischen Reife, die Becker, der schon jetzt über eine perfekte Technik verfügt, im Laufe der Jahre lernen wird. Die Berliner waren zufrieden, und keiner der 7500 Besucher fragte nach Ende des Spiels über die Daseinsberechtigung eines Schaukampfes.

In Berlin hat Boris Becker erstmals alle Spekulationen um seine Einberufung zur Bundeswehr beendet. Er sagte: „Wenn ich einberufen werde, dann werde ich gehen." Da er seinen Wohnsitz in Monaco hat, könnte er theoretisch einer Einberufung ausweichen.

STAND ● PUNKT / Der Sport ist längst nicht mehr Selbstzweck

Es ist noch immer kein Ende abzusehen: Der Deutsche Sportbund (DSB), ohnehin schon die größte Bürgervereinigung der Nation, wächst immer noch. 19 258 583 Mitglieder weist die Statistik jetzt auf. Das sind 318 461 Mitglieder mehr als im Vorjahr.

Altgediente Funktionäre reiben sich da verwundert die Augen. Denn in der Leichtathletik, im Rudern, Hockey oder Boxen ärgern sie sich seit Jahren über sinkende Mitgliederzahlen. Als Ursachen führen sie rückläufige Geburtenquoten und zunehmende soziale Schwierigkeiten an. Jetzt wird ihnen der Irrtum schriftlich bestätigt.

Denn es gibt eine Reihe von Verbänden, die einen regelrechten Boom verzeichnen können. Trotz Pillenknick und neuer Armut. Tanzen, Squash und Golf gehören dazu. Sportarten, die nicht so preiswert sind wie Leichtathletik oder Hockey.

Es muß also andere Gründe geben für das schwindende Interesse am traditionellen Sport. Soziologen haben schon erste Erkenntnisse gewonnen. Das Freizeitverhalten und die Motivation für Sporttreiben haben sich grundlegend geändert. Früher war Sport eher Selbstzweck, der Verein ein Sozialraum, in dem die Geselligkeit beim Bier oft wichtiger war als der Wettkampf.

Inzwischen geht der Trend zur Individualisierung. Es besteht der Wunsch nach Unabhängigkeit, losgelöst von Vereins-Vorschriften. Sport, siehe Golf, wird zum Statussymbol. Nicht mehr der Sport ist wichtig, sondern seine Folge, nämlich fit zu sein. ULLA HOLTHOFF

ARD | ZDF | SAT 1

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.45 ARD-Ratgeber
10.00 heute
10.03 Aus Forschung und Technik
Die Eroberung des Weltalls
10.50 Der Mann, der die Welt verändern wollte
12.10 Report
12.55 Presseschau

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Die Zweite Armee
Bericht über die Reservisten der Bundeswehr
Von Georg Watschus
16.55 Das Haus der Krokodile
Sechsteiliger Kinderkriminalfilm nach Helmut Ballot
1. Teil: Der Mann im Spiegel
Zum ersten Mal sind die Eltern ohne ihre Kinder Victor, Cora und Louise in Urlaub gefahren. Und schon ereignen sich seltsame Sachen in der Wohnung . . .
17.25 Lilingo
Sechsteilige Dokumentationsreihe von Michael Frank und Jürgen Wesche
Ein Dorf in Afrika
1. Teil: Gari – Das Dorf
Das afrikanische Dorf Lilingo steht im Mittelpunkt der neuen Serie. Ein alter Mann erzählt von der Gründung des Dorfes, ein anderer interpretiert den Zustand der Welt. Und viele Jugendliche verlassen ihre Heimat und gehen an die Elfenbeinküste, um dort zu arbeiten.
17.50 Tagesschau
19.28 ARD-Sport extra
Fußball-Europapokal der Landesmeister: Austria Wien – Bayern München
20.15 Tagesschau
21.15 Fußball-UEFA-Pokal: Borussia Möchengladbach – Sparta Rotterdam
Bohemians Prag – 1. FC Köln
22.00 Brennpunkt
Nicht nur Theater, ein deutsches Trauerspiel
22.45 Tagesthemen
23.15 Show-Bühne
Unterhaltung – garantiert frisch mit Alfred Biolek
Mitwirkende: Mark'n Simon, Original Black Bottom, Skiffle Group
0.00 Tagesschau
0.05 Nachtgedanken
Späte Einsichten mit Hans Joachim Kulenkampff

ZDF

16.00 heute
16.04 Bettkantengeschichten
Tante Helga und die Ausreißer
Von Jens Peter Behrend
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Tao Tao
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 Trio mit vier Fäusten
Strapazierte Gastfreundschaft
Dazw. heute-Schlagzeilen
18.55 mittwochslotto – 7 aus 38
Spiel 77
19.00 heute
19.30 Spielregeln
Jugend und Justiz
Nur ein Denkzettel
20.15 Kennzeichen D
U. a.: Aus der Rockszene der „DDR" die Gruppe Silly und Tamara Danz
Moderation: Dirk Sager
21.00 Hotel
Nach Arthur Hailey
Schicksalslinien
21.45 heute-journal
22.05 Christ-Sein in Rom
Eine Basisgemeinde neben dem Vatikan
Film von Peter Frey und Ute Eith
Rund 3000 Mitglieder hat die „Gemeinschaft des Heiligen Ägidius" in Rom. Diese, eng den Armen verbundene Kirche, hilft pflegebedürftigen alten Menschen, unterrichtet Zigeuner oder fährt mit Behinderten in Urlaub.
22.35 Das kleine Fernsehspiel
Archiv der Blicke
Der Kamerafilm von Rüdiger Neumann besteht aus drei Teilen: Landschaftsteil Süddeutschland, Stadt-Teil und Landschaftsteil Norddeutschland. Sein Ziel: Bilder zu zeigen, die in der bisherigen Kulturgeschichte zu kurz gekommen sind.
23.55 heute

SAT 1

17.00 Kultur, Natur und Wissenschaft
18.25 APF blick:
Liveübertragung der Landung der 1. deutschen Weltraum-Mission sowie Nachrichten und Quiz
18.45 Zahlen und Buchstaben
Das Konzentrationsspiel
19.10 Sport auf SAT 1
Unterhaltung rund um den Sport
Anschl. Skatturnier der BILDWOCHE
19.35 Hunter
Operation Blaumeise
Anschließend: Wetter-Bericht
20.30 Love Boat
Anschließend: Ihr Wochenhoroskop
21.30 APF blick:
News, Show, Sport
22.15 Der Mörder hinter der Tür
Franz.-ital. Spielfilm (1970)
Mit Charles Bronson, Anthony Perkins, Jill Ireland u. a.
Regie: Nicolas Gessner
23.45 APF blick:
Letzte Nachrichten

3SAT

18.00 Galerie für Kinder
19.00 heute
19.30 Laß' das mal den Tony machen
21.00 Die Mittwochsgeschichte
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal
21.45 Unsere Nachbarn, die Italiener
22.15 Sportreport
23.00 3SAT-Nachrichten

RTL-plus

18.53 7 vor 7 – Newsshow
19.20 Karichen
19.30 Delvecchio
20.15 RTL-Spiel
20.20 Filmvorschau
20.30 So ein Affentheater
Deutscher Spielfilm (1953)
21.50 RTL-Spiel
22.05 Wer bin ich?
22.38 Horoskop

III.

WEST
18.00 Telekolleg II
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Bürgerforum
Oma muß weg!
Altenproblematik in NRW
21.45 Hobbythek
Für Fotofreunde
Bunte Bilder und falsche Farben
Sendung von und mit Ulla Hamann und Peter Brückner
22.30 Eine ganze Nacht
Belgischer Spielfilm (1981/82)
(Original mit deutschen Untertiteln)
23.55 Letzte Nachrichten

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 Englisch für Fortgeschrittene
19.00 Von Mann zu Mann
19.30 Das Jahr im Garten: November
20.00 Tagesschau
20.15 Schaufenster
21.00 Die schwierige Nation (1)
21.45 Das Messer im Wasser
Polnischer Spielfilm (1961)
Roman Polanskis erster und 1962 in Venedig ausgezeichneter Film. Der Psychothriller schildert die Rivalität zwischen einem älteren und einem jüngeren Mann, einem Sportredakteur und einem Studenten, die zusammen einen Segel-Törn unternehmen.
23.15 Actualités
23.30 Nachrichten

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.30 Denk und Dachte
18.50 Wieso – Weshalb – Warum?
19.05 Was tun mit der Zeit!
19.45 Herrchen gesucht
20.15 Stadtgespräch
Bürger und Politiker heute in Hofgeismar
21.30 Drei aktuell
22.00 Hessen Drei unterwegs
Wie alt sind die Kutschen?
22.15 Kein Land
Film von Karsten Wichniarz
23.40 Schach dem Weltmeister

SÜDWEST
18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg II
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Reden ist Gold
Talkshow für Jugendliche
20.15 Reisewege zur Kunst
Spanien – Kastilien (1)
21.00 Grüße von der Cosa Nostra
Italienischer Spielfilm (1971)
Mit Carlo Giuffré, Vittorio de Sica, Jean-Claude Brialy u. a.
Der Sizilianer Salvatore hat Heimweh. Doch als Tankwart in New York verdient er zuwenig Geld, um nach Hause zu fahren . . .
22.30 Die Herren der Welt (2)
23.15 Nachrichten

BAYERN
18.45 Rundschau
19.00 Bayern-Kino '85
19.45 Mad Movies oder Als die Bilder laufen lernten
20.15 Christians Wunderbrettl
20.45 Zeitspiegel
21.30 Rundschau
21.45 Z. E. N.
21.50 Ein Liebesdrama (2)
22.50 Eine Hitschmiede wird 100 Jahre alt
23.35 Schach dem Weltmeister
0.05 Rundschau
0.10 News of the Week

Der Beo vor dem Richter

A.W. – Die besten Geschichten schreibt doch das Leben selbst, auch die besten Tiergeschichten. In Bonn hat sich jetzt ein Stücklein begeben, an das selbst die feinsten Erzählungen von Selma Lagerlöf, Ernest Thompson-Seton oder Richard Gerlach schwerlich heranreichen dürften.

Zwei Nachbarinnen stritten sich um den Besitz eines Beo, der der einen zugeflogen war, und den die andere als ihren Besitz reklamierte. Der Fall kam vor den Kadi, und die Reklamierende legte Photos ihres „entflohenen Lieblings" vor, aber das Gericht akzeptierte sie nicht als Beweismittel. Denn alle Beos sehen faktisch gleich aus, schimmernd schwarz und mit einem hübschen orangefarbenen Schnabel.

Doch Beos, zur Gattung der asiatischen *Glanzstare* gehörend, *sind* bekanntlich auch die größten Sprachkünstler unter den Tieren, jedem Graupapagei um Längen überlegen, und eben diese Sprachbegabung half der reklamierenden Nachbarin doch noch zu ihrem Recht. Denn das Vögelchen, vom weisen Richter um eine Sprachprobe gebeten, ahmte seine alte Herrin so umwerfend genau nach, daß jeder justizielle Zweifel sofort ausgeräumt war. Der Beo ging an die erste Besitzerin zurück, die lediglich 350 Mark Futtergeld an die zweite zahlen muß.

Der Richterspruch löst beim Leser spontane Genugtuung aus, aber der wahre Tierfreund bleibt unbefriedigt. Denn den Beo selbst konnte niemand fragen, ob denn auch er mit dem *Urteil* zufrieden sei oder ob ihm vielleicht sein neues Quartier sehr viel besser gefalle als das alte. Die von ihm gelieferten Kostproben *vom Sprachstil der Herrin* waren leider völlig wertneutral und ließen keine Rückschlüsse auf die Behandlung zu, die sie ihrem „Liebling" angedeihen ließ.

Ein Richard Gerlach hätte mit Sicherheit – und ohne die Gesetze der Biologie im mindesten zu verletzen – *einen stilistischen Weg gefunden*, in das Innere des Beos und seine wahren Wünsche hineinzuleuchten. Nein, die beste Geschichten schreibt eben doch nicht das Leben.

Deutsche Kunst in USA

Washingtons Liebe zu Emil Nolde

Amerikas Hunger nach deutscher Kunst, vor allem des Expressionismus und seiner wilden Erben, ist nicht zu stillen. Da aber große Gemäldeausstellungen kaum, und schon gar nicht auf die Schnelle, zu realisieren sind, darf es denn auch schon einmal ein Randbereich sein, mit dem ein Museum nach dem Pars-pro-toto-Prinzip seine Präsenz behauptet.

Das muß dabei gar keine Verlegenheitslösung sein, wie jetzt gerade eine schöne, kleine und hervorragend aufgenommene Ausstellung der National Gallery in Washington lehrt. Sie präsentiert knapp hundert Druckblätter des deutschen Expressionismus. Das Besondere daran: es handelt sich um eine Privatsammlung, *nämlich* die des Ehepaars Ruth und Jacob Kainen, die hier zum ersten Mal öffentlich gezeigt wird. Und kaum faßbar ist, daß sie zum überwiegenden Teil erst in den letzten fünfzehn Jahren zusammengetragen wurde. Unter diesen Umständen ist die Qualität der Sammlung ein Mirakel, selbst wenn man in Rechnung stellt, daß Jacob Kainen einmal der Kurator für Graphik der Smithsonian Institution gewesen ist.

Graphik: das heißt natürlich auch, daß man hier manchem lieben Bekannten wiederbegegnen darf, Kirchner-Ikonen wie den „Fünf Huren" etwa oder den „Mädchen von Fehmarn", Noldes „Mann mit Zylinder" oder der „Dame mit Federhut" von Otto Dix. Aber die Sammlung der Kainens hat doch schon sehr früh eigenes Profil entwickelt, und vielleicht sogar eines, das jenen eigenen amerikanischen Blick auf den deutschen Expressionismus verrät. Der Erste Weltkrieg mit seinen wahrhaft erschütternden Folgen ist nämlich nur das eine Theme, das fast kühl genommen wird, wie in dem herrlich lakonischen Selbstportrait von Lovis Corinth mit dem eingravierten Datum 10. November, dem Tag des Kriegsendes.

Die andere, noch auffälligere thematische Farbe der Sammlung sind jene Szenen, die irgendwo mit Theater zu tun haben, seien es Kirchners Farblithographien eines sich verbeugenden Künstlers oder eines Harmonikaspielers, seien es Akrobaten oder Tanzpaare, seien es Pechsteins Varietétänzer oder Corinths Henny Porten. In den großzügigen, dekorativen Linien manchen Blattes wird die „O-Mensch"-Gebärde souverän durch Eleganz überspielt. Und plötzlich realisiert man, daß dieser deutsche Expressionismus durchaus seine weltläufigen, gefälligen Seiten hatte (bis 9. Februar 1986, Katalog 12,50 Dollar).

REINHARD BEUTH

Das fatale Fassbinder-Stück, inoffiziell besichtigt

Hier wird die Kunst zum Müll

Nachdem nun in Frankfurt Fassbinders Stück „Der Müll, die Stadt und der Tod" als geschlossene Vorstellung für Kritiker in Gestalt einer „Inszenierungsprobe" gegeben wurde, möchte ich als erstes den Intendanten aus dem Programmheft zitieren: „Wo Versöhnung sein soll und muß, muß aber auch offen und kritisch zueinanderhin gedacht werden." Er dekretiert in schlechtem Stil Versöhnung und belehrt die Juden, die „müßten" Fassbinders Anrempelung als versöhnlich gemeinte Geste diskutieren. Mit ihm, Rühle. Auf den Gedanken, daß er die Feststellung allmählicher Heilung allein den Juden zu überlassen hat, kommt er nicht. Er *leitet Versöhnung ein*. Mit Fassbinders Hilfe. Verstanden? Weggetreten!

Jetzt erst, nach der Probevorstellung, in der das Stück Wort für Wort gespielt wird, kann man genau analysieren, was da hochkommt. Zunächst die übliche Fassbinder-Mischung aus sexueller Gewalttätigkeit, unüberbietbarer Vulgarität, provozierendem Zynismus, Parodie, nihilistischem Todestrieb, dies alles in manieristische und atavistische Kulthandlung getaucht. Durch diese chaotischen Dschungel à la Jim Jones geistert ein Jude, dessen üble Praktiken im Frankfurter Grundstücks- und Baugeschäft tabu sind wegen der Judenmorde im Nazi-Deutschland.

Dieses Tabu, das es kurz nach dem Zusammenbruch hie und da gab, wird hier nachträglich „gebrochen". Es besteht angeblich fort. Alte Nazis erhalten dadurch neue Argumente und können neue Anhänger gewinnen. Also müssen zum Beweis der *anachronistischen These alte Nazis* ins Spiel kommen. Und nun bricht Fassbinder in seiner üblichen Nonchalance ein ganz anderes Tabu. Das werden wir noch sehen.

Franz (Michael Schlegelberger), der Ehemann und Zuhälter der Hure Roma (Ellen Schulz), wird aus Trauer über ihren plötzlich vom reichen Juden herabregnenden Reichtum schwul (was für eine Schnapsidee!) und wird in einem Lokal bei einer Schwulen-Orgie so fertig und glücklich gemacht, daß er halbtot liegenbleibt. Dabei betet sein Freund Gluck (Werner Schwuchow) herzzerreißende Klagepsalme. Später trägt laut Regieanweisung Gluck seinen blutenden Freund hinaus, so, „wie Christus das Kreuz" getragen hat.

Dann wird ein Judenmörder Müller (Ernst August Schepmann), der Vater der Roma, für seinen Job als Transvestit eingekleidet und zu einer Nazi-Parodie stilisiert (die Verherrlichung seiner Juden-Morde trägt er im Weiberkostüm vor). Da sah ich plötzlich wieder den silberglänzenden, fetten Mörder Göring vor mir, der ja noch jede Parodie übertrumpft. Der Versuch der Regie, den Mordbericht und das Mordgelüst Müllers durch Parodie wenigstens dem Gelächter *preiszugeben, geht Zuschauern, die* wache Erinnerungen haben, als Faust ins Auge.

Gewiß, sie haben noch etwas mehr versucht. *Als Roma von ihrem Vater* das Mörderbekenntnis hört, spuckt sie vor ihm aus, redet aber weiter im kritiklosen wörtlichen Text. Er hängt ihr, ebenfalls über den Text hinausgehend, eins jener Schilder um, die in der Nazi-Zeit Mädchen für „Rassenschande" anprangerten. Dann benutzt er sie rasch mal selbst, sie ist ja eine Prostituierte.

Da soll also die verkommene Mentalität der Nazis erscheinen. Jedoch – mit Mätzchen räumt man keine antisemitischen Tiraden aus. Lessing hatte einst seinen ganzen „Nathan" gegen die anti-semitische Tirade des Patriarchen aufgerichtet. Fassbinder kein einziges Wort. Und warum nicht? Die Wirkung der behaupteten Judentabuisierung soll Beweiskraft erhalten. Und damit bricht er nun allerdings ein anderes „Tabu", zu dem die Deutschen vor der Geschichte verpflichtet sind: nämlich jede anti-semitische Propaganda zu ahnden.

Und der reiche Jude? Er heißt jetzt „A. genannt der reiche Jude". Edgar M. Böhlke macht aus ihm einen würdevoll einherschreitenden, denkerisch verschatteten Herrn, den er so sehr versüßt, daß sich seine zynische Selbstcharakterisierung vor Roma („es muß mir egal sein, ob Kinder weinen, ob Alte, Gebrechliche leiden") anhört wie ein Bekenntnis im Beichtstuhl. Er verachtet seine Handlanger, den kleinen Prinzen (Michael Quast) und seinen Hofnarren (Franz Nagler), und so verachtet er sicher auch das, was er leider tun muß: spekulieren. Armer, süßer Mann, der endlich einen Menschen findet in Roma, die aber auch *nur* eine „*Rolle*" zu spielen und eine „Pflicht" zu erfüllen hat! Sie ist ihm das Mittel, ihren mörderischen Vater zu demütigen, dessen *Vergangenheit er kennt und den* er mit Demütigung straft. So streng sind seine Bräuche! Roma kriegt alles satt, will sterben, und er tötet sie, aus Liebe.

Beim Polizeipräsidenten denunziert der kleine Prinz den reichen Juden, fliegt dafür aber aus dem siebten Stockwerk auf die Straße, und als der reiche Jude kommt, auf seinen Hofnarren deutet und sagt: „Der kann bezeugen, wo ich war, als dieser Mord geschah", da bricht die ganze joviale Schar in ein befreiendes Gelächter aus. Ende.

Himmel, was soll der ganze Unsinn! Man kann jeden Quatsch in Blutsuppe und Sahne anrühren und damit Snobs erschüttern. Aber wenn Fassbinder glaubt, sein tabuisierter mieser Theaterjude bringe die Jugend zu der Einsicht, sie seien vierzig Jahre lang nicht normal gewesen und leisteten damit einem neuen Anti-Semitismus selbst Vorschub, und sie sollten jetzt endlich, nebbich, über ihre Leiden und Toten zur Tagesordnung übergehen, dann kann man den deutschen Autor und seine deutschen Arrangeure nur noch für meschugge erklären. Dieses Stück ist in seiner nonchalanten Chuzpe eindeutig antisemitisch.

Es ist dabei völlig gleichgültig, ob das absichtlich oder ungewollt zustandegekommen ist. Die Figur des „reichen Juden" allein schon ist eine *Beleidigung der Juden. Und das mörderische* Antisemitengezeter schlägt dem Faß vollends den Boden aus.

RUDOLF KRÄMER-BADONI

Die Bamberger Symphoniker unter Horst Stein

Vom Pathos entschlackt

Die Bamberger Symphoniker haben seit Beginn dieser Saison einen neuen Chefdirigenten: Horst Stein. An ihn knüpfen sich große Hoffnungen. Denn um die Bamberger war es ein bißchen still geworden in den letzten Jahren, und mit Stein hat man nun wieder einen Dirigenten von jenem ausstrahlenden Format, das ein solches Reise- und Tourneeorchester braucht. Denn nur für den städtischen Konzertbetrieb der fränkischen Bischofsstadt ist ein Spitzenorchester wie dieses zu aufwendig.

Wenn sich auch Steins Ruf in erster Linie auf die Oper gründet, etwa aus seiner Tätigkeit bei den Festspielen im nachbarlichen Bayreuth, so hat er doch auch eine immense Erfahrung als Konzertdirigent, die sich nicht zuletzt auf sein erfolgreiches Wirken beim Orchestre de la Suisse Romande gründet. Sich auch in Deutschland wieder als Konzertdirigent ins Bewußtsein zu bringen, dürfte Stein an dieser Position gereizt haben.

Die Zeichen für die Zusammenarbeit stehen um so besser, als das von der Phonoindustrie vernachlässigte Orchester gerade einen Exklusivvertrag mit der Münchner Schallplattenfirma Ariola geschlossen hat, die nun ihre lang vernachlässigte Klassik-Produktion reaktivieren will.

Für den neuen Anlauf der Bamberger wurde es auch Zeit, denn im nächsten Jahr will das Orchester seinen 40. Geburtstag mit Glanz feiern. Man erinnert sich: Im März 1946 wurde ein Beethoven-Abend unter Wetzelsberger zum verheißungsvollen Beginn des „Bamberger Tonkünstlerorchesters", das sich fast ausschließlich aus geflüchteten Mitgliedern der ehemaligen „Deutschen Philharmonie Prag" zusammensetzte.

Der letzte Chef der Prager, Joseph Keilberth, wurde Chef der Bamberger, und auf diese Zeit in den fünfziger und sechziger Jahren gründet sich der Ruf der Bamberger noch heute. Damals waren sie mit ihren weltweiten Tourneen ein geradezu idealer Kulturbotschafter für das wiederaufgebaute Deutschland.

In seinem Einstandskonzert verband Horst Stein zwei eigentlich recht unpopuläre Werke, das zweite Violinkonzert von Prokofieff und Bruckners sechste Sinfonie. Um so mehr schätzten die Kenner das Pro*gramm, in dem* sie Dmitry Sitkovetsky als einen Geiger mit Freude am delikaten Ton kennenlernen konnten, dem äußerliches Virtuosentum absolut fremd war. Die Natürlichkeit seiner Interpretation, der in den markanten Klangfeldern die kultivierte Schärfe ebensowenig fehlte wie die balsamische Wärme selbst in ätherischen Höhen, setzte sich bei Bruckner fort. Seine Symphonie wurde von allem Pathos entschlackt. Stein formte das gewaltige Klanggebilde zu einer glänzenden Einheitlichkeit.

Steins erstes Saisonprogramm zeigt eine Vorliebe für das 19. Jahrhundert, doch auch das zeitgenössische Musikschaffen ist durch Krzysztof Penderecki als Gastdirigent prominent vertreten. Darüber hinaus spielt man viel Kammermusik; zahlreiche Solistenvereinigungen gingen immer schon aus den Symphonikern hervor.

Noch finden die Bamberger Konzerte in der umgestalteten ehemaligen Dominikanerkirche statt – ob sich aus Anlaß des 40. Geburtstages auch der Wunsch des Orchesters nach einer neuen Heimstätte, einem akustisch befriedigenden Konzertsaal, erfüllen lassen wird?

JÖRG RIEDLBAUER



Orgie aus bunten Masken und Requisiten – und viel nacktes Fleisch: Szene aus Jérome Savarys Revue „Bye Bye Show-Biz". Aus der Stuttgarter Aufführung FOTO: HANNES KILIAN

Savarys Glitzerrevue „Bye Bye Show-Biz" am Stuttgarter Staatsschauspiel

Artistenträume auf dem Arbeitsamt

Was tut ein Theaterintendant, der an einem Schauspielhaus sein Amt neu antritt, um zu Erfolg zu kommen? Ganz einfach: er verzaubert sein Publikum. Eben dieses sollte am vergangenen Montag abend im Kleinen Haus des Stuttgarter Staatsschauspiels geschehen. Intendant Ivan Nagel holte sich den französischen Bühnen-Hexenmeister Jérome Savary, der sein Premieren-Auditorium mit einer blitzblanken Revue unter dem Titel „Bye Bye Show-Biz" verzaubern sollte.

Savary, der mit dieser Show über das Show-Business bei der Uraufführung 1984 in Paris Furore machte, ist ja bekannt als ein Regisseur, dem die *Kraft zu phantastischen Verwand*lungsideen und glänzenden Revuenummern nicht auszugehen scheint. In Stuttgart nun dokumentierte er, *daß er zwar ein begabter Unterhal*tungsregisseur ist, aber die Knochenarbeit professionellen Entertainments doch noch ein wenig mehr bedarf, um zur federleichten Perfektion zu gelangen. Savarys Glitzershow fehlte der letzte Pfiff.

Dabei hatte er keine Kosten und Mühen gescheut, um in einer zweieinhalbstündigen Nummernparodie die Geschichte des Showgeschäfts – von den Primitivgags aus den Steinzeithöhlen bis zum Glamour vom Broadway – zu illuminieren. Savary erzählt die Geschichte von sechs Künstlern, die in der Tristesse eines Pariser Arbeitsamtes sitzen und auf neue Jobs hoffen. Doch: Rien ne va plu. Da verzaubert Astor le magicien (Hilmar Thate) den grauen Wartesaal in eine kunterbunte Music-Hall.

Savary hat sich eine engagierte Bühnenmannschaft zusammengestellt: Angelica Domroese als Sängerin Mona, die von einem Auftritt am Broadway träumt und doch nur in einem drittklassigen Etablissement landet, wo sie dann Hilmar Thate, der Zauberer Astor, auf liest und zum Star seiner *Verwandlungsschau* macht – als schwebende Laura und als zersägte Jungfrau. Es sind magische Tricks, die das Ehepaar Domroese/Thate *glänzend zeigt und das Publikum da*mit wirklich verblüfft.

Ute Lemper ist Aurelie, die sich als Rocksängerin mit „Tuttifrutti" eine *Karriere erhofft – doch vom Clubma*nager (Michael Mendl) schamlos ausgebeutet wird. Mendl ist einer der wundervollsten Protagonisten an diesem Abend, ein begabter, vielseitiger Schauspieler, der einer ganzen Reihe von Rollen Witz und Ironie verleiht. Daniela Naini als die Ballettmaus Caro, die vom Tütü der Primaballerina träumt, fällt einem vertrottelten Ballettopa in die Hände und landet schließlich als Stripperin in einer Kabarett-Absteige. Schließlich Pierre Byland als Max – auf den Traumspuren von Marcel Marceau – und am Ende doch nur Alltagspantomime, als Verkehrspolizist auf den Champs-Elysées.

Savary zeigt ihre Hoffnungen vom Erfolg und ihren Sturz in die Enttäuschung. Eine große Mannschaft aus Tänzern, Chor und Statisten, rasche Szenen- und Kleiderwechsel, eine wahre Orgie aus bunten Masken und Requisiten, viel nacktes Fleisch – das *alles freilich täuscht nicht* darüber hinweg, daß Savary Pointen in dieser „Show der Show" fehlen.

Savarys Revue (Musik: Bob Boisa*dan und Christian Hillion)* trägt nicht nur hier und dort in ihrer allzu deftigen Sprache zu dick auf, sie weist nicht nur szenische Hohlräume auf, in denen es eigentlich vital wuseln sollte, diese Show entpuppt sich letztlich auch als ein riesengroßer bunter Luftballon. Und das Schlimme daran ist: Er platzt nicht einmal. Trotzdem, das Publikum war begeistert.

PETER HAHN

Paul Schraders Film über Leben und Tod des japanischen Dichters Mishima

Die Harmonie von Feder und Schwert

Der Film „Mishima" des amerikanischen Regisseurs Paul Schrader, *eine japanisch-amerikanische* Koproduktion, wurde nicht zu den diesjährigen Filmfestspielen von Tokio eingeladen. Das war eine Demon*stration. Das wilde Drama des öffent*lichen Selbstmordes, den der Schriftsteller Mishima am 25. November 1970 beging und das der Film zum Ausgangspunkt *nimmt*, hat in Japan zu einem Trauma geführt, das man nicht auf der Leinwand paraphrasiert sehen möchte.

Im Ausland dagegen haben die letzten Jahre Mishimas, als er sich politischen Wahnvorstellungen hingab – er bildete eine Privatarmee und huldigte dem traditionellen Bild des Tenno –, die schließlich zum gewaltsamen Tod führten, den Mann außerordentlich populär gemacht. In Amerika wurden alle seine zwanzig Romane veröffentlicht, seine Stücke wurden und werden gespielt, und es war nur noch eine Frage der Zeit, wann sich auch der Film Mishimas bemächtigen würde.



Der Schriftsteller als Kinoheld: Ken Ogata ist „Mishima" in Paul Schraders gleichnamigem Film FOTO: DIE WELT

Schrader erzählt das Leben des Dichters in schwarzweißen Rückblenden und stellt parallel dazu in Farbe gedrehte Szenen aus seinen *Romanen*. Er teilt den Film *in vier* Kapitel ein, denen er die Titel „Schönheit", „Kunst", „Tat" und „Die Harmonie von Feder und Schwert" gibt. Die Beziehungen zwischen Fiktion und Leben stellen sich wie von selbst ein. Alles in allem ist der Film eine sehr eindrucksvolle Huldigung an den japanischen Dichter.

Mishima war im Grunde eine schwächliche Natur, die ihre Schwäche aber aus anerzogener Liebe zur *soldatischen Tradition* mit eisernen Mitteln bekämpfte. Die frühesten Lebensjahre verbrachte er, der „verwestlichten" Mutter entzogen, bei seiner *Großmutter* väterlicherseits, die, aus einer Samurai-Familie stammend, den Haß auf die vermeintliche Mediokrität ihres Mannes und Sohnes so weit trieb, daß sie den Enkel in Mädchenkleidern aufzog. Der kleine Mishima reagierte darauf, indem er die Schwächlichkeit seines Körpers mit martialischen Übungen bekämpfte und die Anfälligkeit seiner Gesundheit einfach ignorierte. Dennoch: Als er in den letzten Kriegstagen eingezogen werden sollte, simulierte er den Schwächling.

Früh lernte er westliche Sprachen, las die großen Autoren Europas. Als seine Vorbilder bezeichnete er François *Mauriac und Thomas Mann. Eine* ganz wesentliche Qualität in Mishimas Werk ist eine sehr unjapanische, an Thomas Mann geschulte Ironie. Der Dichter trieb sie *manchmal bis zu* einem Punkt, an dem ihm auch die gutwilligsten und „westlichsten" Kritiker nicht mehr zu folgen vermochten. So nannte er, in Anlehnung an Thomas Manns Essay „Bruder Hitler", eines seiner Theaterstücke „Mein Freund Hitler". Es war die Geschichte des „Röhm-Putsches", und Mishima selbst schrieb dazu: „Eine abscheuliche Huldigung an diesen gefährlichen Helden – von dem gefährlichen Ideologen Mishima."

Mishimas Erfolg als Roman- und Theaterautor war gewaltig. 1968 war er für den Nobelpreis im Gespräch, den dann aber sein älterer Landsmann und Freund Yasunari Kawabata erhielt, der sich ebenfalls, zwei Jahre nach Mishima, das Leben nahm. Marguerite Yourcenar weist in ihrem Essay „Mishima oder die Vision der *Leere" sehr zu Recht auf die Häufig*keit von Selbstmorden unter japanischen Schriftstellern hin und räumt der Handlung Mishimas einen besonderen Stellenwert ein:

„Trotz der nahezu allgemeinen Mißbilligung des ‚sepuku' (die rituelle Todesart, die Mishima wählte) zog die Zeremonie des Totengedenkens Tausende von Personen an. Es hat den Anschein, daß dieser gewaltsame Akt die Menschen, die sich in einer für sie problemlos anmutenden Welt eingerichtet hatten, tief verstörte. Ihn ernst zu nehmen bedeutete, ihrer Anpassung an die Niederlage und an den Prozeß der Modernisierung ab*zuschwören*."

Die japanische Kritik einigte sich also darauf, in diesem letzten Akt lediglich eine absurde Mischung von *Literatur* und Narzismus, Theater und Homosexualität zu sehen. Paul Schrader zeichnet dagegen ein sehr viel sensibleres Bild. Sein Film ist eine gute Ergänzung zur Lektüre Mishimas.

CHRISTOPH GRAF SCHWERIN

KULTURNOTIZEN

Zum Buch des Monats November hat die Darmstädter Jury den Band „Das Wasserzeichen der Poesie oder Die Kunst und das Vergnügen, Gedichte zu lesen" von Andreas Thalmayr gewählt.

Werke Gustave Courbets zeigt Montpellier vom 5. November bis 29. Dezember anläßlich der Tausendjahrfeiern der Stadt.

Die siebten Filmtage von Orléans finden vom 9. bis 14. November statt.

In der Stadt Frechen bei *Köln*, in der seit Jahrhunderten „Rheinisches Steinzeug" hergestellt wurde, ist jetzt ein Keramikmuseum eröffnet worden.

Professor Carl Maria Hauser, der österreichische expressionistische Maler, ist in Wien gestorben.

Ferdinand Kramer, Architekt und Designer, ist im Alter von siebenundachtzig Jahren in Frankfurt gestorben.

JOURNAL

Weitere Proteste gegen das Fassbinder-Stück

DW. **Frankfurt/M.**

Die Proteste dauern auch nach der geschlossenen Presse-Vorstellung des Fassbinder-Stückes „Der Müll, die Stadt und der Tod" an. Der Kulturdezernent der Stadt, Hilmar Hoffmann, erklärte zwar im Hessischen Rundfunk, die Aufführung habe gezeigt, daß das Stück nicht antisemitisch sei. Diese Auffassung wird jedoch von zahlreichen Kritikern nicht geteilt. Auch in Israel beschäftigen sich weiterhin die meisten Zeitungen kritisch mit den Frankfurter Vorgängen. Ein Privatmann hat inzwischen beim Landgericht Frankfurt eine Einstweilige Verfügung gegen die *Uraufführung* beantragt. *Darüber* wird in einem Eilverfahren am Freitag verhandelt werden. Ein zuvor beantragtes Ermittlungsverfahren gegen den Intendanten, den Regisseur und den Dramaturgen war von der Frankfurter Staatsanwaltschaft abgelehnt worden.

„Bittere Ernte" deutscher Beitrag für den Oscar

dpa, **München**

Der deutsche *Film „Bittere Ern*te" von Agnieszka Holland wird die Bundesrepublik beim Wettbewerb 1986 um die Hollywood-Auszeichnung „Oscar" in der Sparte „Bester fremdsprachiger Film" vertreten. Dies gab die Exportunion des Deutschen Films in München bekannt. Der Film spielt 1943 in Schlesien und schildert die Demütigung der Menschen durch die vom Krieg geschaffenen Situationen. Hauptdarsteller sind Elisabeth Trissenaar und Armin Mueller-Stahl.

Britischer Literaturpreis an Neuseeland

dpa, **London**

Der McConnell-Preis, wichtigste britische Literatur-Auszeichnung, ist an die *neuseeländische Autorin* Keri Hulme für ihren Roman „The Bone People" vergeben worden. Der Preis ist mit 56 000 Mark dotiert. Die 38jährige Autorin behandelt in ihrem Werk die Beziehung zwischen einer einsamen Bildhauerin, einem taubstummen Straßenkind und seinem jähzornigen Stiefvater.

Ungarisches Theater in Jugoslawien

ly. **Neusatz**

Das neue, eigene Haus des ungarischen Theaters der jugoslawischen *Donaustadt Neusatz*, das über 370 Plätze verfügt, wurde jetzt mit der Premiere von Peter Shaffers „Equus" eingeweiht. Das Ensemble *wurde bereits 1973 gegründet*. Jeder sechste Bürger von Neusatz ist Ungar. Es gibt in der Stadt außerdem einen ungarischen Zeitungs-, Zeitschriften- und Buchverlag („Fórum"), eine ungarische Hörfunk- und Fernsehredaktion, ein Institut für Hungarologie und an der Universität einen Lehrstuhl für ungarische Sprache und Literatur.

Peter Girth wird Intendant in Düsseldorf

AP, **Düsseldorf**

Der ehemalige Intendant der Berliner Philharmoniker, Peter Girth, hat sein Amt als erster Intendant der Düsseldorfer Symphoniker angetreten. Wie ein Sprecher der Stadt Düsseldorf mitteilte, soll Girth in *der neugeschaffenen Funktion* des Orchester-Intendanten den amtierenden Generalmusikdirektor Bernhard Klee entlasten. Girth, der in Düsseldorf nicht als Dirigent tätig sein wird, war vorher unter Herbert von Karajan bei den Berliner Philharmonikern beschäftigt. Er hatte dort jedoch vor rund einem Jahr im Rahmen der Querelen um die Klarinettistin Sabine Meyer den Dienst quittiert.

Georg Stadtmüller †

cgs. **Köln**

Mit Georg Stadtmüller, der im Alter von 76 Jahren gestorben ist, hat die alte Schule der deutschen Osteuropa-Forschung einen hervorragenden Fachmann und Sachkenner verloren. Stadtmüller, zuletzt emeritierter ordentlicher Professor für Geschichte Ost- und Südosteuropas in München, stammte selber nicht aus dem Osten: er wurde in *Hessen geboren*. Aber der Osten ließ ihn als deutsches Thema nicht mehr los, seit er 1935 in Breslau Abteilungsleiter am dortigen Osteu*ropa-Institut wurde und kurz dar*auf, 1938, die Leitung des Südost-Instituts in Leipzig übernahm. Nach dem Kriege wurde er 1950 *Professor an der Universität Mün*chen und leitete mehrere Jahre das in München neu aufgebaute Osteuropa-Institut. Der universell gebildete Gelehrte schrieb eine vielbeachtete Geschichte Südosteuropas und beschäftigte sich mit albanischen Forschungen, mit Ungarn und der Habsburger Monarchie. Stadtmüller wußte zuviel, um in Illusionen über den Osten zu verfallen. Sein klarer Blick auch für politische Zusammenhänge wurde aber ergänzt von einer kritischen Hingabe an diesen Osten – einen Schicksalsraum der Deutschen.

Rätselhafte Briefe an die tote Ehefrau

PETER SCHMALZ, Augsburg

Frische Blumen schmücken das Doppelgrab 118 19 auf dem Neuen Ostfriedhof von Augsburg. Ein schlichtes Kreuz und die Vornamen mit den Lebensdaten der drei Toten sind in den Marmorstein gemeißelt: Ingrid wurde 30 Jahre alt, die kleine Stephanie nur drei, das Baby Michael lebte sogar nur achtzehn Monate. Sie sind eines gewaltsamen Todes gestorben. Den Täter glaubt der Staatsanwalt zu kennen: Der Ehemann der Toten und Vater der beiden Kinder, der frühere Regierungsrat im bayerischen Finanzministerium Hartmut Görs. Morgen beginnt sein Prozeß vor dem Landgericht Augsburg.

24 Seiten umfaßt die Anklageschrift, doch Motiv und nähere Tatumstände liegen immer noch im dunkeln. Und Görs schweigt. Nur eine Frage beantwortete er bereitwillig und korrekt, als er am 18. Januar am Grenzbahnhof Basel festgenommen wurde: „Verwitwet", gab er dem Beamten als Familienstand zu Protokoll. Wie aber wurde er Witwer? Warum hat er, wie die Staatsanwaltschaft ihm vorwirft, ohne erkennbaren Anlaß, Frau und Kinder getötet und die Leichen dann am Rande der Autobahn zwischen Würzburg und Hannover an verschiedenen Stellen im Gebüsch versteckt?

Die Familie, so bezeugen Nachbarn und Freunde, schien doch so glücklich. Der heute 31jährige hatte nach dem Abitur auf einer Klosterschule Jura studiert und das Staatsexamen als einer der Jahrgangsbesten bestanden. Im Münchner Finanzministerium war er mit Fragen zum Besoldungsrecht befaßt und stand vor einer aussichtsreichen Karriere. Seine Frau hatte ebenfalls eine Klosterschule besucht und mit der Mittleren Reife abgeschlossen. 1983, nach der Geburt des zweiten Kindes, zog die Familie in ein Doppelhaus. Nie wurden Ärger oder Mißstimmung erkennbar. Der junge Beamte galt als umgänglich, als besorgter und liebevoller Familienvater.

Am 22. September vergangenen Jahres, einem Samstag, war Görs als Ersatz-Aufsichtsbeamter in der Staatlichen Lotterieverwaltung in München, wo er die Ziehung der Gewinnzahlen der Glücksspirale überwachen sollte. An diesem Abend telefonierte Frau Görs lange mit einer Freundin, ein Plausch unter Frauen ohne spürbare Besonderheiten.

In dieser Nacht oder am darauffolgenden Sonntag muß das Verbrechen geschehen sein. Görs, der später die Leichen in seinen VW-Passat packte, sich krank meldete, Geld abhob und mit 25 000 Mark nach Venedig und Luxemburg, nach Paris und zum Skifahren reiste, wird auf der Flucht in einem Südtiroler Sporthotel Briefe zurücklassen, die er an seine tote Frau geschrieben hatte: „Nachdem ich Dich also an jenem Samstag im September weinend auf der Couch vorgefunden habe und Du mir gesagt hast, was passiert ist, rannte ich hinaus in das Zimmer von Steffi, wo beide tot lagen. Es packte mich eine grausame Wut gegen Dich ... Ich wollte in diesem Augenblick nichts anderes, als Dich totzumachen."

Hat die Frau, die zuvor noch in aller Ruhe mit ihrer Freundin telefonierte, tatsächlich ihre Kinder erstickt? Der Staatsanwalt glaubt nicht an diese Version, kann allerdings eine einleuchtendere auch nicht anbieten. Verteidigt wird Görs, der psychiatrische Untersuchungen bisher abgelehnt hat, von den Anwälten Alfons Hafner, einem Studienfreund, und Gerhard Decker. Bei ihm hat er Strafrechts-Vorlesungen gehört.



Ein Buchenwald verglüht in der Novembersonne

Ein Foto wie ein Gemälde. Turners Handschrift – mit der Camera nachvollzogen. Ein Buchenwald verglüht in der Novembersonne.

Das irisierende Licht des Herbstes – seine Farben als kraftvolle Entsprechung des zarten Frühlingsgrün – hat seit je das Gemüt des Menschen angesprochen. Aber anders als bei der heiteren Jahreszeit hat er sich der Schwermut dieser dritten nie entziehen können.

Rilkes Worte: „Die Blätter fallen, fallen wie von weit,/ als welkten in den Himmeln ferne Gärten;/ sie fallen mit verneinender Gebärde", sind nichts als die Umschreibung dieser offenbar unausweichlichen Melancholie angesichts der dunklen Jahreshälfte. Warum eigentlich? Ist das Novembergrau, in das der Sturmvogel tobt, nicht ebenso bejahend? Und sind Herbst und Winter nicht ohnehin ewige Vorboten des Frühlings, der Hoffnung, des Lebens?

FOTO: THONIG/MAURITIUS

LEUTE HEUTE

Getrüffelter ‚Mac'?

Der als Flegel verschrieene amerikanische Tenniscrack **John McEnroe** will in die Rolle eines perfekten Gastgebers schlüpfen. Zu den 30 Gästen, die er für den 16. November in sein kalifornisches Heim gebeten hat, gehört auch der Präsident der Vereinigten Staaten. Da will es der Hausherr an nichts fehlen lassen. So hat er denn die französische Starköchin **Solange Gardillou** engagiert. Zunächst soll es getrüffelte Gänseleber, dann Forelle mit Dordogne-Pilzen, junge Ente und Charlotte mit Perigord-Walnüssen geben. Ob McEnroe nicht weiß, daß **Ronald Reagans** Lieblingsgericht Hamburger sind?

Einseitige Abrechnung

„Er war ein gerissenes Schwein." So rechnete jetzt Ex-Beatle **Paul McCartney** mit seinem früheren Kollegen **John Lennon** ab. In einem Interview mit der britischen Frauenzeitschrift „Women" sagte McCartney, Lennon habe von Songs profitiert, die er selbst gar nicht geschrieben habe, und „er war eifersüchtig, mißtrauisch und ohne Selbstvertrauen". Nach seiner Ermordung im Jahre 1980 sei er zu einer Art „Martin Luther Lennon" geworden. Niemand aber spreche heute noch davon, wie sehr er Lennon stets geholfen habe.

Zwangsumzug

Der indische Sektenführer **Bhagwan Shree Rajneesh** ist nach einem rund einwöchigen Gefängnisaufenthalt in North Carolina in den US-Bundesstaat Oregon überstellt worden. Er wird dort vor ein Gericht gestellt, da er gegen die Einwanderungsgesetze verstoßen hat. Die Behörden werfen dem Guru vor, Scheinehen zwischen amerikanischen und ausländischen Anhängern seiner Lehre arrangiert zu haben.

WETTER: Vorübergehend kühler

Lage: Hinter den ostwärts abziehenden Ausläufern eines Sturmtiefs über Skandinavien fließt etwas kühlere Meeresluft nach Mitteleuropa und gelangt unter Zwischenhocheinfluß.

Vorhersage für Mittwoch: In ganz Deutschland Übergang zu wechselnder Bewölkung mit vereinzelten Schauern. Höchsttemperaturen 8 bis 12 Grad, Tiefstwerte nachts 4 bis null Grad, in höheren Lagen leichter Frost. Im norddeutschen Flachland noch frischer und in Böen starker, sonst mäßiger Wind um West.

Weitere Aussichten: Im Norden erneut unbeständig, im Süden wolkig mit Aufheiterungen und weitgehend trocken.

Sonnenaufgang* am Donnerstag: 7.25 Uhr, Untergang: 16.46 Uhr; **Mondaufgang:** –.– Uhr, Untergang: 15.04 Uhr (* in MEZ, zentraler Ort Kassel).

Vorhersagekarte für den 6. Nov., 7 Uhr

H Hochdruckzentrum
T Tiefdruckzentrum
wolkenlos
heiter
halb bedeckt
wolkig
bedeckt
Windstille
Nordwind 10 km/h
Ostwind 20 km/h
Südwind 30 km/h
Westwind 40 km/h
Nebel
Nieseln
Regen
Schnee
Schauer
Gewitter
Niederschlagsgebiet
Temperaturen in °C
Warmfront
Okklusion
Kaltfront am Boden
Kaltfront in der Höhe
Luftströmung warm
Luftströmung kalt
Isobaren

Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Dienstag, 12 Uhr (MEZ):

Deutschland:		
Berlin	10	bd
Bielefeld	14	bd
Braunlage	8	R
Bremen	13	bd
Dortmund	14	R
Dresden	8	bd
Düsseldorf	15	R
Erfurt	10	bd
Essen	14	R
Feldberg/S.	7	wl
Flensburg	9	Sp
Frankfurt/M.	14	bd
Freiburg	14	bd
Garmisch	15	bw
Greifswald	8	bd
Hamburg	11	R
Hannover	12	bd
Kahler Asten	9	R
Kassel	12	R
Kiel	9	Sp
Koblenz	16	bd
Köln-Bonn	16	bd
Konstanz	12	bw
Leipzig	11	bd
List/Sylt	9	R
Lübeck	8	Sp
Mannheim	15	bd
München	10	bw
Münster	14	R
Norderney	12	bd
Nürnberg	12	bd
Oberstdorf	18	bw
Passau	5	R
Saarbrücken	14	bd
Stuttgart	16	bd
Trier	15	bw
Zugspitze	-2	bw

Ausland:		
Algier	26	he
Amsterdam	12	R
Athen	22	he
Barcelona	23	bw
Belgrad	13	he
Bordeaux	16	R
Bozen	7	bd
Brüssel	14	R
Budapest	10	bw
Bukarest	8	R
Casablanca	25	he
Dublin	7	bw
Dubrovnik	16	bw
Edinburgh	7	bd
Faro	22	bw
Florenz	11	R
Genf	16	R
Helsinki	5	bd
Hongkong	24	he
Innsbruck	14	bd
Istanbul	17	Gw
Kairo	25	wl
Klagenfurt	6	bw
Konstanza	25	he
Kopenhagen	6	R
Korfu	19	he
Las Palmas	25	he
Leningrad	3	bd
Lissabon	21	bw
Locarno	8	bd
London	13	he
Los Angeles	14	bw
Luxemburg	13	R
Madrid	17	bw
Mailand	11	bd
Malaga	25	bw
Mallorca	24	he
Moskau	3	bw
Neapel	18	he
New York	14	R
Nizza	16	bd
Oslo	4	bw
Ostende	12	bd
Palermo	22	he
Paris	15	R
Peking	12	he
Prag	9	bw
Rhodos	23	bw
Rom	18	bw
Salzburg	13	bw
Singapur	30	bw
Split	14	bd
Stockholm	7	bd
Straßburg	17	bw
Tel Aviv	25	he
Tokio	22	bw
Tunis	21	he
Valencia	24	bw
Varna	11	bd
Venedig	10	bd
Warschau	16	he
Wien	9	bw
Zürich	15	bw

bd = bedeckt; bw = bewölkt; Gw = Gewitter; he = heiter; Ne = Nebel; R = Regen; Rs = Regenschauer; S = Schnee; Sp = Sprühregen; wl = wolkenlos

Den Deutschen in die Seele geschaut Emnid wurde 40

RUDOLF ZEWELL, Bonn

Mit den Germanen war nicht zu spaßen. Das wußte auch der römische Feldherr Germanicus. Tacitus berichtet in seinen „Annalen" über den bevorstehenden Kampf: „In der Nähe des alles entscheidenden Augenblicks hielt er es für ratsam, die Stimmung unter den Soldaten zu erforschen, und er dachte darüber nach, wie dieses zu ermitteln sei." Germanicus hatte Erfolg, und er dürfte ihn wohl dieser ersten Meinungsumfrage der Geschichte verdankt haben.

19 Jahrhunderte, später, am 1. 11. 1945 gründete ein ehemaliger Berichterstatter der Wehrmacht, Karl Georg von Stakelberg, in dieser Gegend, genauer gesagt in Bielefeld, „Emnid", das erste Meinungs- und Marktforschungsinstitut in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg. Inzwischen ist „Emnid" (Abkürzung für Erforschung der öffentlichen Meinung, Marktforschung, Nachrichten- und Informations-Dienst) zu einem der führenden Unternehmen dieser Branche geworden.

In den späten 40er Jahren wurde die empirische Sozialforschung nicht von den Universitäten vorangebracht, sondern von Meinungsforschern „draußen", sagte der Kölner Soziologe Professor Erwin Scheuch gestern in Bonn zum 40jährigen Bestehen von „Emnid".

1948 legte das Institut mit „Professor Erhard und die Meinung der deutschen Hausfrau" seine erste Untersuchung vor. Und 1955 folgten die zwei Befragungen unter der Bevölkerung des Saarlandes. Die Ergebnisse dieser Untersuchung „bei Nacht und Nebel" wurden die Grundlage für die Verhandlungen Adenauers mit den Franzosen über das Saar-Statut.

Vieles, was „Emnid" und die anderen Institute ermittelten, ist inzwischen Zeitgeschichte, Sozialgeschichte: der Lastenausgleich etwa oder der Vietnamkrieg. So manches aus den 50er Jahren aber, wie der scheinbar schwere Generationenkonflikt („Halbstarke") oder die Krise der Institution Ehe ist heute wieder aktuell und gewiß nicht ein Phänomen unserer Zeit. Der Umweltschutz ist schon eher eines. Professor Scheuch: „Ein Thema aber bleibt seit 40 Jahren aktuell: die Wiedervereinigung."

Die erste politische Umfrage startete Emnid im Juni 1949 im Vorfeld der Wahl zum ersten Deutschen Bundestag. Seither wurden 5,2 Millionen Interviews geführt und 5600 Studien vorgelegt. Die jüngste Emnid-Umfrage von Ende Oktober signalisiert übrigens „ein leichtes Aufwärtssäuseln" der Regierung Kohl.

Immunität für Reineke

In der Bekämpfung der Tollwut neue Wege beschritten

dpa, Stuttgart

„Das Tierchen hat mir einfach leid getan", meinte die Dame treuherzig und packte aus einer geräumigen Einkaufstasche einen ausgewachsenen Fuchs auf den Behandlungstisch des Tierarztes. Der griff umgehend zu Schutzhandschuhen und Spritze, um den völlig apathisch daliegenden Reineke einzuschläfern, den die Tierfreundin auf einem Wanderparkplatz aufgelesen hatte. Die Frau schickte er nicht eben freundlich zum Impfen, denn der Veterinär hatte sofort erkannt, daß der Fuchs tollwutkrank in den letzten Zügen lag.

Trotz gnadenloser Verfolgung der Füchse als Hauptüberträger der Tollwut und aufwendiger Impfaktionen ist die für Mensch und Tier lebensgefährliche Krankheit noch nicht unter Kontrolle. Nach jahrelangen Versuchen scheint jetzt eine taugliche Methode gefunden worden zu sein, die Füchse über eine Art Schluckimpfung in freier Wildbahn zu immunisieren. Wurden bisher mit Impfkapseln präparierte Hühnerköpfe zum Fressen ausgelegt, so hat die Universität Tübingen jetzt einen industriell herstellbaren Köder entwickelt, der in diesem Herbst im südlichen Baden-Württemberg in mehreren Landkreisen erprobt werden soll. Zweck dieser aufwendigen Impfaktionen ist es, flächendeckend eine tollwutimmune Fuchspopulation aufzubauen, die durch kranke Tiere nicht mehr gefährdet ist.

Bis jedoch ein endgültiger Erfolg im Kampf gegen die Seuche erzielt worden ist, bleibt den Jägern nichts weiter übrig, als den Fuchs ganzjährig zu bejagen. Doch der schlaue Reineke ist deshalb nicht vom Aussterben bedroht. Er hat sich bisher noch von jeder Dezimierung rasch erholt.

„Einschlafen lassen"

Wollten Winzerfunktionäre neuen Skandal vertuschen?

KURT POLLAK, Wien

Das „Superhirn" der österreichischen Weinpanscher-Gilde, Otto Nadrasky (58), dessen Diäthylenglykol-Rezeptur der alpenländischen Weinindustrie zu einem Dauerkater verhalf, wurde nun nach drei Monaten aus der Untersuchungshaft entlassen. Der Exkellermeister und Diplomingenieur aus Niederösterreich hat in der Haft nicht nur damit begonnen, ein Tagebuch zu schreiben, sondern hilft – nunmehr auf freiem Fuß – den „Weindetektiven" tatkräftig bei der Aufdeckung weiterer Weinmanipulationen.

Unabhängig davon lehrt aber auch die Entdeckung des „Sprengmittels" Natriumazid Konsumenten und „Sprengmeister" der Weinbranche das Fürchten. Schwacher Trost für das erneut trotz „besten Weingesetz der Welt" angekratzte Image der österreichischen Weinindustrie, daß nun in den Weinlabors auch alle ausländischen Weine auf verbotene Chemiekalien getestet werden. Die Weindetektive haben nämlich herausgefunden, daß vor allem das nunmehr verteufelte Natriumazid aus Italien bezogen wurde.

Indirekt hat schon vor einigen Wochen der deutsche Weinanalysen-Kaiser Dr. R. E. Kaiser vom Institut für Chromatographie in Bad-Dürkheim angedeutet, daß nicht nur in österreichischen und deutschen Weinen schädliche Substanzen schlummern. Kaiser damals: „Wenn man den Wein totmachen will, kann man auch über die sogenannten ‚Blindmacher' herziehen – über Methanol im Wein zum Beispiel." Und dann gab er den Rat: „Untersucht vor allem französische Weine ..."

In der Bundesanstalt für Lebensmitteluntersuchungen in Wien hat man allerdings bis zum heutigen Tag noch keine verbotenen Chemiekalien in Importweinen nachweisen können. Der österreichische Agrarminister Günter Haiden steht jedenfalls erneut im Kreuzfeuer seit der „Sprengstoffwein" buchstäblich in aller Munde ist.

Insider verweisen darauf, daß schon seit Monaten hochrangige Winzerfunktionäre von der Sprengmittelbeimengung wußten und sich offiziell dafür einsetzten, die „Sache mit den Haltbarkeitsmachern einschlafen" zu lassen.

Die deutschen Gesundheitsbehörden machen nun den Österreichern den Vorwurf, ihnen keine Informationen über die brisante Entdeckung in österreichischen Weinen gegeben zu haben. Minister Haiden hat in diesem Zusammenhang gegenüber der WELT in der Vorwoche betont, daß ihm nicht bekannt sei, ob Natriumazid auch in solchen Weinen gewesen sei, die nach Deutschland exportiert wurden.

Im Augenblick gibt es niemanden im zuständigen Ministerium in Wien, der konkret darüber Auskunft geben kann oder will, ob die deutschen Gesundheitsbehörden rechtzeitig informiert wurden.

Erfolg im Kampf gegen Aids-Viren?

Py. Düsseldorf

Die überwiegend in den Bereichen Chemie und Edelmetallverarbeitung tätige Degussa AG hat einen Stoff entwickelt, der im Modellversuch Wirkung auf die Abtötung von Viren der Immunschwäche Aids zeigt. Mit diesem Hinweis bestätigte der Degussa-Vorstandsvorsitzende Gert Becker Informationen, die bereits vor zwei Wochen zu einer außergewöhnlichen Kurssteigerung der Aktien an den Börsen geführt hatten. Vorbereitete klinische Erprobungen könnten Hinweise über ein späteres Arzneimittel und möglicherweise vorhandene störende Nebenwirkungen des Wirkstoffes geben. Ob sich der Wirkstoff auch zur Immunisierung eignet, müsse noch untersucht werden.

Prozeß „dreigeteilt"

dpa, Ludwigshafen

In drei verschiedenen Verfahren wird voraussichtlich Anfang nächsten Jahres der Prozeß gegen den Geldtransportfahrer Egon Busch und seinen Schwiegersohn, den Ringer-Olympiasieger Pasquale Passarelli (Nürnberg) sowie die „Nebentäter", den achtfachen deutschen Ringermeister Thomas Passarelli (Schifferstadt) und Sonja Ostermann (Nürnberg), geführt. Sie sollen rund 650 000 Mark unterschlagen haben.

„Humphrey" abgetaucht

AFP, San Francisco

Ein verirrter Wal, der offenbar wegen Störungen seines Orientierungssinnes 24 Tage in kalifornischen Flüssen verbracht hat, ist seit Montag wieder im offenen Meer. Der Wal, von seinen Fans „Humphrey" getauft, war durch Flötentöne in den Pazifik gelockt worden, die den Lauten von Walen gleichen sollen.

Patienten mißbraucht?

dpa, Bochum

Als „Versuchskaninchen" soll ein Bochumer Arzt elf Patienten mißbraucht haben: Durchschnittlich ein Jahr lang gab er nach den behördlichen Ermittlungen Zuckerkranken ohne deren Wissen ein noch nicht zugelassenes Diabetes-Medikament. Dem Mediziner, gegen den die Staatsanwaltschaft unter anderem wegen Verdachts der Körperverletzung ermittelt, soll der Pharma-Konzern 10 500 Mark für die Erprobung des Medikaments versprochen haben.

Frachtschiff gesunken

AFP, Stavanger

Nach dem Untergang eines norwegischen Frachtschiffs vor der norwegischen Nordseeküste sind seit Montag abend zehn Personen verschollen. Zwölf Besatzungsmitglieder konnten gerettet und in ein Krankenhaus gebracht werden. Fachleute meinen, das Unglück sei durch eine Verschiebung der Ladung ausgelöst worden.

Polizistenmord in Mexiko

AP, Minatitlan

Fast 500 Polizisten aus ganz Mexiko haben sich am Montag im Süden des Landes an einer Großfahndung nach den 80 Rauschgifthändlern beteiligt, die in der vergangenen Woche 22 Polizisten gefoltert und ermordet haben. Interpol Mexiko berichtete von bisher drei Festnahmen. Die Rauschgiftfahnder hatten in dem Gebiet nach Marihuana und Opiummohn gesucht, als sie die Rauschgifthändler dabei überraschten, wie sie sechs Tonnen Marihuana auf Flußkähne verluden.

Hirten eingeschneit

rtr, Peking

3700 Hirten sind nach dem bislang härtesten Wintereinbruch im Norden Tibets bei Schneestürmen und Temperaturen bis minus 40 Grad Celsius von der Umwelt abgeschnitten. Rettungsmannschaften haben damit begonnen, Hilfsgüter über den betroffenen Regionen abzuwerfen.

Pegelstände steigen

dpa, Düsseldorf

Nach den jüngsten Regenfällen steigen die Rhein-Pegel, die noch vor einigen Tagen an manchen Stellen den niedrigsten Wasserstand des Flusses seit Menschengedenken angezeigt hatten.

ZU GUTER LETZT

„Ich höre hier Kopfnicken" – Heinz Häberle aus dem Kontrollzentrum in Oberpfaffenhofen auf die Frage von Blacky Fuchsberger, ob ein Sprechkontakt mit den Astronauten möglich sei.